

September 2010

Armutszeugnis 2010



Bilanz und Perspektiven der
Millenniumsentwicklungsziele

Impressum

Armutszeugnis 2010

Bilanz und Perspektiven der Millenniumsentwicklungsziele

Herausgeber

Global Policy Forum Europe
Königsstr. 37a
53115 Bonn
Tel. 02 28-96 50 510
Fax 02 28-96 38 206
www.globalpolicy.eu
europa@globalpolicy.org
Kontakt: Jens Martens

terre des hommes
Ruppenkampstr. 11a
49084 Osnabrück
Tel. 05 41-7 10 10
Fax 05 41-70 72 33
info@tdh.de
www.tdh.de
Kontakt: Albert Recknagel

Autoren: Jens Martens, Antje Schultheis

Mitarbeit: Viktoria Dick, Julia Pfitzner, Gerald Thommes

Gestaltung: www.kippconcept.de

Druck: Leppelt Grafik & Druck GmbH

Titelfoto: UN-Photos

Schutzgebühr: 5,00 Euro

ISBN: 978-3-941553-05-7

Bonn/Osnabrück, September 2010

Dieser Report ist Teil des Projekts „**MDG plus**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ und der



Inhalt

Vorwort	3
I. Was bisher geschah: Eine kurze Geschichte der MDGs	4
II. Zwischenbilanz: Die MDGs in Krisenzeiten	7
MDG 1: Einkommensarmut, menschenunwürdige Arbeit und Hunger bekämpfen	7
MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung	18
MDG 3: Gleichstellung der Geschlechter fördern	22
MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit	24
MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern	26
MDG 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten	28
MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit	31
MDG 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft	34
III. Über die Ziele hinaus denken:	
Entwicklungsmodelle und Wohlstandsindikatoren jenseits der MDGs	41
1. Defizite und Schwächen des MDG-Konzepts	41
2. Zukunft der MDGs: Neue Indikatoren – neue Ziele – neue Modelle	46
3. Projekte „alternativer“ Wohlstandsmessung und Entwicklungskonzepte	48
4. Ausblick	55
Literatur	56
Internetseiten	61
Abkürzungen	62
Anhang: Die MDGs: Ziele, Zielvorgaben und Indikatoren	63

Textkästen, Tabellen und Grafiken

Kasten 1	Das Grundeinkommen als Möglichkeit zur Bekämpfung von Hunger und Armut? Namibia macht den Versuch	12
Kasten 2	Armuts- und Hungerbekämpfung am Beispiel von Äthiopien	15
Kasten 3	Folgen der Finanzkrise für die Schulsituation von Kindern – ein lokales Beispiel aus Indien	18
Kasten 4	Der UNDP-Index über menschliche Armut (HPI)	49
Tabelle 1	Die 10 Länder mit dem höchsten Armutsanteil	9
Tabelle 2	Anteil der Kinder unter 5 Jahren, die an Unterernährung leiden	16
Tabelle 3	Alphabetisierungsrate und Grundschulabschlussquote in ausgewählten Ländern	19
Tabelle 4	Zahl der Schüler pro Lehrer und Anteil der ausgebildeten Lehrer	20
Tabelle 5	Gender Equity Index: Spitzenreiter und Schlusslichter	23
Tabelle 6	Die 10 Länder mit der höchsten Müttersterblichkeit	26
Tabelle 7	Entwicklung der Müttersterblichkeit in den Regionen	27
Tabelle 8	Länder mit der niedrigsten medizinischen Betreuung von Geburten	27
Tabelle 9	Wirtschafts- und Freihandelsabkommen der EU	36
Grafik 1	Anteil der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben	8
Grafik 2	Zahl der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben	9
Grafik 3	Anteil der arbeitenden Armen (<i>working poor</i>)	10
Grafik 4	Zahl der arbeitenden Armen (<i>working poor</i>)	11
Grafik 5	Zahl der weltweit Hungernden 1990–2015	13
Grafik 6	Anteil der hungernden Menschen in Entwicklungsländern	14
Grafik 7	Entwicklung der Kindersterblichkeit in ausgewählten Ländern und Regionen	25
Grafik 8	Weltweite Verbreitung von HIV und AIDS	29
Grafik 9	Öffentliche Entwicklungsfinanzierung (ODA) der westlichen Geber	34
Grafik 10	Deutsche ODA-Quote 1960–2009 und Szenario 2010–2015	35
Grafik 11	Dimensionen von Armut und Wohlbefinden	43
Grafik 12	Die vier Dimensionen nachhaltiger Entwicklung	49

Vorwort

Zehn Jahre sind vergangen, seit die Staats- und Regierungschefs aus mehr als 150 Ländern im Jahr 2000 in New York die Millenniumerklärung der Vereinten Nationen verabschiedeten. Sie enthält unter anderem ein Set von international vereinbarten Entwicklungszielen, die in der Folge als Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) zum Leitmotiv der internationalen Entwicklungspolitik avancierten. Mit ihnen richtete sich der entwicklungspolitische Diskurs von Regierungen und internationalen Organisationen auf die Bekämpfung der extremsten Formen von Armut und Hunger sowie die soziale Grundversorgung der Bevölkerung, insbesondere in den Bereichen Grundbildung, Gesundheit und Wasserversorgung. Die meisten MDGs sind mit klaren quantitativen, und damit überprüfbaren Zielvorgaben verbunden, die überwiegend bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen.

Die acht MDGs mit den mittlerweile 21 Unterzielen und 60 Indikatoren bilden einen Referenzrahmen für Armutsbekämpfung und Entwicklung, der als bislang einzigartiger gesellschaftlicher Konsens kommuniziert wird. Die Regierungen und alle wichtigen internationalen Organisationen, insbesondere die Vereinten Nationen (UN), die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wirken an der Gestaltung und Umsetzung der MDGs mit. Zivilgesellschaftliche Kampagnen von der lokalen bis zur globalen Ebene beziehen sich auf die MDGs.

Fünf Jahre vor dem Zieljahr 2015 steht eine letzte große Zwischenbilanz an. Was wurde bei der Verwirklichung der Ziele bisher erreicht, wo gab es Fehlschläge und Rückschritte? Welche Auswirkungen hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Verwirklichung der MDGs? Was müssen Regierungen und internationale Organisationen tun, um den Zielen bis zum Jahr 2015 möglichst nahe zu kommen? Und wie geht es nach dem Jahr 2015 mit den MDGs weiter?

Diese Fragen stehen im Zentrum der entwicklungspolitischen Agenda des Jahres 2010. Staats- und Regierungschefs aus aller Welt diskutieren sie unter anderem beim Gipfeltreffen der UN-Generalversammlung zu den MDGs im September 2010. Das Global Policy Forum nimmt dies gemeinsam mit terre des hommes zum Anlass, um sich in dem vorliegenden Report umfassend mit Geschichte, Gegenwart und Zukunft der MDGs und der mit ihnen verbundenen entwicklungspolitischen Strategien zu befassen.

Im ersten Teil gibt der Report einen kurzen Überblick über die Geschichte der MDGs und ordnet sie in den entwicklungspolitischen Diskurs der vergangenen Jahrzehnte ein.

Im zweiten Teil zieht der Report auf Grundlage der aktuellsten Zahlen und Fakten eine differenzierte Zwischenbilanz der MDG-Umsetzung. Wo gab es Fortschritte bei der Armutsbekämpfung und welche politischen Strategien haben sie befördert, in welchen Ländern und bei welchen Zielen bestehen die größten Umsetzungsdefizite, wie wirkt sich die globale Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Verwirklichung der MDGs aus? Aus der Analyse der Fortschritte und Defizite leitet der Report Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die entwicklungspolitische Agenda der Jahre bis 2015 ab. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Ziel 8, das unter dem Titel „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“ auf die Rahmenbedingungen eingeht, die die reichen Länder des Nordens erfüllen müssen, damit die MDGs verwirklicht werden können. Dabei dokumentiert der Report in erster Linie die Positionen und Forderungen, die Vertreter¹ von über 300 zivilgesellschaftlichen Organisationen bei Hearings der UN-Generalversammlung im Juni 2010 zur Vorbereitung auf den MDG-Gipfel präsentiert haben.²

Mitverantwortlich für die mangelnden Fortschritte bei der Verwirklichung der MDGs sind auch die Schwächen und „blinden Flecke“ des MDG-Konzepts selbst und der darauf basierenden Umsetzungsstrategien. Im dritten Teil blickt der Report daher auch über die MDGs hinaus. Er diskutiert Optionen für die Weiterentwicklung der MDGs und beschreibt aktuelle Vorschläge für alternative Entwicklungsmodelle und Wohlstandsindikatoren, die dazu beitragen, den engen Fokus der MDGs auf Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung zu erweitern sowie Umwelt- und Verteilungsaspekte systematischer zu berücksichtigen. Er plädiert dafür, sich in der Entwicklungspolitik auf ganzheitlichere Ansätze nachhaltiger Entwicklung (zurück-) zu besinnen. Der Report schlägt damit auch die Brücke zwischen dem MDG-Prozess und dem Diskurs über nachhaltige Entwicklung, der im Vorfeld des „Rio+20“-Gipfels 2012 an neuer Dynamik gewinnen wird.

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit wird in diesem Report auf die Verwendung des Gender-I's verzichtet. Wenn hier die grammatikalisch maskuline Version eines Begriffes verwendet wird, ist die semantisch feminine Form immer eingeschlossen.

² Vgl. UN General Assembly (2010).

I. Was bisher geschah:

Eine kurze Geschichte der MDGs

Internationale Entwicklungsziele zu formulieren, ist den Regierungen nicht erst beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2000 eingefallen. Der internationale Diskurs über Entwicklungspolitik ist vielmehr seit seinen Anfängen geprägt von der Proklamation immer neuer Ziele und Strategien.

Entwicklungsdekaden der Vereinten Nationen

Bereits 1961 riefen die Regierungen in der Generalversammlung die erste Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen aus. Ihr folgten drei weitere in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren. Flankiert wurden die entsprechenden Resolutionen von Internationalen Entwicklungsstrategien für die jeweilige Dekade.³ Für die erste Entwicklungsdekade konzentrierten sich die Regierungen darauf, Wachstumsziele für die Ökonomien der Entwicklungsländer zu definieren. Um mindestens fünf Prozent sollten die Nationaleinkommen dieser Länder jährlich wachsen. Zur Unterstützung der Entwicklungsprozesse sollte mindestens ein Prozent des Nationaleinkommens der Industrieländer in Form von öffentlichen (0,7 Prozent) und privaten (0,3 Prozent) Kapitaltransfers in den Süden fließen. Damals dominierten modernisierungstheoretische Konzepte nachholender Entwicklung. Notwendig sei ein „*big push*“ ausländischen Kapitals, um in den Entwicklungsländern den „*take off*“ hin zu dauerhaftem Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Übrig geblieben ist aus dieser Zeit bis heute das 0,7-Prozentziel für die öffentliche Entwicklungshilfe.

Im Laufe der Jahre wurde immer deutlicher, dass für die Entwicklungsprobleme nicht allein der Mangel an Kapital verantwortlich war, sondern die internen Gesellschaftsstrukturen und die ungerechten Weltwirtschaftsbeziehungen wesentliche Entwicklungshindernisse darstellten. Durch die lateinamerikanisch geprägte Dependenztheorie wurde diese Erkenntnis in den 1960er und 1970er Jahren theoretisch unterfüttert. Die Folge waren Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und nach globaler Umverteilung der Ressourcen (*redistribution with growth*). Die Auseinandersetzungen zwischen Nord und Süd verschärften sich. Hauptschauplatz erbitterter Konflikte war in den 1970er Jahren neben der UN-Generalversammlung die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Gegen die Stimmen der Industrieländer setzten die Entwicklungsländer damals eine Reihe internationaler Deklarationen durch, in denen radikale Veränderungen der weltwirtschaftlichen Strukturen „beschlossen“ wurden.⁴ Am Ende scheiterten sie mit ihren Forde-

rungen, denn realisieren ließen sich diese Deklarationen gegen den Widerstand der Industrieländer nicht.

Durch die sich verschärfende Schuldenkrise gerieten die Länder des Südens in den 1980er Jahren immer weiter in die politische Defensive und in wachsende Abhängigkeit zu ihren Gläubigern. Der dominierende Entwicklungsdiskurs verlagerte sich in diesen Jahren zur Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), die im globalen Schuldenmanagement die zentrale Rolle spielten. Die Entwicklungsstrategien und -ziele wurden seitdem bestimmt von Konzepten neoliberaler Strukturanpassungspolitik. Die Vereinten Nationen verloren dagegen im Wirtschafts- und Sozialbereich zunehmend an Einfluss und Bedeutung. Aus der Defensive heraus gelang es UNICEF 1987 lediglich noch zu fordern, der Strukturanpassung ein „menschliches Antlitz“ zu verleihen (*Adjustment with a Human Face*)⁵.

Washington Consensus vs. rechtsbasierte Entwicklungsstrategien

In den 1990er Jahren gewannen neoliberale Entwicklungsansätze, wie sie von den Bretton-Woods-Institutionen propagiert wurden, weiter an Bedeutung. Leitmotiv dieses Trends war der „Washington Consensus“, ein Begriff, den der US-Ökonom John Williamson 1990 prägte. Er setzte auf das Primat von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum, die Öffnung der Märkte, Deregulierung und Privatisierung. Damit stand er zum Teil in offenem Gegensatz zu den Politikrezepten der UN.

Der Entwicklungsdiskurs auf UN-Ebene wurde in den 1990er Jahren bestimmt von der Kette sektoraler Weltkonferenzen, die 1990 mit der Konferenz „Bildung für Alle“ in Jomtien be-

³ Vgl. ausführlicher Martens (2007), S. 7 (Kasten 1).

⁴ Ebd. S. 8 (Kasten 2).

⁵ Vgl. Cornia et al. (1987).

gann und 1996 mit dem Welternährungsgipfel in Rom endete. Diese Weltkonferenzen unterstützten einen auf Rechtsansprüchen basierenden Entwicklungsansatz (*rights based approach*). Die Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung begründete 1992 erstmals das Recht der Entwicklungsländer auf Kompensationsleistungen zur Erhaltung des globalen Ökosystems. Die Wiener Menschenrechtskonferenz betonte 1993 das Recht auf Entwicklung und die Bedeutung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, der Weltsozialgipfel von Kopenhagen unterstrich 1995 die sozialen Rechte der Arbeitnehmer, die Pekingener Weltfrauenkonferenz bekräftigte im selben Jahr die Ziele der Nichtdiskriminierung und Gleichstellung der Geschlechter als Menschenrechte, und der Welternährungsgipfel 1996 unterstrich das Recht aller Menschen auf Nahrung und ein Leben frei von Hunger.

Aus diesen Ansätzen folgte die unmittelbare Verantwortung der Staaten zu handeln und die Verpflichtungen der Regierungen zu einer aktiven Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Die Aktionsprogramme der Weltkonferenzen spiegeln dies wider. Sie enthalten für ihre jeweiligen Bereiche erstmals konkrete quantitative und zeitgebundene Ziele, zu deren Verwirklichung sich die Regierungen politisch verpflichteten.

Sie bildeten Mitte der 1990er Jahre die Grundlage für gemeinsame Bemühungen von OECD, Weltbank, IWF und Vereinten Nationen, ein Set von entwicklungspolitischen Kernzielen zu definieren, über die ein umfassender politischer Konsens hergestellt werden sollte. Damit einher gingen seitdem Bestrebungen auf der institutionellen Ebene, unter dem Motto größerer Politikkohärenz die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Bretton-Woods-Institutionen zu verbessern. Armut und Armutsbekämpfung wurden dabei zu Schlüsselbegriffen des Diskurses.

MDGs als Kompromissprojekt

Eine Schlüsselrolle in den Bemühungen um Konsens spielte der Entwicklungsausschuss (Development Assistance Committee – DAC) der OECD mit seinem 1996 veröffentlichten Strategiepapier „Shaping the 21st Century“. ⁶ Die westlichen Geberländer listeten darin sieben „Internationale Entwicklungsziele“ aus den Bereichen „wirtschaftliches Wohlerge-

hen“, „soziale Entwicklung“ und „ökologische Nachhaltigkeit“ auf, die sie aus den Abschlussdokumenten der vorausgegangenen Weltkonferenzen herausdestilliert hatten. ⁷

Im Juni 2000 veröffentlichte die OECD gemeinsam mit dem UN-Sekretariat, dem IWF und der Weltbank die Broschüre „A Better World for All“. In ihr definierten sie diese sieben Entwicklungsziele erstmals gegenüber der Öffentlichkeit als gemeinsame Prioritäten. ⁸

Beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen übernahmen die Staats- und Regierungschefs drei Monate später diese Ziele weitgehend unverändert in ihrer Millenniumserklärung. ⁹ Lediglich das Ziel, allen Menschen Zugang zu reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen zu verschaffen, wurde auf Druck der US-Regierung aus der Erklärung gestrichen. Dagegen enthält sie zusätzliche Ziele zur Bekämpfung von HIV und AIDS, zur Wasserversorgung und zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Slumbewohnern.

Mit der Millenniumserklärung vollzogen die Regierungen den endgültigen Bruch zu den UN-Entwicklungsstrategien der vorausgegangenen Dekaden mit ihren hauptsächlich makroökonomischen Wachstumszielen. Statt im Jahr 2000 die fünfte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen auszurufen, konzentrierten sie sich darauf, einige „ambitionierte aber realisierbare Ziele“ (OECD) im Bereich von Armutsbekämpfung und sozialer Entwicklung zu formulieren, und sie verlängerten den Zeitraum für die Umsetzung von einer auf anderthalb Dekaden.

Die in der Gruppe der 77 (G-77) zusammengeschlossenen Länder des Südens trugen die Millenniumserklärung zwar mit, sie standen der selektiven Konzentration auf einige wenige Entwicklungsziele aber zunächst abweisend gegenüber. Sie kritisierten, dass diese „DAC-Ziele“ vom Entwicklungsausschuss der OECD, dem „Club der reichen Industrieländer“, definiert wurden, aber von den Entwicklungsländern umgesetzt werden sollten. Die spiegelbildlichen Ziele für den Norden fehlten dagegen.

Als Reaktion auf diese Kritik am einseitigen Fokus des Zielkataloges fügte der UN-Generalsekretär in seiner „Road Map“ zur Umsetzung der Millenniumserklärung 2001 ¹⁰ den ursprünglich sieben Entwicklungszielen ein achties Ziel hinzu,

⁶ Vgl. OECD (1996).

⁷ Ebd., S. 2. Eine detaillierte Chronologie der Entwicklung von den DAC-Zielen zu den MDGs aus der „Insider“-Perspektive enthält Manning (2009), Annex 2.

⁸ Vgl. IMF/OECD/World Bank/UN (2000).

⁹ Vgl. UN General Assembly (2000).

¹⁰ Vgl. UN Secretary-General (2001).

das sich an die Adresse der Industrieländer richtet. Es enthält unter dem Titel „Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft“ sieben Unterziele u.a. zu den Themen Handel und Finanzsystem, Verschuldung, Technologietransfer sowie zur besonderen Situation der ärmsten Länder (LDCs). Diese Ziele sind jedoch so allgemein und unpräzise formuliert, dass sich aus ihnen keine unmittelbaren Verpflichtungen ableiten lassen. Erstmals spricht der UN-Generalsekretär in diesem Dokument aber ausdrücklich von den vereinbarten Entwicklungszielen als den „Millennium Development Goals“ (MDGs).

Unter dem Kürzel „MDG“ fasst die „Road Map“ des UN-Generalsekretärs acht generelle Entwicklungsziele, 18 Unterziele (Zielvorgaben) und 48 Indikatoren zusammen, auf die sich Experten von UN, Weltbank, IWF und OECD in einem langwierigen Aushandlungsprozess geeinigt hatten.

Seitdem wurde der MDG-Katalog mehrmals erweitert. Nach dem Johannesburg-Gipfel über nachhaltige Entwicklung im Jahr 2002 wurde das „Umwelt-MDG“ (MDG 7) um ein Unterziel ergänzt. Es kam das Ziel hinzu, bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte zu senken, die keinen Zugang zu Sanitärversorgung haben.

Als Ergebnis der Beschlüsse des Weltgipfels 2005¹¹ wurde das Themenspektrum der MDGs 2007 nochmals substantiell erweitert: Hinzu kamen als Unterziele das Ziel produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle, das Ziel des universellen Zugangs zu Leistungen der Reproduktionsmedizin bis 2015, das Ziel, bis 2010 den allgemeinen Zugang zu HIV/AIDS-Behandlung zu gewährleisten sowie das Ziel, bis 2010 die gegenwärtige Verlustrate der biologischen Vielfalt signifikant zu reduzieren.¹²

Acht Ziele – 21 Unterziele – 60 Indikatoren

Der seitdem gültige MDG-Katalog umfasst 2010 acht Ziele, 21 Unterziele und 60 Indikatoren (siehe die vollständige Liste im Anhang). Trotz der Erweiterungen bilden diese MDGs aber nur die Spitze des Eisbergs internationaler Entwicklungsziele. In den offiziellen Dokumenten der UN ist daher meist nicht allein

von den MDGs die Rede, sondern von den „international vereinbarten Entwicklungszielen, einschließlich der MDGs“. Diese Formulierung, auf die sowohl die G-77 als auch Regierungen des Nordens bestehen, soll darauf hinweisen, dass bei den Weltkonferenzen und anderen internationalen Anlässen der vergangenen zwei Jahrzehnte zahlreiche Entwicklungsziele formuliert wurden, die zwar nicht im MDG-Katalog enthalten sind, zu deren Verwirklichung sich die Regierungen aber gleichermaßen verpflichtet haben. Während die G-77 dabei in erster Linie die Ziele im Blick hat, die sich an die Adresse der reichen Länder richten, betonen die Bundesregierung und andere Regierungen des Nordens vor allem die Verpflichtungen im Bereich von Demokratie, Menschenrechten und *Good Governance*.¹³

So erwähnen beispielsweise CDU/CSU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag 2009 die MDGs mit keinem Wort sondern beziehen sich stattdessen auf die Millenniumserklärung im weiteren Sinne:

„Ziel der Entwicklungspolitik ist eine nachhaltige Bekämpfung von Armut und Strukturdefiziten im Sinne der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen. Die Stärkung guter Regierungsführung, der Eigenverantwortung und der Selbsthilfekräfte in den Entwicklungsländern werden zentrale Bestimmungselemente für unsere Entwicklungspolitik sein.“¹⁴

Aber trotz variierender politischer Interpretation haben sich die MDGs als weltweit akzeptierter Zielkatalog der Entwicklungspolitik durchgesetzt. Das Spektrum derer, die sich auf diese Ziele als dem faktisch kleinsten gemeinsamen entwicklungspolitischen Nenner beziehen, reicht vom IWF bis zu Teilnehmern des Weltsozialforums. Kaum eine entwicklungspolitische Erklärung der letzten zehn Jahre kam ohne einen Verweis auf die Millenniumsentwicklungsziele aus. Die Ziele sind öffentlichkeitswirksam und medientauglich – und sie machen es aufgrund ihrer Messbarkeit (Ausnahme: MDG 8) möglich, ihre Verwirklichung zu überprüfen. Damit können sie auf internationaler wie nationaler Ebene als Bezugsrahmen dienen, um die Prioritätensetzung der Regierungen mit den tatsächlichen Wirkungen ihrer Politik zu vergleichen und Umsetzungsdefizite offen zu legen.

¹¹ Vgl. UN General Assembly (2005).

¹² Vgl. UN Dok. E/CN.3/2008/29 vom 12. Dezember 2007.

¹³ Die MDG Gap Task Force der UN hat die diversen Verpflichtungen, die allein im Themenbereich des MDG 8 (Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft) bestehen, in einer „Matrix of Global Commitments“ zusammengestellt, vgl. www.un.org/esa/policy/mdggap/.

¹⁴ CDU/CSU/FDP (2009), S. 127.

II. Zwischenbilanz: Die MDGs in Krisenzeiten

Fünf Jahre sind es noch bis zum Schlüsseljahr 2015. Bis dahin sollen die MDGs weltweit erreicht sein. Die jüngsten Berichte der UN, der Weltbank, wissenschaftlicher Einrichtungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen zeigen jedoch, dass die Welt von der Verwirklichung vieler der Ziele noch weit entfernt ist.

Zwar gab es in den Jahren seit 1990 – dem Basisjahr der MDGs – in zahlreichen Ländern durchaus Fortschritte: In Malawi konnten durch die staatliche Unterstützung von Kleinbauern die Produktivität der Landwirtschaft gesteigert und Nahrungsmittelüberschüsse erzielt werden; in Brasilien führten die „Zero Hunger“-Programme zu einem massiven Rückgang der Unterernährung bei Kindern; in Namibia zeigen Pilotbeispiele die armutsreduzierenden Wirkungen eines öffentlich finanzierten Grundeinkommens (s. Kasten 1); in China führte das rasante Wirtschaftswachstum der letzten zwei Jahrzehnte zu einem erheblichen Rückgang des Anteils der Menschen, die in extremer Einkommensarmut leben müssen; in den Ländern des Südens hat sich insgesamt die Zahl der HIV-Infizierten, die eine antiretrovirale Therapie erhalten, in den letzten fünf Jahren verzehnfacht; und auch der Anteil der Kinder, die eine Grundschule besuchen können, ist weltweit gestiegen. Dies alles sind Beispiele dafür, dass Erfolge bei der Verwirklichung der MDGs durchaus möglich sind, wenn die Regierungen über den politischen Willen und die finanziellen Möglichkeiten verfügen und förderliche politische und ökonomische Rahmenbedingungen gegeben sind.

Dies war jedoch in den vergangenen zehn Jahren seit der Verabschiedung der Millenniumserklärung zu selten der Fall. Die Folge: In vielen Ländern reicht die Geschwindigkeit der Fortschritte nicht aus, um die MDGs bis 2015 vollständig zu verwirklichen. In manchen Bereichen kommt die Verwirklichung der Ziele nur schleppend voran, in manchen Ländern sind sogar Rückschritte zu verzeichnen – nicht zuletzt als Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Mitverantwortlich dafür sind auch die mangelnden Fortschritte bei der Verwirklichung von MDG 8, in dem unter der Überschrift „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaften“ die Verantwortlichkeiten des Nordens in den Bereichen Handel, Entschuldung und Entwicklungsfinanzierung definiert werden.

Benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind von den mangelnden Fortschritten bei der Verwirklichung der MDGs besonders betroffen. Dazu zählen vor allem Kinder, Jugendliche und alte Menschen. Für sie wie für allen anderen bedeutet die Nichterfüllung der MDGs eine kontinuierliche Verletzung ihrer grundlegenden Menschenrechte. Denn die MDGs können auch interpretiert werden als die in Zahlen und Zeitpläne übersetzten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte.

Die Verwirklichung der MDGs bis zum Jahr 2015 ist für die Regierungen somit nicht nur eine politische Herausforderung sondern auch eine menschenrechtliche Verpflichtung. Die folgenden Ausführungen beschreiben, wie weit die Regierungen noch von der Erfüllung dieser Verpflichtung entfernt sind, wo es beispielhafte Fortschritte gab, und was aus Sicht zivilgesellschaftlicher Organisationen, vor allem aus den betroffenen Ländern selbst, getan werden muss, um im Rahmen einer „Aktionsagenda 2015“ den Zielen in den kommenden fünf Jahren möglichst nahe zu kommen.

MDG 1: Einkommensarmut, menschenunwürdige Arbeit und Hunger bekämpfen

Über eine Milliarde Menschen in extremer Armut

Im Global Monitoring Report 2010 schätzt die Weltbank, dass infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise bis Ende 2010 zusätzlich 64 Millionen Menschen in extremer Armut leben müssen.¹⁵

Im Zeitraum von 1990 bis 2005 war der Anteil der Menschen in extremer Armut, das heißt mit einem Einkommen von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag¹⁶, von 41,7 Prozent auf 25,2 Prozent gesunken (vgl. Grafik 1). Bis 2015 soll er weiter auf

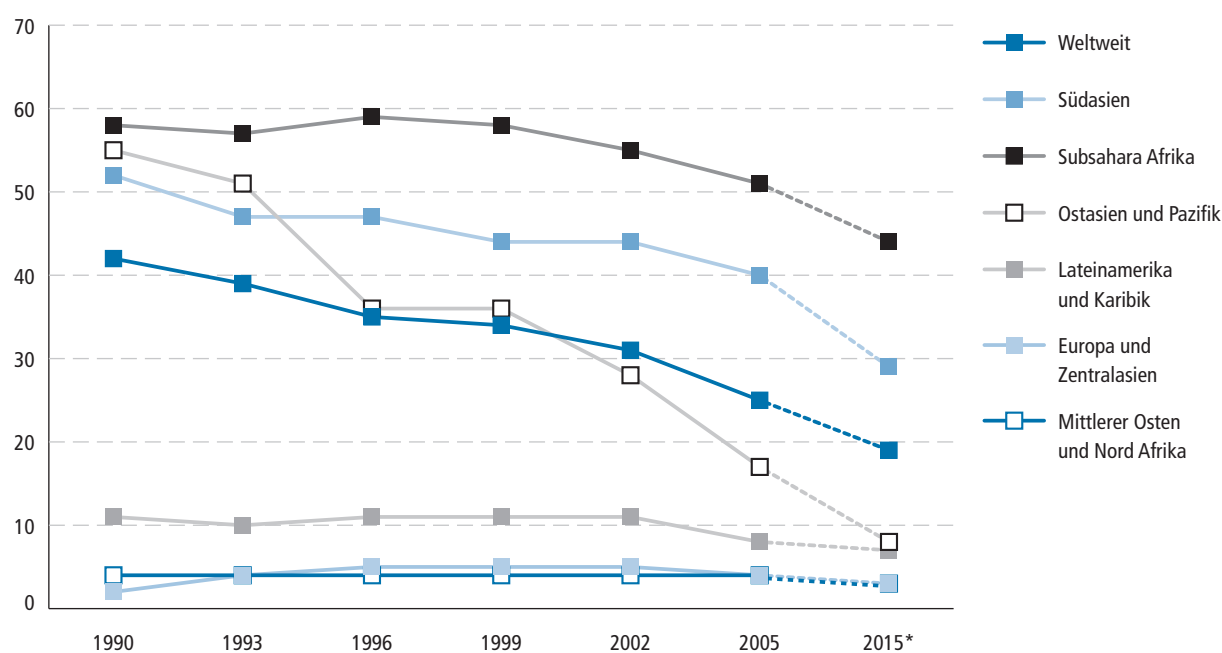
¹⁵ Vgl. World Bank (2010c), S. viii und S. 101. Die Gesamtanzahl der Armen wird von der Weltbank für die Jahre nach 2005 allerdings nicht angegeben. Prognosen gibt es lediglich für die Jahre 2015 und 2020.

¹⁶ Gemessen in Kaufkraftparitäten.

GRAFIK 1

Anteil der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben

Bevölkerungsanteil in %



Quelle: World Bank (2010d): Tabelle 2.8c, S. 92.

*World Bank (2010c): Tabelle 4A.1. (Low-growth scenario), S. 115.

18,5 Prozent zurückgehen.¹⁷ Mit diesem Trend sei es laut Weltbank realistisch, die Halbierung des Anteils der extrem Armen bis 2015 zu erreichen.¹⁸ Dieses Teilziel von MDG 1 wären damit auf Weltebene erfüllt.

In absoluten Zahlen wirken die Fortschritte allerdings weniger eindrucksvoll. Selbst wenn das Ziel erreicht wird, den Anteil der Menschen zu halbieren, die von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben, sind 2015 immer noch über eine Milliarde Menschen von extremer Armut betroffen. Im Jahr 2005 waren es nach Schätzungen der Weltbank 1,37 Milliarden Menschen, 2015 soll ihre Zahl bei 1,13 Milliarden liegen (vgl. Grafik 2).¹⁹

Betrachtet man als Armutsmaß den Schwellenwert von zwei US-Dollar pro Tag²⁰, ist die Situation noch in vielen Ländern besorgniserregend (vgl. Tabelle 1). Zwar ist der weltweite Anteil der Menschen, die unterhalb dieser Armutsschwelle leben, zwischen 1990 und 2005 von 63 Prozent auf 47,7 Prozent ge-

sunken. Ihre Zahl betrug 2005 aber noch immer 2,56 Milliarden Menschen:²¹ Demnach lebt fast die Hälfte der Weltbevölkerung in Armut und sozialer Unsicherheit. In manchen Ländern leben über 80 Prozent der Bevölkerung von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Am größten ist der Anteil armer Menschen in Liberia, Burundi, Malawi und Mosambik (vgl. Tabelle 1).

Blickt man auf einzelne afrikanische Länder, gibt es besonders wenig Anlass zu Optimismus. In Subsahara Afrika lebten 2005 mit 51 Prozent immer noch über die Hälfte aller Menschen in extremer Armut, 1990 traf dies für 58 Prozent zu. Ihre Zahl stieg im gleichen Zeitraum von 296 auf 388 Millionen Menschen (vgl. Grafik 2).²²

In vielen asiatischen Ländern hat sich zwar der Anteil der extrem Armen deutlich verringert, insgesamt ist die Zahl der Armen aber noch immer sehr hoch. So weist Indonesien zwar einen vergleichsweise niedrigen Anteil von Menschen auf, die in

¹⁷ Vgl. World Bank (2010c), S. 102.

¹⁸ Vgl. World Bank (2010c), S. 14.

¹⁹ Vgl. World Bank (2010c), S. 102.

²⁰ Seit einigen Jahren verwendet die Weltbank als exakten Wert 2,15 US-Dollar in Kaufkraftparitäten.

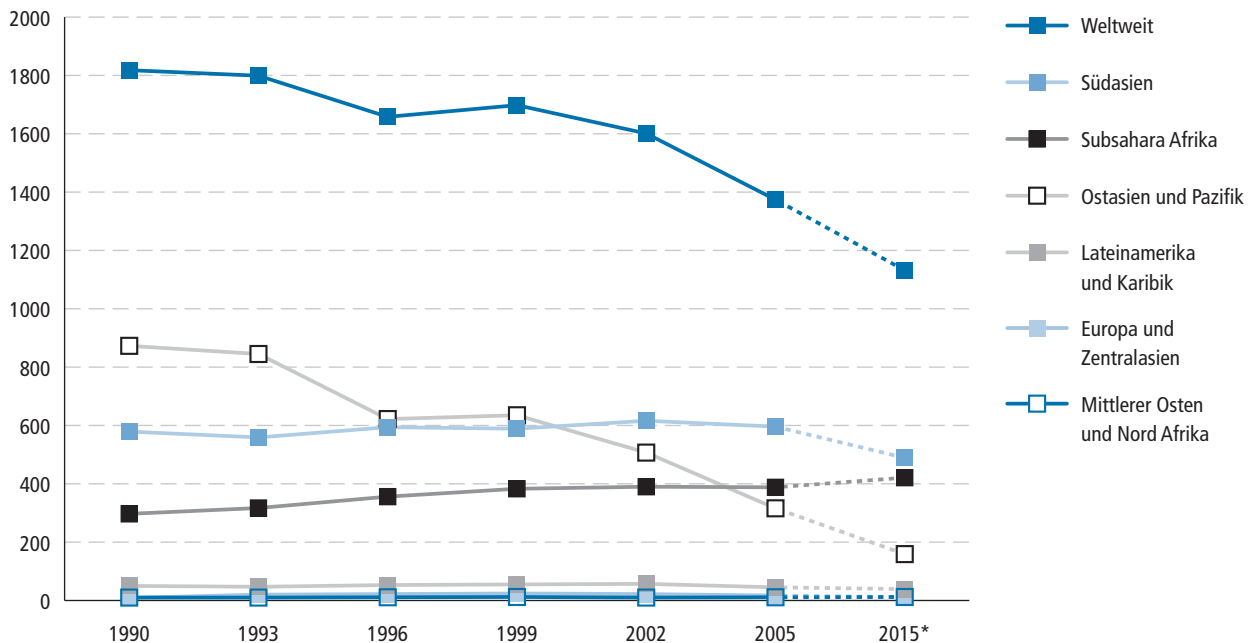
²¹ Vgl. World Bank (2010d), S. 92.

²² Vgl. World Bank (2010c), S. 15.

GRAFIK 2

Zahl der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben

Anzahl in Millionen



Quelle: World Bank (2010d), Tabelle 2.8c, S. 92.

*World Bank (2010c), Tabelle 4A.1 (Low-growth scenario), S. 115

extremer Armut leben (2007: 29,4 Prozent). Betrachtet man allerdings die Menschen, die von weniger als zwei US-Dollar leben, liegt die Quote mit rund 60 Prozent doppelt so hoch.²³

In Indien lag die Armutsquote 1990 bei 51 Prozent und ist bis 2005 auf 42 Prozent gesunken.²⁴ Das bedeutete für das Jahr 2005 noch immer 456 Millionen extrem Armer (gegenüber 436 Millionen im Jahr 1990).²⁵ Dass gerade in Indien als wirtschaftlich erfolgreichem Schwellenland mit einem starken Wirtschaftswachstum der Anteil der Armen weiterhin derart hoch ist, deutet darauf hin, dass die Armutsbekämpfungsstrategien dort bislang offensichtlich nicht wirkungsvoll genug waren.

In China gab es seit 1990 eine erhebliche Reduzierung des Anteils der extrem Armen: 1990 waren es noch 60 Prozent der Bevölkerung 2005 dagegen nur noch 16 Prozent.²⁶ Damit leben aber immer noch 208 Millionen dieses bevölkerungsreichen Landes in extremer Armut. Da in China bereits in den

TABELLE 1

Die 10 Länder mit dem höchsten Armutsanteil

Bevölkerungsanteil in %

Land	Einkommen unter 2,00 US-Dollar/Tag	Einkommen unter 1,25 US-Dollar/Tag
Liberia	94,8	83,7
Burundi	93,4	81,3
Malawi	90,4	73,9
Mosambik	90,0	74,4
Madagaskar	89,6	67,8
Niger	85,6	65,9
Nigeria	83,9	64,4
Sambia	81,5	64,3
Bangladesch	81,3	49,6
Äthiopien	77,6	39,0

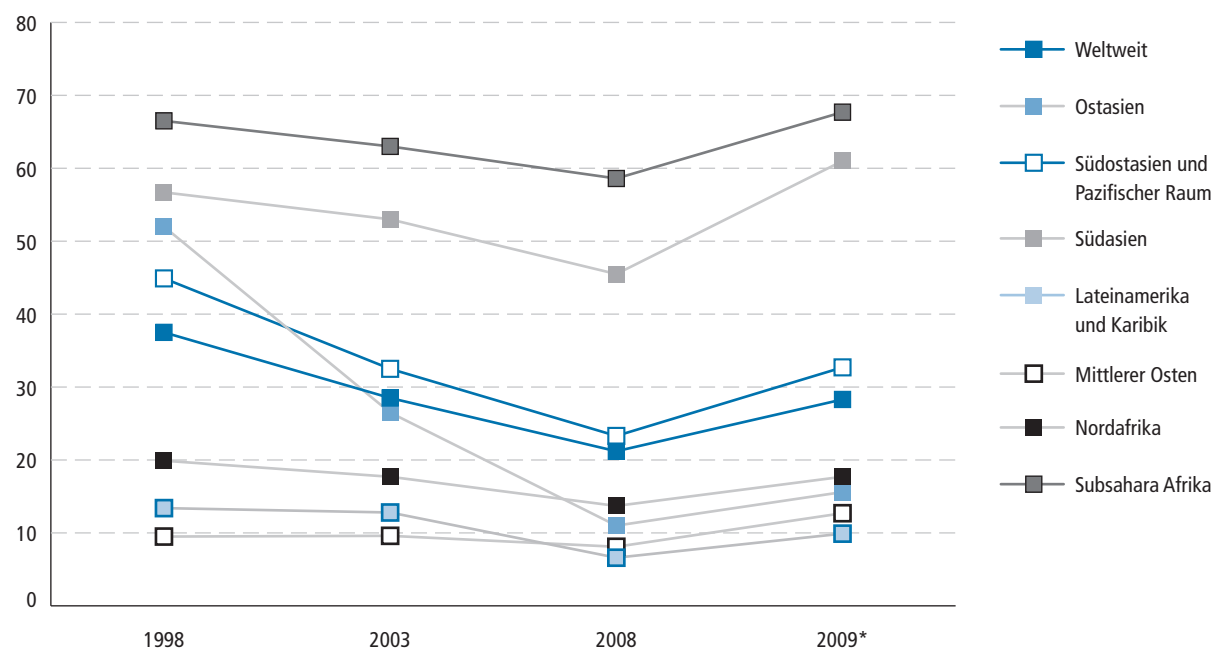
Quelle: World Bank (2010d), Tabelle 2.8, S. 89, jeweils aktuellste verfügbare Werte.

²³ Vgl. World Bank (2010d), Tabelle 2.8, S. 89.²⁴ Vgl. World Bank (2010c), S. 15.²⁵ Vgl. World Bank (2010c), S. 15.²⁶ Vgl. World Bank (2010d), S. 15.

GRAFIK 3

Anteil der arbeitenden Armen (*working poor*)

Anteil an den Beschäftigten in %



* „Worst case“-Prognose

Quelle: ILO (2010), Tabelle A12a, S. 54.

1990er Jahren der Anteil der extrem Armen rapide gesunken war, hatte die Region „Ostasien und Pazifik“ bereits im Jahr 2000 das erste Millenniumsziel erreicht – in dem Jahr, in dem die Regierungen es in der Millenniumserklärung beschlossen hatten.

In Lateinamerika und der Karibik ist eine leichte Abnahme des Anteils der Menschen in extremer Armut festzustellen: 2005 lag er bei 8,2 Prozent,²⁷ 1990 waren es noch elf Prozent.²⁸ Diese Zahl muss aber im Kontext der starken sozialen Ungleichheit auf diesem Kontinent gesehen werden. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in Mittel- und Lateinamerika historisch besonders groß. Massenhafter Armut steht der extreme Reichtum einer kleinen Minderheit gegenüber. In den Statistiken bessert ihr Reichtum das durchschnittliche Prokopfeinkommen auf und lässt diese Länder im weltweiten Entwicklungsranking positiv hervorstechen.²⁹

Menschenwürdige Arbeit als neues Ziel

In das MDG 1 wurde 2008 das Ziel der menschenwürdigen Arbeit integriert.³⁰ Das von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entwickelte Konzept der produktiven und menschenwürdigen Arbeit (*decent work*) bildet eine Antwort auf den gegenwärtigen Trend der weltweiten Informalisierung und Prekarisierung der Arbeit sowie der Zunahme des Anteils der arbeitenden Armen (*working poor*). Menschenwürdige und produktive Arbeit bilden die Voraussetzungen, um der Armut auf längere Sicht zu entkommen.

Folgende vier Indikatoren dienen dazu, die Erfüllung dieses Ziels zu überwachen:

- » Das Wachstum des Prokopfeinkommens pro Beschäftigtem
- » Die Beschäftigungszahl im Verhältnis zur Bevölkerungszahl
- » Der Anteil der Erwerbstätigen, die von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben
- » Der Anteil der Selbstständigen ohne Angestellte und der Familienarbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung.

²⁷ Vgl. <http://data.worldbank.org>.

²⁸ Vgl. UN (2010b).

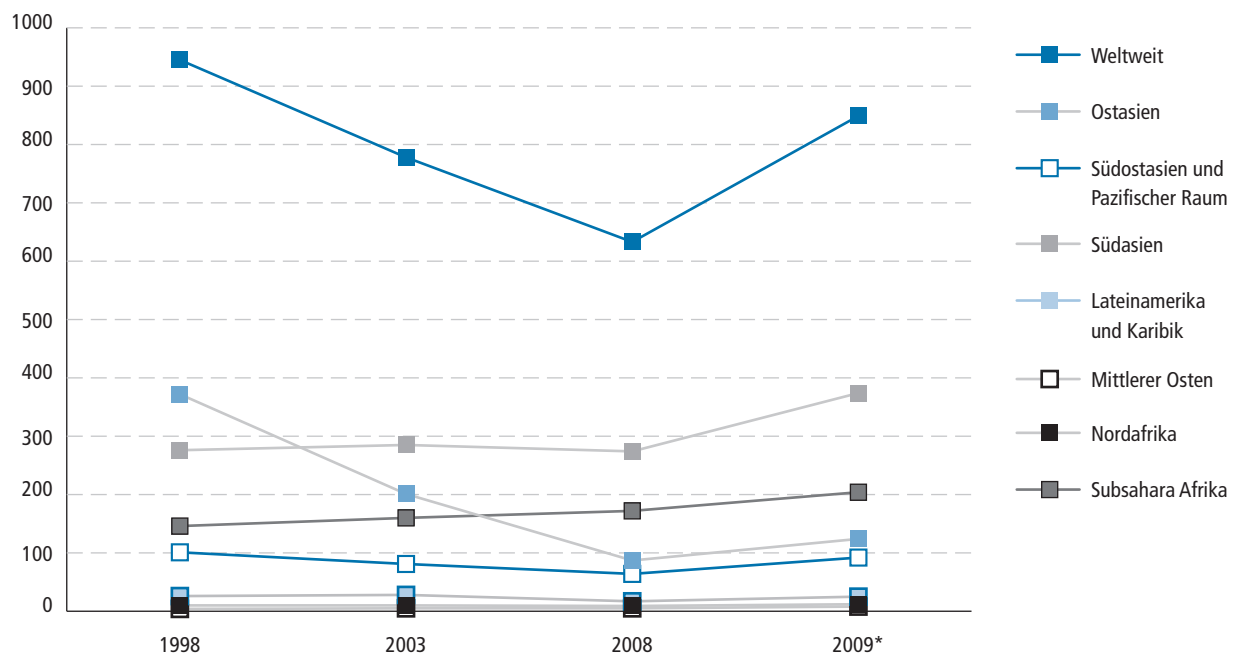
²⁹ Infolge gezielter Sozialpolitik konnte in einigen lateinamerikanischen Ländern die Einkommensungleichheit, gemessen am Gini-Koeffizienten, in den letzten Jahren leicht reduziert werden, vgl. Lopez-Calva, Luis/Lustig, Nora (2010).

³⁰ Dieses Unterziel wurde 2005 auf UN-Ebene beschlossen und 2008 als Teilziel 1B in die MDGs eingebunden.

GRAFIK 4

Zahl der Arbeitenden in extremer Armut (*working poor*)

Anzahl in Millionen



* „Worst case“-Prognose

Quelle: ILO (2010), Tabelle 12, S. 54.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist 2009 auf den historischen Höchststand von 212 Millionen gestiegen und lag damit weltweit um 34 Millionen höher als vor der Krise 2007.³¹ Auch die Zahl der Beschäftigten, deren Einkommen unter der Schwelle extremer Armut liegt, hat infolge der Krise erheblich zugenommen. Bereits 2008 mussten nach Angaben der ILO 633 Millionen Arbeiter und ihre Familien von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben, für zusätzliche 215 Millionen bestand das Risiko, im Jahr 2009 in extreme Armut zu fallen (s. Grafik 4).

Der Anteil der arbeitenden Armen ist nach Einschätzung der ILO aufgrund der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise insbesondere in Subsahara Afrika und in Südasien angewachsen und wird weiter steigen (vgl. Grafik 3). Die Zahl der *working poor* stieg in Subsahara Afrika von 146 auf 172 Millionen (2008). Für 2009 wurde im schlimmsten Fall ein Anstieg auf 204 Millionen angenommen: Dies entspräche einem Anteil von 68 Prozent der Beschäftigten in Subsahara Afrika.³²

Der Anteil der Menschen, die als Selbstständige in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen leben, ist vor allem in Subsahara Afrika und in Südasien extrem hoch. Dabei handelt es sich zumeist um nicht registrierte Kleinhändler im informellen Sektor, wie Tee- oder Straßenhändler, Familien mit kleinen Reparaturbetrieben und ähnliches. Für 2009 berechnete die ILO einen Anteil der ungesicherten (*vulnerable*) Arbeitsverhältnisse an sämtlichen Arbeitsverhältnissen von jeweils 80 Prozent für diese beiden Regionen.³³ Weltweit wurden für 2009 Werte zwischen 49,4 und 52,8 Prozent prognostiziert.³⁴ Das heißt, nur jeder zweite Beschäftigte kann sich eines sicheren und formellen Arbeitsplatzes erfreuen, von dem er auch gut leben kann, für 1,48 bis 1,59 Milliarden Menschen gilt das nicht.

³¹ Vgl. ILO (2010), S. 9.

³² Vgl. ILO (2010), S. 54.

³³ Vgl. ILO (2010), Tabelle A11.

³⁴ Vgl. ILO (2010), S. 19.

Das Grundeinkommen als Möglichkeit zur Bekämpfung von Hunger und Armut? Namibia macht den Versuch

75 Prozent der Bevölkerung in Armut, eine Arbeitslosenquote von 30–40 Prozent, so zeigte sich die Situation Namibias nach dem Erreichen der Unabhängigkeit im Jahre 1990. Das Land im südlichen Afrika verzeichnet mit 0,74 den höchsten Gini-Koeffizienten der Welt. In keinem anderen Land sind Einkommen und Wohlstand so ungleich verteilt wie in Namibia.

Um die Probleme der Bevölkerung des Landes zu lindern, diskutiert die Regierung seit einigen Jahren verschiedene Strategien, die helfen sollen, den Menschen ein gewisses Maß an sozialer Sicherheit zu verschaffen.³⁵ Dafür rief die Regierung unter anderem eine Steuerkommission ins Leben, die die Steuergesetze überprüfen und Verbesserungsvorschläge erarbeiten sollte. Der wohl revolutionärste Vorschlag dieser Kommission war die Einführung eines Grundeinkommens für jeden namibischen Bürger.

Nach vielfältigen Debatten auf dem entwicklungspolitischen Parkett ergriffen zivilgesellschaftliche Gruppen, angeführt von der Evangelisch-Lutherischen Kirche Namibias, die Initiative und implementierten mit Hilfe von Spenden ein zweijähriges Pilotprojekt. Die rund 1.000 Einwohner eines Dorfes in der Nähe von Windhoek sollten unabhängig von ihrem beruflichen Status monatlich 100 N\$ (ca. 13 Euro) erhalten.³⁶ Dieser so genannte Basic Income Grant zeigte schnell positive Wirkungen. Kinder gingen vermehrt in die Schule, Renovierungsarbeiten wurden getätigt und kleinere Existenzgründungen wurden sichtbar. Studien nach dem Ende des Projektes zeigten, dass sich die Gesundheitssituation in dem Dorf verbessert hatte und die Mangelernährung von Kindern von 42 auf 10 Prozent gefallen war. Das Pro-Kopf Einkommen hatte sich nahezu verdoppelt und der Anteil der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, war von 76 auf 37 Prozent gefallen.³⁷ Trotz der Erfolge ist die namibische Regierung bislang nicht bereit, dem zivilgesellschaftlich initiierten Beispiel zu folgen – trotz gegenteiliger Empfehlungen der nationalen Steuerkommission. Zu teuer erscheint eine derartige Unterstützung, und der moralische sowie finanzielle Rückhalt internationaler Geldgeber fehlt. Gewerkschaften, NGOs und Kirchen setzen sich weiterhin für eine Ausweitung des Projektes auf die nationale Ebene ein. Finanzielle Schwierigkeiten in der Durchführung eines solchen Projekts sehen sie nicht.³⁸

Der *Basic Income Grant* in Namibia ist ein beeindruckendes Beispiel für die langfristigen Auswirkungen kleiner Einkommensverbesserungen. Die positiven Erfahrungen sind eine gute Vorlage für weitere Diskussionen über den möglichen Beitrag öffentlich garantierter Grundeinkommen zur Armutsbekämpfung.

³⁵ Altenkamp (2010), S. 1.

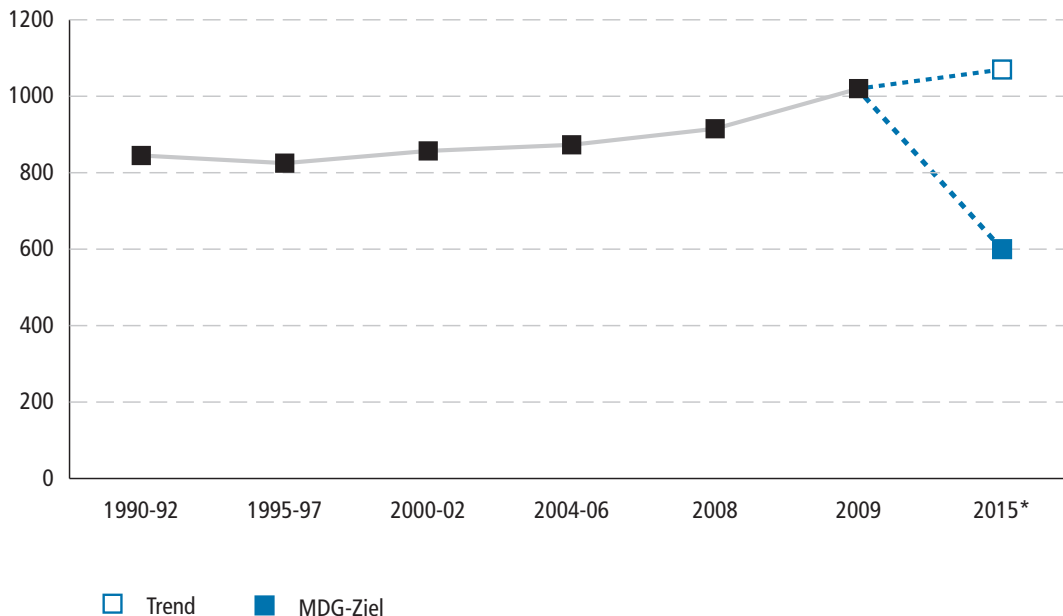
³⁶ Vgl. Basis Income Grant Coalition (2010), 19 ff.

³⁷ Vgl. UN Non-Governmental Liaison Service (2010b), S. 6.

GRAFIK 5

Zahl der weltweit Hungernden 1990–2015

Anzahl in Millionen



Quelle: FAO (2009a), S. 15; Fan (2010).

Zahl der Hungernden auf historischem Höchststand

Die Bilanz für die Reduzierung des Hungers³⁹ fällt nach zehn Jahren ernüchternd aus. Die Zahl der Menschen, die unter chronischem Hunger leiden, stieg 2009 auf den historischen Höchststand von 1,02 Milliarden.⁴⁰ Nachdem die Zahl der Hungernden 1990–92 leicht gesunken war (s. Grafik 5), stieg sie seitdem in allen Regionen an – mit Ausnahme von Lateinamerika und der Karibik.⁴¹

Der Anteil der Hungernden sank zwar zwischen 1990 und 2007 von 20 auf 16 Prozent,⁴² infolge der globalen Ernährungskrise im Jahr 2008 stieg er aber wieder an (s. Grafik 6).⁴³

Der massive Anstieg der Lebensmittelpreise im Zusammenhang mit der Ernährungskrise war vor allem für die ärmeren Bevölkerungsgruppen in den nahrungsmittelimportierenden Ländern problematisch (vgl. dazu auch Kasten 2). Für Viele wurde der Kauf von Lebensmitteln durch die Preissteigerungen unerschwinglich.⁴⁴ Zu den sogenannten *Low-Income Food-Deficit Countries (LIFDC)* zählen mittlerweile 77 Länder.⁴⁵ Diese können den Bedarf an Nahrungsmitteln nicht aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion decken und sind auf den Zukauf von Nahrungsmitteln aus dem Ausland angewiesen.

³⁸ Vgl. Paternoga/Blaschke (2010).

³⁹ Hunger umfasst mehrere Aspekte: erstens unzureichende Kalorienaufnahme, zweitens Nahrungsmittelunsicherheit, also keinen beständigen Zugang zu Lebensmitteln, drittens Mangelernährung mit Folgen für die körperliche Entwicklung, viertens Untergewicht, fünftens ein beeinträchtigtes Körperwachstum bei Kindern unter 5 Jahren und letztlich Auszehrung, bei der das Gewicht im Verhältnis zur Körpergröße mehr als 2 Punkte vom Referenzwert abweicht. Diese Faktoren müssen nicht alle gleichzeitig zutreffen, verdeutlichen aber, dass es nicht nur um ein temporäres Hungergefühl geht, sondern um einen chronischen Mangelzustand verbunden mit einer sozialen und wirtschaftlichen Benachteiligung beim Zugang zu Lebensmitteln. Für Kinder bedeutet Mangelernährung neben gravierenden körperlichen Folgen oftmals auch eine Verschlechterung ihres kognitiven Potenzials; vgl. FAO (2009c), S. 26.

⁴⁰ Vgl. FAO (2009b), S. 11.

⁴¹ Vgl. FAO (2009b), S. 8.

⁴² Vgl. UN (2010b), S. 11.

⁴³ Vgl. FAO (2009b), S. 11; Abb. 6.

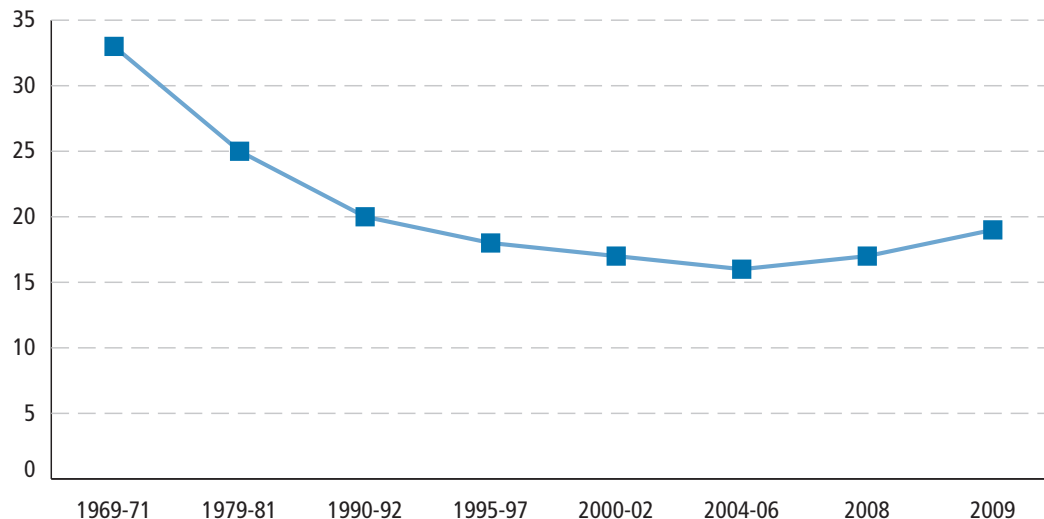
⁴⁴ 2008 sind die Lebensmittelpreise, v.a. von Grundnahrungsmitteln wie Reis drastisch gestiegen; vgl. www.fao.org/worldfoodsituation/FoodPricesIndex/en.

⁴⁵ Vgl. <http://www.fao.org/countryprofiles/lifdc.asp?lang=en>; Zahlen für 2010.

GRAFIK 6

Anteil der hungernden Menschen in den Entwicklungsländern

Bevölkerungsanteil in %



Quelle: FAO (2009b), Grafik 6, Seite 11.

Verschärft wird die Situation durch das Phänomen der Landnahme (*land grabbing*) durch ausländische Regierungen und Investoren. In wachsendem Maße sind institutionelle Investoren wie Hedgefonds nach den Turbulenzen auf den Finanzmärkten auf der Suche nach gleichermaßen stabilen wie profitablen Anlagemöglichkeiten. Angesichts von Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Nahrungsmittelknappheit versprechen sie sich von Investitionen in Agrarland langfristig sichere Gewinne.⁴⁶ Die amerikanische Organisation GRAIN zählt über 120 spezialisierte Investmentfirmen und Fonds, die überwiegend in den letzten zwei Jahren auf diesem Gebiet tätig wurden.⁴⁷ Beliebtes Ziel sind afrikanische Länder, wie der Sudan, Kenia und Mosambik. Wenn in diesen Ländern die Landnahme durch ausländische Investoren voranschreitet, wird die landwirtschaftliche Produktion für den Eigenbedarf noch weiter erschwert und die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten steigt.

Ein Anstieg der Unternährung aufgrund der Krisen wird vor allem für Asien prognostiziert. Nach Schätzungen der FAO und des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums (USDA) steigt die Zahl der Hungernden dort um 13 Prozent, in Lateinamerika und der Karibik sind es acht Prozent und in Subsahara Afrika sechs Prozent.⁴⁸

⁴⁶ Vgl. dazu Grain (2008).

⁴⁷ Eine detaillierte Liste der Firmen und Fonds findet sich unter www.grain.org/m/?id=266.

⁴⁸ Vgl. FAO (2009b), S. 13.

Armuts- und Hungerbekämpfung am Beispiel von Äthiopien

Äthiopien zählt zu den ärmsten Ländern Afrikas. Rund 85 Prozent der Bevölkerung sind von der Landwirtschaft abhängig, und ein großer Teil der Äthiopier leidet unter Ernährungsunsicherheit.⁴⁹ Um die Situation in dem Land langfristig zu verbessern, entwickelte das Binnenland im Jahr 2001 einen eigenen nationalen Plan der Armutsbekämpfung.⁵⁰ Von 2003 bis 2007 wuchs unter anderem hierdurch das nationale BIP im Durchschnitt um 11,8 Prozent.⁵¹ Auch zeigten sich beachtenswerte Erfolge in der Armuts- und Hungerbekämpfung. Im Jahr 1990/91 lebten ca. 48 Prozent unter der nationalen Armutsgrenze. Dieser Anteil sank im Jahr 2006/07 auf 34,6 Prozent. Auch der Anteil der Hungernden verringerte sich um 13,8 Prozentpunkte auf 30,8 Prozent im Jahr 2009.⁵²

Doch trotz der Erfolge wird der Anteil der Hungernden und extrem armen Menschen vorerst wohl nicht halbiert werden können. Selbst bei einem andauernden wirtschaftlichen Wachstum würde sich die Armut bis 2015 nur um ca. 30 Prozent verringern.⁵³ Der Welthungerindex schätzt die Ernährungssituation in Äthiopien als weiterhin gravierend ein. In einer Rangfolge der 84 ernährungsunsichersten Länder der Welt nimmt Äthiopien 2009 den fünfschlechtesten Platz 79 ein.⁵⁴ Die ärmsten Teile der Bevölkerung konnten durch die Strategien der Armutsbekämpfung nur schlecht erreicht werden. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich nicht wesentlich verringert und vergrößerte sich zeitweise sogar. Der Gini-Koeffizient stieg von 0,34 im Jahr 1999/2000 auf 0,44 im Jahr 2004/05.⁵⁵ Im Jahr 2009 sank er wieder auf 0,29.⁵⁶

Insbesondere in ländlichen Gebieten lebt ein großer Teil der Bevölkerung ohne Zugang zu Märkten, Einkommensmöglichkeiten und staatlicher Unterstützung, sodass die Ernährungsunsicherheit hier besonders gravierend ist. Regelmäßig sind 5–6 Millionen Menschen in ihrem Überleben abhängig von Nahrungsmittelhilfe.⁵⁷ Das Tiefland ist von den nationalen Entwicklungsanstrengungen weitestgehend ausgeschlossen. Zum einen sind diese Gebiete häufig gekennzeichnet durch lokale Konflikte, zum anderen besteht seitens der Regierung wenig Interesse, in diese Gebiete verstärkt zu investieren.⁵⁸

Die Probleme bei der Armutsbekämpfung verstärken sich zudem durch den Klimawandel. Die Weltbank stuft das Land als eines der weltweit zwölf verwundbarsten Länder gegenüber dem Klimawandel ein.⁵⁹ Äthiopien wurde in der Vergangenheit immer wieder von Dürren heimgesucht. Durch den Klimawandel treten diese nun immer häufiger und in geringeren Abständen auf. Dies erhöht das Risiko von Hunger und erschwert die Armutsbekämpfung.⁶⁰ Der Klimawandel stellt die Menschen vor neue Herausforderungen. Eine Anpassung an verstärkte Trockenheit und veränderte Regenzeiten ist unabdinglich. Um das MDG 1 zu erreichen, müssten in Äthiopien Partizipationsmöglichkeiten für alle Teile der Bevölkerung geschaffen werden. Grundsätzliche strukturelle Probleme wie beispielsweise die unsichere Landrechtslage sollten verstärkt auf die developmentpolitische Agenda rücken, um zum einen die landwirtschaftliche Produktion zu verbessern aber auch die Verwirklichungschancen des Einzelnen zu erweitern.

⁴⁹ Vgl. Hellmuth et al. (2007), FEWS NET (2009).

⁵⁰ Vgl. MOFED (2006).

⁵¹ Vgl. MOFED (2008), S. 69.

⁵² Vgl. Welthungerhilfe et al. (2009), S. 13.

⁵³ Vgl. MOFED (2004), 14.

⁵⁴ Vgl. Welthungerhilfe et al. (2009), et al. S. 13.

⁵⁵ Vgl. MOFED (2008), S. 6.

⁵⁶ Vgl. UNDP (2009), S. 197.

⁵⁷ Vgl. FEWS NET (2010).

⁵⁸ vgl. Lautze/Maxwell (2007).

⁵⁹ Vgl. World Bank (2009).

⁶⁰ Vgl. OXFAM (2010), S. 16ff; Ulsrud et al. (2008), S. 9ff.

TABELLE 2

Anteil der Kinder unter 5 Jahren, die an Unterernährung leiden

Anteil an der relevanten Bevölkerungsgruppe in %

	1990	2008
Latein Amerika und Karibik	11	6
Subsahara Afrika	31	27
Südasien	51	46
Südostasien	37	25
Westasien	14	14
Nordafrika	11	7
Ostasien	17	7
Entwicklungsländer insgesamt	31	26

Quelle: UN (2010d), S. 13

Kinder sind in besonderem Maße von Hunger und Unterernährung betroffen. Insgesamt ist seit 1990 ein Rückgang des Anteils der Kinder, die hungern, festzustellen. Er fiel mit fünf Prozent allerdings spärlich aus und wird durch die Folgen der globalen Krisen weitgehend aufgezehrt. In vielen Ländern ist jedes dritte Kind unter fünf Jahren unterernährt. Kinder in Südasien sind davon am stärksten betroffen: Allein in Indien lebt ein Drittel der unterernährten Kinder. In ganz Südasien sind insgesamt 46 Prozent der Kinder untergewichtig – mehr als in Subsahara Afrika (vgl. Tabelle 2). 1990 betrug der Anteil in Südasien allerdings noch 51 Prozent.⁶¹ Es gibt Fortschritte, aber für viele Kinder kommen diese Fortschritte nicht schnell genug.

Jedes zweite Kind, das vor Erreichen des fünften Lebensjahrs an Hunger stirbt, war schon bei oder kurz nach der Geburt untergewichtig, da seine Mutter an Hunger litt.⁶² Insgesamt sind weiterhin 26 Prozent aller Kinder in Entwicklungsländern unterernährt oder in ihrer Entwicklung durch Fehlernährung gehemmt.⁶³ Aber auch die Situation für die älteren Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren ist besorgniserregend. Allein in Südasien leiden 615 Millionen der unter 18-jährigen unter einer schlechten Ernährungssituation.⁶⁴

Hunger und Unterernährung haben auch negative Folgen für die Verwirklichung anderer MDGs. Denn eine mangelhafte Ernährung trägt nicht nur zur grundsätzlichen Beeinträchtigung der persönlichen Entwicklung bei, sondern ist auch eine zentrale Ursache für mehr als die Hälfte aller Todesfälle bei Kindern (s. MDG 4).

⁶¹ Vgl. UN (2010d), S. 13.

⁶² Vgl. Seitz (2010), S. 4.

⁶³ Vgl. UN (2010d), S. 13.

⁶⁴ Vgl. UNICEF (2010), S. 43.

⁶⁵ Unter der Fragestellung „Was ist zu tun?“ dokumentiert dieser Report weitgehend Empfehlungen, die bei den Hearings der UN-Generalversammlung mit der Zivilgesellschaft im Juni 2010 präsentiert wurden. Sie formulieren zumeist keine spezifischen Politikmaßnahmen, aber spiegeln die Themen wider, die für die mehr als 300 beteiligten Gruppen und Organisationen, insbesondere aus den Ländern des Südens, prioritär sind. Vgl. für MDG 1 UN General Assembly (2010), Pkt. 13f.

Was ist zu tun?

MDG 1

Fortschritte bei der Verwirklichung von MDG 1 sind nicht nur erforderlich, um Armut und Hunger zu reduzieren. Sie sind auch eine notwendige Voraussetzung dafür, alle anderen Ziele umzusetzen. Bereits bevor die globale Wirtschafts- und Ernährungskrise Rückschritte bei MDG 1 verursachte, ist die absolute Zahl der Menschen, die in Armut leben, in einigen Ländern und Regionen der Welt angestiegen. Deshalb müssen zukünftige Strategien der Armutsbekämpfung in alternative Entwicklungsstrategien integriert werden. Von zentraler Bedeutung sind dabei zum einen die Schaffung produktiver Beschäftigung bei höheren Löhnen, zum anderen umfangreiche Investitionen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft, um die lokalen Märkte mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen und sie vor Billigimporten, Preisverfällen und Naturkatastrophen zu schützen.

Empfehlungen zur Verwirklichung von MDG 1:⁶⁵

- » Entwicklungsländern muss ausreichender politischer Handlungsspielraum (*policy space*) eingeräumt werden, der es ihnen ermöglicht, eigenständige, demokratisch bestimmte Entwicklungsprioritäten festzulegen und umzusetzen.
- » Entwicklungsländer sollten „MDG 1-Rettungspläne“ formulieren, die Kostenkalkulationen und Zeitpläne zur Verwirklichung des Ziels der Armutshalbierung enthalten. Geberländer sollten als Teil ihrer Verpflichtungen eindeutig zusagen, die Finanzierungslücke zu schließen.
- » Um die Stärkung der Armen rechtsverbindlich zu unterstützen, sollten die Regierungen menschenrechtliche Zielvorgaben in ihre Wirtschaftspolitik aufnehmen.
- » Der Globale Beschäftigungspakt (*Global Jobs Pact*) sollte zügig umgesetzt werden, um sowohl den wirtschaftlichen Aufschwung als auch notwendige sozioökonomische Veränderungen zu gewährleisten und damit dem Problem des „jobless growth“ zu begegnen. Ein System der sozialen Grundsicherung sollte in jedem Land eingeführt werden. Zugleich sollten die Rechte der Akteure im informellen Sektor, insbesondere der Frauen, verbessert werden. Die Politik sollte gezielt Klein- und Mikrounternehmen im informellen Sektor fördern, wo die Mehrheit der Arbeiter von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben.
- » Konjunkturpakete müssen als Reaktion auf die anhaltende Krise aufrechterhalten werden. Sie sollten sich aber auf arbeitsintensive Investitionen in soziale Infrastruktur und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen konzentrieren.
- » Bankdienstleistungen, Mikroversicherungen und anderen finanziellen Dienstleistungen sollten gefördert werden, die vor allem einkommensschwache und abgelegene Gemeinden sowie Klein- und Mikrounternehmen in Anspruch nehmen können. Kreditgarantien für Mikrokreditinstitute und dezentralisierte Zugänge zum Finanzsektor sollten gefördert werden.
- » Regierungen sollten insbesondere in von Frauen betriebene kleinbäuerliche Landwirtschaft investieren, da diese Investitionen besonders produktiv sind und effektiv zur Reduzierung des Hungers beitragen. Regierungen sollten rechtliche und administrative Hürden beseitigen, denen Unternehmerinnen gegenüber stehen, besonders beim Zugang zu Land und Krediten. Entwicklungshilfe für den Agrarsektor sollte sich auf den Anbau von Grundnahrungsmitteln konzentrieren, die lokale Produktion für den einheimischen Verbrauch fördern sowie die Bewahrung von biologischer Vielfalt und traditionellem Wissen unterstützen.
- » Die weltweiten Ausgaben zur Unterstützung der Ernährungssicherheit sollten um mindestens 40 Milliarden US-Dollar pro Jahr erhöht werden, um die drängendsten Hungerprobleme zu bewältigen.
- » Der Dialog zwischen Kleinbauern, Wissenschaftlern, Agrarunternehmen, Nichtregierungsorganisationen, *think tanks* und öffentlichen Einrichtungen sollte gefördert werden, um nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken zu erforschen, die die Produktivität steigern, auf indigenem Wissen aufbauen und zugleich den Boden und die natürliche Umwelt bewahren.
- » Die Organisation von Kleinbauern sollte unterstützt werden, damit sie gegenüber anderen Akteuren in der Wertschöpfungskette gestärkt werden und dadurch auch ihr Einkommen steigern können.
- » Ein universelles System der sozialen Grundsicherung sollte geschaffen werden, das Elemente wie Beschäftigungsgarantien, *cash transfers*, Nahrungsmittelpakete, öffentliche Arbeitsvermittlung, kostenlose Schulmahlzeiten, Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen umfasst. Bei der Ausarbeitung dieses Systems muss darauf geachtet werden, eine geschlechtspezifische Arbeitsteilung bei der Erbringung von Dienstleistungen zu vermeiden.
- » Besondere Maßnahmen sollten ergriffen werden um sicherzustellen, dass in extremer Armut lebende Menschen, einschließlich Frauen, Kinder und andere gefährdete sowie ausgeschlossene Gruppen, wie beispielsweise die indigenen Völker und Behinderte, in sozialen Sicherungssystemen nicht übergangen werden. Das System der sozialen Grundsicherung sollte explizit auf den grundlegenden Menschenrechten basieren.

MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

Das Ziel, bis 2015 die Grundschulbildung für alle Mädchen und Jungen⁶⁶ sicherzustellen, wird mit einer Politik des business as usual nicht zu erreichen sein. 2015 würde es dann noch immer ungefähr 56 Millionen Kinder geben, die keine Schule besuchen.⁶⁷ Dennoch konnte aufgrund breit angelegter Kampagnen (z.B. Education for All) und international abgestimmter Anstrengungen zwischen Regierungen, Gewerkschaften und NGOs der Anteil der Kinder, die eine Grundschule besuchen, signifikant gesteigert werden. Die Alphabetisierungsquote der Erwachsenen hat sich zwischen den Zeiträumen 1985–1994 und 2000–2007 um zehn Prozent auf jetzt 84 Prozent erhöht.⁶⁸

Zwischen 1999 und 2007 sank die Zahl der Kinder, die nicht zur Schule gehen, weltweit um 33 Millionen auf 72 Millionen. Die Fortschritte sind in vielen Ländern aber weiterhin zu gering, in einigen gab es sogar Rückschritte. Dazu zählen Tunesien, Algerien, Togo, Eritrea und Malawi.

In Subsahara Afrika besteht das größte Defizit. 2007 gingen dort 32 Millionen Mädchen und Jungen nicht zur Schule – ca. ein Viertel der Schulberechtigten.⁶⁹ Subsahara Afrika hat somit den größten Anteil an „*children out of school*“. Aber auch dort gab es in manchen Ländern erhebliche Fortschritte. So konnte in Äthiopien und Tansania die Zahl der Kinder, die nicht zur Schule gehen, zwischen 1999 und 2007 um jeweils mehr als drei Millionen reduziert werden.⁷⁰

Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind aber auch dort unübersehbar (vgl. dazu auch Kasten 3). Insgesamt stehen den Regierungen der Entwicklungsländer nach Schätzungen der UNESCO infolge der Krise 2009 und 2010 4,6 Milliarden US-Dollar weniger für ihre Bildungsausgaben zur Verfügung.⁷¹ Das entspricht einer Kürzung der Mittel pro Schüler um rund 10 Prozent. Die Entwicklungsfinanzierung für diesen Bereich ist bereits vor der Krise erheblich gesunken. 2007 lag sie bei weltweit 4,3 Milliarden US-Dollar. Selbst wenn die betroffenen Länder selbst ihre Mittel um sieben Milliarden US-Dollar pro Jahr erhöhen würden, bliebe zur Verwirklichung von MDG 2 eine Finanzierungslücke von jährlichen 16 Milliarden US-Dollar.⁷²

Folgen der Finanzkrise für die Schulsituation von Kindern – ein lokales Beispiel aus Indien

Als Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hat es in zahlreichen Ländern Rückschritte bei den Schulbesuchen gegeben – so auch in Indien. Ein Beispiel ist die indische Region Kanataka. Dort sind Arbeiter wegen des boomenden Bergbaus mit ihren Familien zu den Minen gezogen und lebten dort in provisorischen Lumpen- und Wellblechhütten.

In einem von terre des hommes unterstützten Projekt haben die lokalen Partnerorganisationen SEEDS und VIKAASA/READS dort begonnen, die Kinder in Zeltschulen aufzunehmen und an den Schulbesuch zu gewöhnen. Von dort sollten sie in ein „Bridge School“-Programm und danach in die normalen Schulen integriert werden.

Mit der Finanzkrise ging es dem Bergbau schlecht, die meisten der Arbeiter wurden entlassen. Die Zeltschulen wurden aufgelöst, ohne Alternativen zu schaffen. Inzwischen beginnt sich die Konjunktur wieder zu erholen, die Arbeiter ziehen zurück in die Minen und das Programm der Zeltschulen wird wieder aufgenommen. Die Kinder haben durch die Krise aber viel wertvolle (Schul-)Zeit verloren.

⁶⁶ Dabei geht es nicht nur darum, dass Mädchen und Jungen eine Schulausbildung beginnen, sondern dass sie die Grundschule vollständig abschließen. Das kann je nach Land nach der vierten, fünften oder sechsten Klasse sein.

⁶⁷ Vgl. UNESCO (2010a), S. 6.

⁶⁸ Vgl. UNESCO (2010a), S. 1.

⁶⁹ Vgl. UNESCO (2010a), S. 56.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Ebd., S. 1.

⁷² Ebd., S. 2.

TABELLE 3

Alphabetisierungsrate und Grundschulabschlussquote in ausgewählten Ländern

Anteil an der relevanten Bevölkerungsgruppe in %

Land	Alphabetisierungsrate	Alphabetisierungsrate bei Kindern und Jugendlichen (unter 25 Jahren)	Grundschulabschlussquote
Tschad	32,7	45,4	21
Äthiopien	35,9	49,9	43
Guinea	38	58,7	47
Sierra Leone	39,8	55,7	87,7*
Benin	40,8	53,3	44
Gambia	45,3	64,1	79,1*
Guinea-Bissau	51	69,6	nicht verfügbar
Pakistan	53,7	68,9	46
Mozambik	54	69,9	46
Zentralafrikanische Republik	54,6	64,2	32,6*
Elfenbeinküste	54,6	66,1	47,7*
Bangladesch	55	74,4	50
Marokko	56,4	76,6	82
Mauretanien	56,8	67	12
Nepal	57,9	80,8	65
Liberia	58,1	74,8	57,6*
Papua-Neuguinea	59,6	66,5	nicht verfügbar
Nigeria	60,1	71,5	86
Eritrea	65,3	87,8	48
Ghana	65,8	79,3	88
Burundi	65,9	75,9	22
Kongo	66,6	65,3	33

Quelle: UNESCO (2010): Institute for Statistics. <http://stats.uis.unesco.org> und*Datenbank der Weltbank <http://data.worldbank.org>

Nicht nur zwischen den verschiedenen Ländern, sondern auch zwischen sozialen Gruppen, bestehen erhebliche Unterschiede in der Grundschulbildung. Ob Kinder in die Schule gehen können, hängt nach wie vor auch von ihrem Geschlecht, der finanziellen Situation ihrer Familie und der ethnischen Herkunft ab. Besonders betroffen sind doppelt benachteiligte Gruppen, wie etwa Mädchen indigener Herkunft. Die Weltbank schätzt, dass von den 60 Millionen Mädchen, die 2002 keinen Zugang zu Primärschulbildung hatten, 70 Prozent aus besonders benachteiligten Gruppen stammten.

Betrachtet man die Zahlen derjenigen, die eine Grundschulbildung abschließen konnten, nach Einkommensgruppen, so zeigt sich deutlich, dass die reichste Gruppe auch in einem armen Land über sehr gute Bildungszugänge verfügt, während die Ärmsten eine dramatisch schlechtere Schulabschlussquote

verzeichnen. Insofern sind Hochrechnungen für ein ganzes Land problematisch: In Kamerun lag die Abschlussrate bei Mädchen des ärmsten Fünftels der Bevölkerung 2004 bei 23,4 Prozent, während die Mädchen aus den reichsten Familien zu 92,5 Prozent die Grundschule abschlossen. Bei den Jungen lag die Abschlussquote im ärmsten Fünftel bei 44,4 Prozent gegenüber 94,2 Prozent im reichsten Fünftel. In Burkina Faso ist die Situation für die Kinder aus den ärmsten Familien noch schlimmer: Nur 2,8 Prozent der Mädchen aus dem ärmsten Fünftel konnten 2003 die Grundschule abschließen gegenüber 46,3 Prozent des reichsten Fünftels.⁷³

⁷³ Vgl. Gwatkin et al. (2007), S. 209f.

TABELLE 4

Zahl der Schüler pro Lehrer und Anteil der ausgebildeten Lehrer

Land	Zahl der Schüler pro Lehrer (Grundschule)		Anteil der ausgebildeten Lehrer (Grundschule) in %
	2005	2008	2008
Malawi	85	93	nicht verfügbar
Zentralafrikanische Republik	89	90	nicht verfügbar
Mosambik	66	68	67
Ruanda	66	68	94
Tschad	63	62	35
Sambia	66	61	nicht verfügbar
Äthiopien	nicht verfügbar	59	89,7
Kongo	83	52	93,3
Tansania	56	52	100
Mali	54	51	50,1
Uganda	50	50	89,4
Burkina Faso	47	49	87,7
Kambodscha	53	49	98,2
Eritrea	48	47	89,3
Kenia	45	47	98,4
Madagaskar	54	47	52,1
Kamerun	48	46	61,8
Benin	47	45	71,8
Bangladesch	47	44	54,4
Guinea	45	44	82,1

Quelle: <http://data.worldbank.org>

Es bestehen beim Schulbesuch zudem große Unterschiede zwischen ländlichen Regionen und urbanen Räumen. 2008 gingen insgesamt 27 Prozent der Kinder in ländlichen Regionen nicht zur Schule, in urbanen Räumen lag der Anteil bei 14 Prozent.⁷⁴

Der Blick auf die Einschulungs- und Abschlussquoten allein sagt allerdings noch wenig über die Qualität der Ausbildung und den tatsächlichen Bildungsstand der Bevölkerung aus. Klassengrößen bis zu 90 Schülern pro Lehrer (s. Tabelle 4) führen bei vielen Schülern zu mangelhaften Lernerfolgen. Eine hohe Alphabetisierung ist oftmals auch nach Absolvierung der Grundschule nicht gegeben (s. Tabelle 3). Auch bei hohen Abschlussraten von 87,7 Prozent lag die Alphabetisierungsrate in

Ländern wie Sierra Leone nur bei 55,7 Prozent. Um bis 2015 allen Kindern eine kostenlose und qualitativ hochwertige Grundbildung bei einem Schüler/Lehrer-Verhältnis von 40:1 zu ermöglichen, müssten allein in Subsahara Afrika vier Millionen zusätzliche Lehrer eingestellt werden.⁷⁵

Erschwerend kommt hinzu, dass laut UNECSO viele der eingeschulten Kinder die Schule nicht regelmäßig besuchen. Dies kann an fehlenden finanziellen Mitteln für die Schulkleidung oder das Schulgeld liegen. Zudem müssen viele Kinder – nun auch verstärkt in Folge der Finanzkrise – ihre Familien im Haushalt, bei der Betreuung der Geschwister oder beim Gelderwerb unterstützen und können deshalb nicht zur Schule gehen. Die Fehlzeiten tragen zu der Diskrepanz zwischen Ein-

⁷⁴ Vgl. UN (2010b), S. 18.

⁷⁵ Vgl. Kühn/Caprio/von Buttler (2007), S. 32.

schulungs- und Alphabetisierungsquote in vielen Entwicklungsländern bei. Die mangelnde Qualität der Bildung ist eine weitere Ursache, denn die Ausbildung der Lehrer ist oftmals mangelhaft, so dass diesen die adäquaten pädagogischen Vermittlungsfähigkeiten für tatsächliche Lernerfolge fehlen. Hohe Einschulungsquoten bedeuten also noch lange kein hohes Bildungsniveau der Kinder. Die großen Klassengrößen von bis zu 93 Schülern pro Lehrer erschweren zusätzlich den Lernerfolg. Seit 2005 ist hier ein deutlicher Anstieg der Schülerzahlen pro Lehrer festzustellen (s. Tabelle 4).

Problematisch ist schließlich, dass sich MDG 2 auf die Grundschulbildung beschränkt. Weitergehende Ziele, wie sie in der UNESCO-Initiative „Bildung für Alle“ und zuletzt beim Weltbildungsforum 2000 in Dakar formuliert wurden, kommen in den MDGs bisher nicht vor. Die Folge ist eine Konzentration finanzieller Mittel und politischer Aufmerksamkeit auf den Grundschulsektor, während die weiterführenden Schulen und die Aus- und Fortbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen stark vernachlässigt werden. Die Folge: Während die weltweite Einschulungsquote inzwischen von 80 (1999) auf 86 Prozent (2007) gestiegen ist, lag der Anteil der Kinder, die nach der Grundschule eine weiterführende Schule besuchen, in den Entwicklungsländern lediglich bei 61 Prozent – in Industrieländern dagegen bei 100 Prozent. Es bedarf daher einer Neu- und Rückbesinnung auf ein ganzheitliches und umfassendes Konzept der Bildungszusammenarbeit, das alle Phasen von der Vorschulerziehung bis zur Erwachsenenbildung umfasst und auch die Qualität der Bildung berücksichtigt.

Was ist zu tun?

MDG 2

Die Realisierung des zweiten Entwicklungszieles hat spürbare Fortschritte gemacht. Dies ist unter anderem auf die Abschaffung der Schulgebühren in vielen Ländern zurückzuführen. So konnten Kinder aus den ärmsten Familien ebenfalls am Schulunterricht teilnehmen. Insgesamt konnten seit dem Jahr 2000 40 Millionen Kinder mehr zur Schule gehen.

Die Weltgemeinschaft besitzt die Ressourcen, um jedem Menschen Bildung zu ermöglichen. Dennoch ist das Tempo des Fortschritts nicht hoch genug – bei der gegenwärtigen Geschwindigkeit würde das Bildungsziel in den nächsten hundert Jahren nicht erreicht, geschweige dann bis zum Jahr 2015.

Empfehlungen zur Verwirklichung von MDG 2:⁷⁶

- » Bildungshindernisse wie Krankheiten, Fehlernährung, unzureichende Planung und oder schlechte Infrastruktur beeinflussen zu oft die Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen. Das Erreichen anderer Entwicklungsziele hat direkten Einfluss auf das Resultat der Bildungsziele.
- » Während Investitionen in die Grundschulbildung essentiell sind, sind Investitionen in die weiterführende Bildung nicht weniger relevant, besonders für Mädchen. Der Übergang von der Grundschule zu weiterführenden Schulen muss die Regel und nicht die Ausnahme werden. Um in Zukunft Erfolge im Bildungswesen erzielen zu können, sollten Regierungen dem Ausbau des Bildungssystems absolute Priorität einräumen.
- » Das Erreichen aller Entwicklungsziele hängt entscheidend davon ab, ob Jugendliche nach der Schulbildung menschenwürdige Arbeit finden. Die Möglichkeiten hierzu müssen gezielt ausgebaut und gefördert werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Situation von Mädchen gelegt werden. Ihnen müssen frühzeitig die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt aufgezeigt werden, um sie zu ermutigen, arbeitsmarktrelevantes Wissen zu erlangen.

⁷⁶ Vgl. UN General Assembly (2010), Pkt. 15f.

MDG 3: Gleichstellung der Geschlechter fördern

Die Instrumente, Strategien und Indikatoren, die sich mit der Gleichstellung der Geschlechter sowie der Bekämpfung von Frauenarmut, Gewalt und Diskriminierung befassen, sind nach wie vor meist unzureichend.

Ein Grundproblem liegt in der Ausgestaltung des entsprechenden Millenniumsziels. MDG 3 fällt weit hinter die Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz von Beijing 1995 zurück und beschränkt sich in seinem einzigen Unterziel darauf, das Geschlechtergefälle im Bildungsbereich zu beseitigen. Die Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter werden anhand von nur drei Indikatoren gemessen, nämlich

1. dem Verhältnis Mädchen/Jungen in der Primar-, Sekundär- und Tertiärausbildung,
2. dem Anteil der Frauen an den Beschäftigten außerhalb des Agrarsektors,
3. dem Anteil weiblicher Abgeordneter in nationalen Parlamenten.

Diese Auswahl sagt nicht viel über die komplexen Probleme von Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung von Frauen aus. Der Alltag der Frauen ist vielfach erschwert durch den eingeschränkten Zugang zu Ressourcen und damit zu ökonomischer Eigenständigkeit. Sie verfügen über weniger Möglichkeiten, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und politisch durchzusetzen. Außerdem unterliegen Frauen in vielen Ländern weiterhin einer benachteiligenden Rechtsprechung. Gleichzeitig gelten gerade die Frauen als tragende Säulen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung.

Orientiert man sich zur Erfolgsmessung zunächst an den offiziellen MDG-Indikatoren, so lassen sich in den letzten Jahren graduelle Fortschritte feststellen. Knapp zwei Drittel der Entwicklungsländer haben das bis 2005 gesteckte Ziel der Geschlechtergleichstellung bei der Einschulung erreicht.⁷⁷ Daten von 2007 zeigen, dass – bei Fortsetzung des aktuellen Trends – die meisten afrikanischen Länder die Geschlechter-Gleichstellung in der Grundschulbildung erreichen werden. Gleichzeitig sind aber zwei Drittel der über 750 Millionen Analphabeten Frauen und Mädchen.⁷⁸

Bei der Sekundärbildung zeichnet sich ein anderes Bild ab: Insbesondere in Westasien, Südasien und Subsahara Afrika haben weitaus weniger Mädchen als Jungen Zugang zur

Sekundärbildung. In Lateinamerika, Ostasien und Südostasien hat sich der Trend hingegen verbessert, sodass mitunter sogar mehr Mädchen als Jungen nach der Primarbildung weiter zur Schule gehen.⁷⁹

Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten außerhalb des Agrarsektors lag 2005 weltweit bei 36,9 Prozent. Zum Vergleich: in Ländern mit hohem Einkommen liegt der Prozentsatz bei 46,2 Prozent, im Nahen Osten und Nordafrika hingegen nur bei 17,3 Prozent (2005). In Lateinamerika und der Karibik sind 41,3 Prozent der Beschäftigten außerhalb des Agrarsektors Frauen, in Südasien sind es lediglich 18,1 Prozent.⁸⁰

Insgesamt arbeiten Frauen häufiger in menschenunwürdigen Beschäftigungsverhältnissen.⁸¹ Der Anteil der Frauen, die im informellen Sektor arbeiten, ist im Vergleich zu den Männern außerordentlich hoch: In Mali beträgt ihr Anteil an den weiblichen Beschäftigten außerhalb des Agrarsektors 89 Prozent, in Indien liegt er bei 88 Prozent.⁸²

Der Anteil der Frauen, die in Führungspositionen arbeiten, ist dagegen weiterhin gering. Weltweit liegt er bei 25 Prozent, in Südasien und Nordafrika sind es nur neun Prozent.⁸³

Der Anteil weiblicher Abgeordneter in Parlamenten ist zwar in den vergangenen zehn Jahren gestiegen, liegt aber noch immer weit unter dem der männlichen Kollegen. Im Jahr 2000 waren elf Prozent der Abgeordneten in Entwicklungsländern Frauen, für 2010 wird ihr Anteil auf 18 Prozent geschätzt. Im Vergleich dazu sind in den Ländern des Nordens derzeit etwa 24 Prozent der Abgeordneten Frauen.⁸⁴

Die Gleichstellung von Frauen hängt keineswegs automatisch vom ökonomischen Entwicklungsstand eines Landes ab. Auch in ärmeren Ländern können eine gezielte Politik und Veränderungen im gesellschaftlichen Diskurs die Gleichstellung der Geschlechter fördern. Um diesen Diskurs zu beeinflussen hat das zivilgesellschaftliche Bündnis Social Watch im Jahr 2004 den Gender Equity Index (GEI) entwickelt. Er soll Trends bei der Gleichstellung der Geschlechter auf Grundlage eines umfassenden Sets von Indikatoren sichtbar machen. Der Index kombiniert drei Dimensionen:

⁷⁹ Vgl. UN (2010b), S. 21.

⁸⁰ Vgl. World Bank (2010d), für Subsahara Afrika stehen keine Daten zu Verfügung.

⁸¹ Vgl. UN (2010b), S. 23.

⁸² Vgl. UN (2010b), S. 24.

⁸³ Vgl. UN (2010b), S. 24.

⁸⁴ Vgl. UN (2010b), S. 25.

⁷⁷ Vgl. World Bank (2010c), S. 16.

⁷⁸ Vgl. Seim (2010).

TABELLE 5

Gender Equity Index: Spitzenreiter und Schlusslichter

	GEI 2009	Trend
Schweden	88	↗
Finnland	84	↑
Ruanda	84	↑
Norwegen	83	↑
Bahamas	79	↑
Dänemark	79	↘
Deutschland	78	→
Island	78	↗
Neuseeland	78	↗
Niederlande	77	↑
Ägypten	44	↓
Äquatorialguinea	44	↑
Tschad	43	→
Pakistan	43	↗
Saudi Arabien	43	↗
Sudan	43	↓
Benin	42	↓
Indien	41	→
Elfenbeinküste	39	↘
Jemen	30	↑

Quelle: Social Watch (2010a)

1. Gleichberechtigung (Prozent der Frauen in technischen Positionen, Prozent der Frauen in Management- und Regierungspositionen, Prozent der Frauen in Parlamenten, Prozent der Frauen auf Ministerposten).
2. Wirtschaftliche Aktivität (Einkommensunterschiede, Prozent der wirtschaftlich aktiven Frauen (außerhalb des Agrarsektors)).
3. Bildung (Unterschiede in der Alphabetisierung, Unterschiede in der Einschulungsrate in Grund- und weiterführenden Schulen).⁸⁵

Ruanda kann als Beispiel dafür gelten, wie in einem der ärmsten Länder der Welt durch eine gezielte Gleichstellungspolitik in den letzten Jahren die gesellschaftliche Situation der Frauen gestärkt wurde. Im Jahr 2009 steht Ruanda auf der Liste des GEI auf Rang 2, hinter Schweden, neben Finnland und vor Norwegen (vgl. Tabelle 5).⁸⁶

⁸⁵ Für genauere Informationen zur Konzeption des GEI s. Social Watch (2010a).

⁸⁶ Vgl. Social Watch (2010a).

⁸⁷ Vgl. UN General Assembly (2010), Pkt. 17f.

Was ist zu tun?

MDG 3

Die Stärkung von Macht und Einfluss der Frau kann nicht allein auf das dritte Entwicklungsziel beschränkt werden. Vielmehr muss die geschlechtliche Gleichbehandlung als Grundelement aller MDGs angesehen werden. Da es sich bei zwei Drittel der extrem Armen um Frauen handelt, muss der Genderaspekt auch in MDG 1 berücksichtigt werden. Stärker beachtet werden muss das Problem der Gewalt gegen Frauen. Jegliche Form der Gewalt gegen Frauen verhindert ihre Teilnahme am Entwicklungsprozess nachhaltig und schränkt sie in der Ausübung ihrer Menschenrechte ein.

Empfehlungen zur Verwirklichung von MDG 3:⁸⁷

- » Die aktive Teilnahme von Frauen an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen muss maßgeblich verbessert werden. Insbesondere sollte die Möglichkeit für Frauen, gewählte Ämter zu besetzen, erhöht werden.
- » Die Überwindung genderbasierter Gewalt sollte als Ziel in die MDGs aufgenommen werden.
- » Eine systematischere Erhebung disaggregierter Daten unter Berücksichtigung von Geschlecht und Alter ist erforderlich, um Fortschritte bei der Stärkung von Macht und Einfluss von Frauen überwachen zu können.
- » Die neue Organisation der Vereinten Nationen zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen (*UN Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women*, kurz *UN Women*) sollte politisch unterstützt und finanziell ausreichend ausgestattet werden. UN Women kann auch als Katalysator für das Genderziel auf Landesebene fungieren.

MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit

„Alle sechs Sekunden stirbt ein Kind aufgrund von Unterernährung.“⁸⁸

Das Ziel, die Kindersterblichkeit um zwei Drittel zu senken, gehört zu den drei Gesundheitszielen, die eng miteinander verknüpft sind. Die Umsetzung dieser Ziele wies seit 1990 nur geringe Erfolge auf, und ihre Verwirklichung bis zum Jahr 2015 ist beim bisherigen Tempo unwahrscheinlich.⁸⁹

Die Reduzierung der Kindersterblichkeit kann nicht als isoliertes Ziel betrachtet werden. Sie korreliert stark mit anderen MDGs, insbesondere der Alphabetisierungsrate bei Frauen (MDG 2 und 3), der Verbreitung von HIV und AIDS und anderen ansteckenden Krankheiten (MDG 6), mit Hunger und Unterernährung (MDG 1), dem Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Anlagen (MDG 7), dem Zugang zu Medikamenten sowie der Gesundheitsversorgung von Müttern (MDG 5). Fortschritte bei der Verwirklichung all dieser MDGs haben auch positive Auswirkungen auf die Gesundheit von Kindern.

Die Kindersterblichkeit ist in den letzten 20 Jahren zwar weltweit gesunken, aber nicht schnell genug, um MDG 4 bis 2015 zu verwirklichen.⁹⁰ Nach Schätzungen der WHO gab es im Jahr 2008 im globalen Durchschnitt 65 Todesfälle je 1000 Kinder. Dies bedeutet einen Rückgang von 27 Prozent im Vergleich zu 1990, als noch 90 von 1000 Kindern vor ihrem fünften Geburtstag starben.⁹¹ In den ärmsten Ländern (*Least Developed Countries, LDCs*), ging die Rate von 179 (1990) auf 128 Todesfälle je 1000 Kinder (2008) zurück.⁹²

Jährlich sterben derzeit neun Millionen Kinder unter fünf Jahren – zumeist an Unterernährung oder an Krankheiten, die größtenteils vermeidbar wären.⁹³ Die häufigsten Todesursachen wie Durchfall, Lungenentzündung, Malaria oder Masern könnten durch einfache und kostengünstige Maßnahmen bekämpft werden. 43 Prozent aller Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren waren 2008 auf vier Krankheiten zurückzuführen – Lungenentzündung, Durchfall, Malaria und AIDS.⁹⁴

Besonders schwierig ist die Lage weiterhin im südlichen Asien und in Subsahara Afrika.⁹⁵ Dort sterben im Durchschnitt 144

von 1000 Kindern vor ihrem fünften Geburtstag. 1990 waren es allerdings noch 185 (vgl. Grafik 7).

Die Entwicklung der Kindersterblichkeit ist von Land zu Land und selbst innerhalb der Länder sehr unterschiedlich. In sechs afrikanischen Ländern stieg die Kindersterblichkeit im Zeitraum von 1990 bis 2008 sogar an: In Kamerun um 6,5 Prozent, in der Zentralafrikanische Republik um 0,6 Prozent, in Tschad um vier Prozent, in Sambia um 4,3 Prozent, in der Republik Kongo um 20,2 Prozent und in Kenia sogar um 24,7 Prozent.⁹⁶ Die Kriege in Afghanistan und dem Irak sowie die Konflikte in einigen Ländern Afrikas hatten dort auch für die Kinder verheerende Folgen und steigerten die Sterblichkeitsrate zum Teil um 150 Prozent.

Auf der anderen Seite wurde das Ziel, die Kindersterblichkeit um zwei Drittel zu reduzieren, in 13 afrikanischen Ländern frühzeitig erreicht. Eritrea, Gambia, Malawi und Sierra Leone gehören zu den „early achievern“.⁹⁷

Auch innerhalb der Länder gibt es erhebliche Unterschiede bei der Kindersterblichkeit, je nachdem zu welcher sozialen Schicht die Kinder gehören. Im Durchschnitt haben die Kinder in den reichsten 20 Prozent der Haushalte eine doppelt so hohe Überlebenschance wie die Kinder in den ärmsten 20 Prozent.⁹⁸

Wenn in Folge der globalen Finanzkrise die Sozialausgaben stagnieren oder reduziert werden, sind eine deutliche Verschlechterung der sozialen Lage der Kinder und eine Erhöhung der Kindersterblichkeitsrate zu befürchten.⁹⁹

Als Reaktion auf die mangelnden Fortschritte bei der Verwirklichung von MDG 4 und 5 kündigten die Staats- und Regierungschefs der G8 bei ihrem Gipfel im Juni 2010 im kanadischen Muskoka an, innerhalb der kommenden fünf Jahre fünf Milliarden US-Dollar für Maßnahmen zur Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit auszugeben. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte zu, dass Deutschland davon einen Anteil von 500 Millionen US-Dollar, d.h. 100 Millionen US-Dollar (80 Millionen Euro) pro Jahr für den Zeitraum 2011 bis 2015 übernehmen wird.¹⁰⁰

⁸⁸ DFID (2010), S. 7.

⁸⁹ Vgl. z. B. World Bank (2010c), S. 18 und Bähr (2010).

⁹⁰ Vgl. UN (2010b), S. 26.

⁹¹ Vgl. WHO (2010), S. 12.

⁹² Vgl. UNICEF (2010), S. 132.

⁹³ Nach Schätzungen der WHO waren es 2008 8,8 Millionen Kinder, 1990 waren es noch 12,4 Millionen, ein Rückgang um 30 Prozent; vgl. WHO (2010), S. 12.

⁹⁴ Vgl. UN (2010b), S. 27.

⁹⁵ Vgl. Bähr (2010), S. 2.

⁹⁶ Vgl. OECD/African Development Bank (2010).

⁹⁷ Vgl. Ebd.

⁹⁸ Vgl. European Commission (2010b), S. 22.

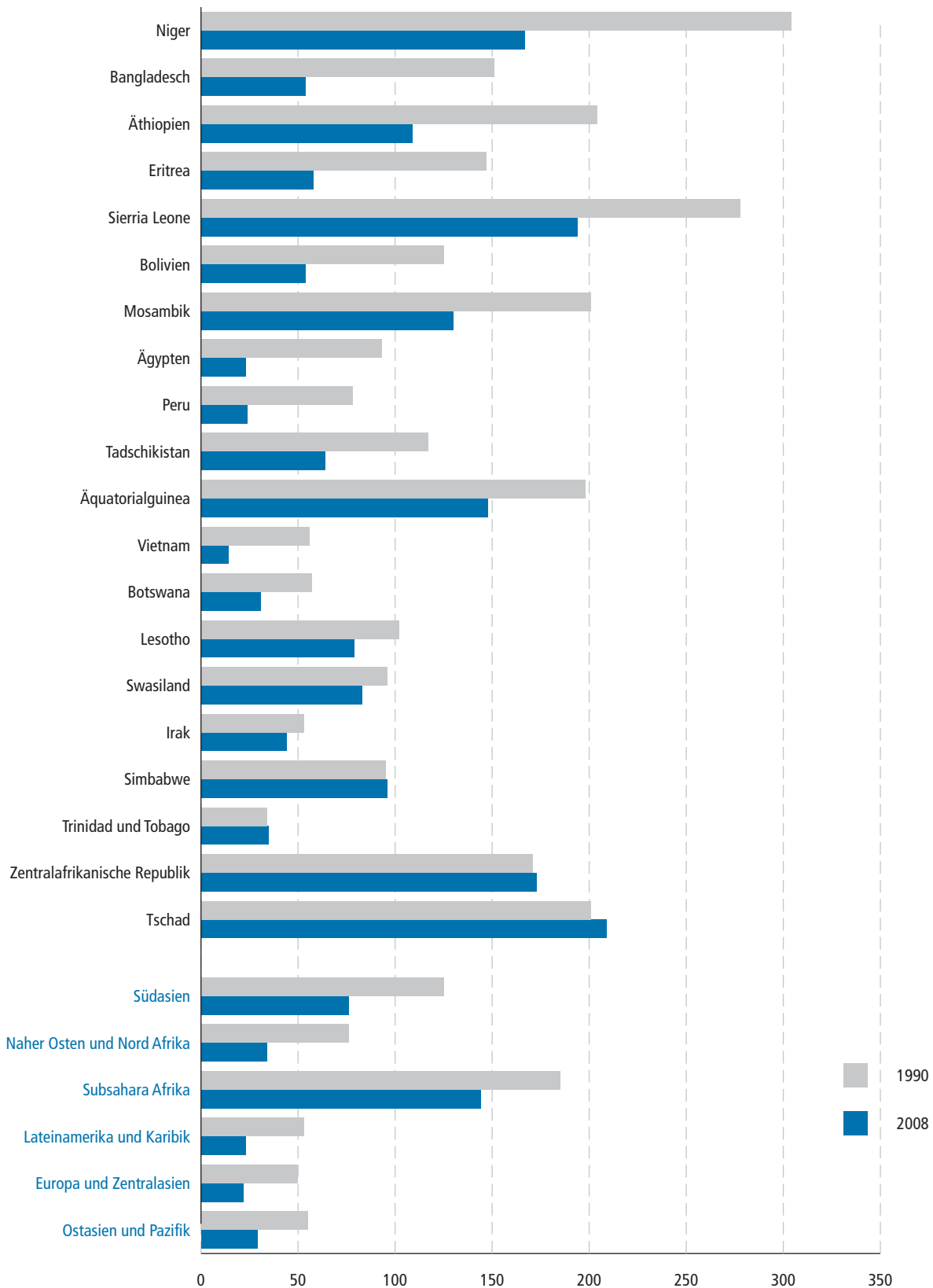
⁹⁹ Vgl. UNICEF (2010), S. 17 und S. 120 Tabelle zu Kindersterblichkeit.

¹⁰⁰ Vgl. die Pressekonferenz der Bundeskanzlerin am 26. Juni 2010 zum Abschluss des G8-Gipfels (www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/06/2010-06-26-g8-bk-abschluss.layoutVariant=Druckansicht.html).

GRAFIK 7

Entwicklung der Kindersterblichkeit in ausgewählten Ländern und Regionen

Todesfälle je 1000 Kinder unter 5 Jahren



Quelle für 1990: United Nations Statistical Division (<http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Data.aspx>).

Quelle für 2008: Datenbank der Weltbank (<http://data.worldbank.org>).

TABELLE 6

Die 10 Länder mit der höchsten Müttersterblichkeit

Todesfälle je 100.000 Geburten

Land	1990	2000	2008
Afghanistan	1261	1957	1575
Zentralafrikanische Republik	1757	1988	1570
Malawi	743	1662	1140
Tschad	891	1205	1065
Sierra Leone	1044	1200	1033
Lesotho	363	1021	964
Elfenbeinküste	580	1116	944
Timor-Leste	1016	953	929
Guinea	965	976	860
Liberia	729	1055	859

Quelle: Hogan et al. (2010).

MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern

„Jede Minute stirbt eine Frau aufgrund von Komplikationen bei der Schwangerschaft oder der Entbindung“¹⁰¹

MDG 5 sieht vor, bis 2015 die Müttersterblichkeit um drei Viertel zu senken.¹⁰² Laut WHO ist dies das Millenniumsziel, dessen Umsetzung am stärksten gefährdet ist.¹⁰³ Fortschritte zeichnen sich zwar in Einzelfällen ab, die notwendige Verbesserungsrate von 5,5 Prozent pro Jahr wird aber nicht überall erreicht.¹⁰⁴

Weltweit starben 2008 immer noch 342.900 Frauen während der Schwangerschaft oder der Entbindung. Das bedeutet einen Rückgang um 35 Prozent gegenüber dem Jahr 1980, als die Zahl der Todesfälle noch bei 526.300 lag.¹⁰⁵ In Sierra Leone stirbt statistisch gesehen eine von acht Frauen während der Schwangerschaft oder der Geburt ihres Kindes. Zum Vergleich: in den Industrieländern liegt die Quote bei 1 zu 8000.¹⁰⁶ In Afghanistan sind 1.575 Todesfälle auf 100 000 Geburten zu verzeichnen, in der Zentralafrikanischen Republik 1.570 (s. Tabelle 6).¹⁰⁷

45 Länder werden MDG 5 nach Weltbankprognosen voraussichtlich nicht erreichen können, 23 Länder sind „auf Kurs“.¹⁰⁸ Vor allem in Subsahara Afrika und im Südlichen Asien sind die

Todesfälle unter Schwangeren und Müttern noch besonders hoch (s. Tabelle 7).

In ländlichen Gegenden hat nur eine von drei Frauen während ihrer Schwangerschaft Zugang zu ärztlicher Versorgung (vgl. dazu auch Tabelle 8).¹⁰⁹ Die meisten Todesursachen, wie Infektionen, Blutungen oder unsachgemäß durchgeführte Abtreibungen, ließen sich durch fachkundige medizinische Betreuung vermeiden. Dadurch könnten nicht nur die Risiken einer Schwangerschaft reduziert, sondern auch chronische Beschwerden nach einer Schwangerschaft vermieden werden.

Ob Frauen Zugang zu medizinischer Versorgung haben, hängt in erheblichem Maße von ihrem Familieneinkommen ab. Wohlhabende Frauen genießen beispielsweise in Südasien mit einer Versorgungsquote von 94 Prozent (2008) eine fast so gute medizinische Betreuung wie Frauen im reichen Norden. Je weniger Geld, desto schlechter wird die Versorgungsrate. Beim ärmsten Fünftel der Frauen in Südasien lag die Quote 2008 nur bei 47 Prozent.¹¹⁰ Denn sowohl der Besuch einer Gesundheitsstation als auch der Weg in die Stadt ist oft eine Frage des Geldes bzw. des Zugangs zu Geld innerhalb der Familie. In ländlichen Gegenden erschweren zudem die desolaten oder in Regenzeiten überschwemmten und nicht befahrbaren Straßen den Zugang zu medizinischen Einrichtungen.

¹⁰¹ DFID (2010), S. 8.

¹⁰² Vgl. www.mdgs.un.org

¹⁰³ Vgl. WHO (2010).

¹⁰⁴ Vgl. UN (2010b), S. 30.

¹⁰⁵ Vgl. World Bank (2010c), S. 16.

Für 1990 liegen keine flächendeckenden Zahlen vor.

¹⁰⁶ Vgl. ODI (2008), S. 3.

¹⁰⁷ Vgl. Hogan et al. (2010).

¹⁰⁸ Vgl. World Bank (2010c), S. 17.

¹⁰⁹ Vgl. UN (2010b), S. 34.

¹¹⁰ Vgl. UN (2010b), S. 33.

TABELLE 7

Entwicklung der Müttersterblichkeit in den Regionen

Todesfälle je 100.000 Geburten

Regionen*	1990	2000	2008
Asien, östlich	86	55	40
Asien, südlich	560	402	323
Asien, südöstlich	248	212	152
Asien, zentral	72	60	48
Karibik	348	323	254
Zentraleuropa	34	18	13
Osteuropa	43	41	32
Westeuropa	10	8	7
Lateinamerika, Anden	229	156	103
Lateinamerika, Zentral	85	70	57
Lateinamerika, Süd	54	44	41
Lateinamerika, Tropen	113	71	57
Nordafrika und Mittlerer Osten	183	111	76
Nordamerika	11	13	16
Ozeanien	416	329	279
Subsahara Afrika, Zentral	732	770	586
Subsahara Afrika, Ost	690	776	508
Subsahara Afrika, Süd	171	373	381
Subsahara Afrika, West	582	742	629

Quelle: Hogan et al. (2010).

* Regionale Abgrenzungen nach der dort verwendeten „Global Burden of Disease Study“.

TABELLE 8

Länder mit der niedrigsten medizinischen Betreuung von Geburten

Anteil an der relevanten Bevölkerungsgruppe in %

Land	Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten
Äthiopien	6
Tschad	14
Afghanistan	14
Niger	18
Bangladesch	18
Nepal	19
Timor-Leste	19
Demokratische Volksrepublik Laos	20
Haiti	26
Eritrea	28

Quelle: WHO (2010).

Verhindert werden Fortschritte bei der Verwirklichung von MDG 5 auch durch geschlechtsspezifische Diskriminierungen hinsichtlich der sexuellen Selbstbestimmung und der Familienplanung. Diese hindern viele Frauen daran, medizinische Hilfe und Beratung in Anspruch zu nehmen, und verschärfen somit das Problem der hohen Müttersterblichkeit. Denn jede Minute werden 190 Frauen und Mädchen ungewollt schwanger.¹¹¹

Die Nutzung von empfängnisverhütenden Mitteln sowie entsprechende familienplanerische Beratungen sind insbesondere für die Vermeidung von Schwangerschaften bei Minderjährigen von großer Bedeutung. Auch hier zeigt sich die Korrelation zwischen Bildungsstand, Armut und der Vermeidung frühzeitiger Schwangerschaften. Während in 24 Ländern Subsahara Afrikas beim reichsten Fünftel der Bevölkerung nur 5,8 Prozent aller Mädchen frühzeitig Mutter wurden, belief sich der Anteil bei den ärmsten 20 Prozent auf 18,4 Prozent.¹¹²

¹¹¹ Vgl. Bähr (2010), S. 3.¹¹² Vgl. UN (2010b), S. 35. Untersuchungszeitraum 1998–2008.

Auch hier wären zusätzliche Mittel der Entwicklungsfinanzierung dringend erforderlich. Bei einer Verdopplung der jährlichen Investitionen in Familienplanungsprogramme und die Gesundheitsfürsorge von Schwangeren von derzeit zwölf auf 24 Milliarden US-Dollar könnte die Müttersterblichkeit um 70 Prozent und die Säuglingssterblichkeit um rund die Hälfte vermindert werden.¹¹³ Die von der G8 beim Gipfel im kanadischen Muskoka 2010 angekündigte eine Milliarde US-Dollar pro Jahr für Maßnahmen zur Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit macht nur einen Bruchteil der benötigten Summe aus.

MDG 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten

Bei der Bekämpfung von HIV und AIDS, Malaria und Tuberkulose ist die Bilanz der letzten zehn Jahre besonders ambivalent. Auf der einen Seite wurden in vielen Ländern bei der Behandlung von HIV, der Prävention von Malaria und der Reduzierung der Zahl von Tuberkulose-Toten Fortschritte erzielt; auf der anderen Seite ist die Verbreitung von HIV und AIDS noch lange nicht gestoppt, infizieren sich mehr als zweihundert Millionen Menschen jährlich neu an Malaria und steigt die Zahl der Tuberkuloseinfektionen.

Zwei Millionen AIDS-Tote pro Jahr

Die positive Nachricht bei der Bekämpfung von HIV und AIDS ist, dass die Zahl der jährlichen Neuinfektionen auf globaler Ebene sinkt.¹¹⁴ 2008 gab es ca. 2,7 Millionen Neuinfektionen. 2,3 Millionen davon waren Erwachsene, 430.000 waren Kinder unter 15 Jahren.¹¹⁵ 2001 lag die Zahl der Neuinfektionen noch bei 3,2 Millionen. Dies ist nicht nur ein Erfolg von Gesundheitskampagnen, sondern auch Folge verbesserter Bildung. Die Global Campaign for Education schätzt, das aufgrund der Fortschritte bei der Grundschulbildung rund 700.000 Neuansteckungen vermieden werden konnten.¹¹⁶

Auch die Behandlung von HIV-Infizierten hat sich verbessert. Der Anteil von Infizierten, die antiretrovirale Therapien erhalten, stieg weltweit von sieben Prozent (2003) auf 42 Prozent (2008),¹¹⁷ im östlichen und südlichen Afrika sogar auf 48 Prozent.¹¹⁸ Dadurch konnten nach Aussage von WHO und UNAIDS etliche Lebensjahre „gewonnen“ werden.¹¹⁹

Die negative Nachricht ist, dass die Gesamtzahl der Menschen, die mit dem HI-Virus leben, weiter ansteigt und pro Jahr immer noch zwei Millionen Menschen an den Folgen von AIDS sterben.¹²⁰ Weltweit lebten 2008 33,4 Millionen Menschen mit HIV, darunter 2,1 Millionen Kinder unter 15 Jahren (vgl. Grafik 8).¹²¹

Dramatisch ist die hohe Anzahl von 17,5 Millionen Kindern, die einen oder beide Elternteile durch AIDS verloren haben. Der Großteil von ihnen lebt in Subsahara Afrika – 14,1 Millionen.¹²² 90 Prozent der 2,1 Millionen Kinder, die mit HIV leben, wurden entweder im Mutterleib, während der Geburt oder durch Stillen infiziert.¹²³ Viele von Ihnen werden in absehbarer Zeit zu Halb- oder Vollwaisen. Auch hier werden die engen Zusammenhänge zwischen den MDGs sichtbar: Die Müttersterblichkeit würde ohne die hohe HIV-Rate um ein Drittel geringer ausfallen.¹²⁴

Subsahara Afrika bleibt die Region mit den meisten HIV-infizierten Menschen. 67 Prozent aller weltweiten Infektionen und 72 Prozent aller mit AIDS in Verbindung stehenden Todesfälle treten hier auf.¹²⁵ Rund 60 Prozent aller HIV-Infizierten in Subsahara Afrika sind Frauen.¹²⁶

Tuberkulose weit verbreitet

Die WHO schätzt die Verbreitung von Tuberkulose auf ca. elf Millionen Menschen weltweit.¹²⁷ Die Zahl der Neuinfektionen ist 2008 um 100 000 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die meisten Infektionen traten in Asien (55 Prozent) und Afrika (30 Prozent) auf. Länderbezogen liegt Indien mit ca. zwei Millionen vor China (1,3 Millionen) und Südafrika (0,43 Millionen).¹²⁸

2008 starben ca. 1,3 Millionen Menschen, darunter 500.000 Frauen an Tuberkulose. Die meisten Todesfälle mussten in Indien (276.512), China (160.086) und Nigeria (94.826) beklagt werden. Insgesamt starben in Afrika 385.055 Menschen, in Südostasien 477.701 Menschen an Tuberkulose.¹²⁹

¹¹³ Guttmacher Institut / UNFPA (2009).

¹¹⁴ Vgl. UNAIDS/WHO (2009), S. 9.

¹¹⁵ Ebd., S. 6.

¹¹⁶ Vgl. Global Campaign for Education (2004).

¹¹⁷ Vgl. UN (2010b), S. 45.

¹¹⁸ Vgl. UNAIDS/WHO (2009), S. 9.

¹¹⁹ Ebd., S. 18.

¹²⁰ Ebd., S. 6 und 8.

¹²¹ Ebd., S. 6.

¹²² Vgl. UN (2010b), S. 44.

¹²³ Ebd., S. 46.

¹²⁴ Vgl. Hogan et. al. (2010).

¹²⁵ Vgl. UNAIDS/WHO (2009), S. 21.

¹²⁶ Ebd., S. 22.

¹²⁷ Vgl. WHO (2009a), S. 5.

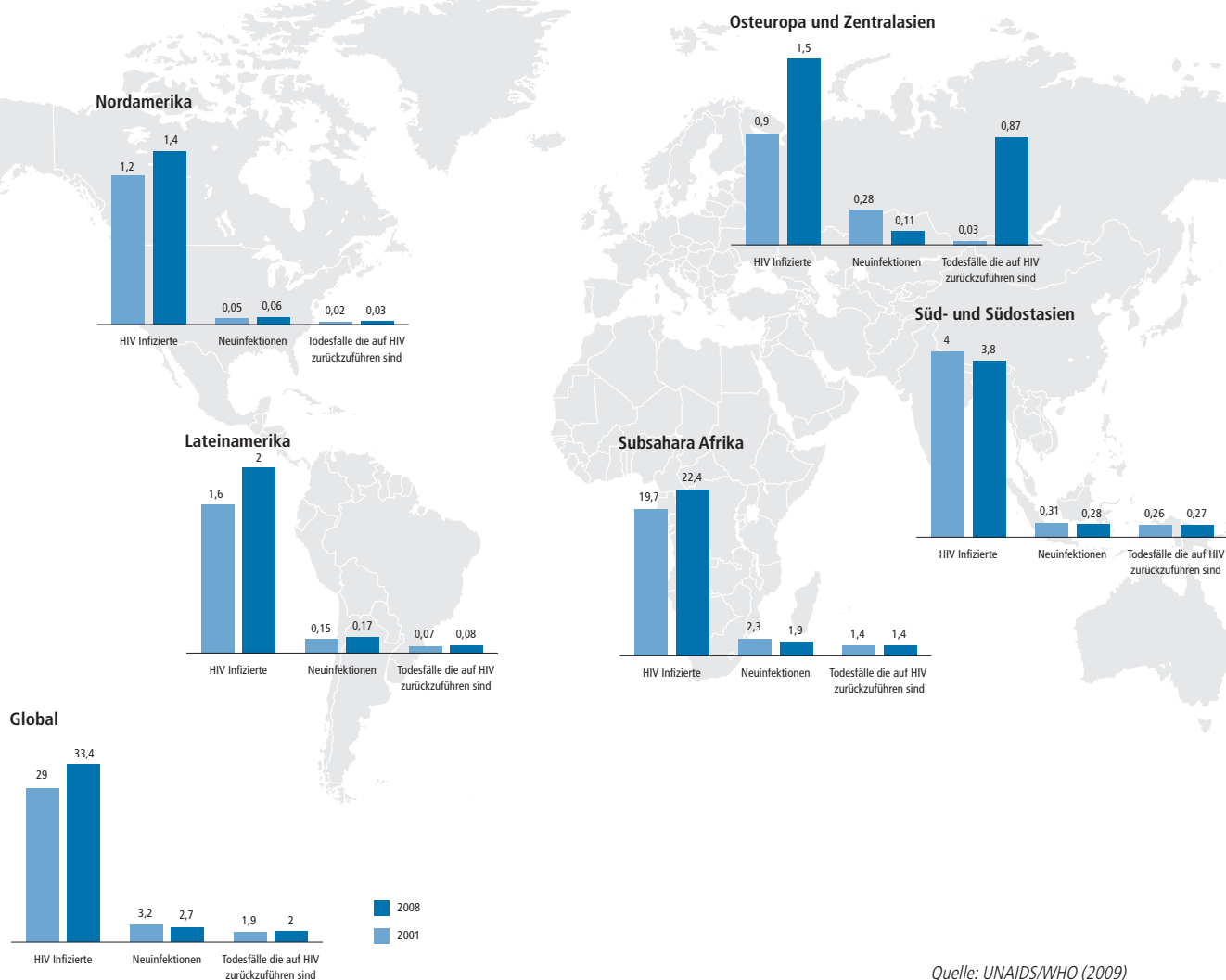
¹²⁸ Ebd., S. 4.

¹²⁹ Ebd., S. 5.

GRAFIK 8

Weltweite Verbreitung von HIV und AIDS

Anzahl in Millionen



In allen Regionen mit Ausnahme von Subsahara Afrika ging die Zahl der Todesfälle durch Tuberkulose zurück. In Südostasien sank ihr Anteil von 56 auf 37 Todesfälle je 100.000 Menschen. Subsahara Afrika erfuhr dagegen einen Anstieg von 33 auf 52 Todesfälle je 100.000 Menschen.¹³⁰ Dies ist nicht erstaunlich, da es einen engen Zusammenhang von Tuberkulose und AIDS gibt: Tuberkulose ist eine der häufigsten Todesursachen bei AIDS-Kranken.

Besonders problematisch ist, dass es rund 500.000 Fälle von multiresistenter Tuberkulose gibt. Die Erreger sind gegen mehrere Medikamente resistent und benötigen eine aufwendige, teure und nebenwirkungsreiche Behandlungsweise.¹³¹

Moskitonetze allein reichen nicht

Durch eine flächendeckende Verteilung und Verwendung von Moskitonetzen konnten in jüngster Zeit einige Erfolge in der Prävention von Malaria erzielt werden. Die Nutzung von mit Insektiziden behandelten Moskitonetzen hat sich seit dem Jahr 2000 verdreifacht.¹³² In Afrika hat sich der Anteil von Kindern, die unter Moskitonetzen schlafen, im Zeitraum von 2000 bis 2008 deutlich gesteigert: So beispielsweise in Ruanda (von vier auf 56 Prozent), Gambia (von 15 auf 49 Prozent), Kenia (von drei auf 46 Prozent) und Madagaskar (von 0 auf 46 Prozent).¹³³ Der Einsatz von neueren Kombinationspräparaten zur

¹³⁰ Vgl. UN (2010b), S. 51.

¹³¹ Vgl. Bähr (2010), S. 6.

¹³² Vgl. European Commission (2010b), S. 5.

¹³³ Vgl. UN (2010b), S. 47.

Behandlung von Malaria senkte die Todesfälle in Ländern wie Ruanda, Sambia und Eritrea um 50 Prozent.¹³⁴

Dennoch sind die jährlichen Neuerkrankungen an Malaria noch immer hoch: Weltweit erkrankten jährlich 247 Millionen Menschen an Malaria, allein 212 Millionen in Afrika. Die jährlichen Todesfälle liegen noch immer bei fast einer Millionen Menschen, 91 Prozent davon in Afrika. Bei 85 Prozent der Todesfälle handelt es sich um Kinder unter fünf Jahren, die sich oft nicht gut allein schützen oder ihre Beschwerden artikulieren können.¹³⁵

Meist fehlt es nur an dem nötigen Geld, um Malariaprävention oder Medikamente zur vergleichsweise unaufwändigen Behandlung dieser Fiebererkrankung bezahlen zu können.

Zu den Ländern, mit den meisten malariabedingten Todesfällen gehören Nigeria (225.424 Menschen), die Demokratische Republik Kongo (96.113), Uganda (43.490) und Äthiopien (40.963). Bei den Infektionen mit Malaria bildet wiederum Nigeria mit 57,5 Millionen Malariainfektionen den traurigen Spitzenreiter.¹³⁶

Die Auswirkungen auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes bei solch hohem Malariaaufkommen sind immens. Für das gesamte Afrika werden die wirtschaftlichen Einnahmeausfälle auf neun Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.¹³⁷

Für alle Krankheitsbehandlungen gilt, dass die Kosten der medizinischen Versorgung für viele Patienten ein großes finanzielles Problem darstellen, da gesetzliche Krankenversicherungen meist nicht existieren und die Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten in der Regel direkt bezahlt werden muss. Dies treibt jedes Jahr mehr als 100 Millionen Menschen in die Armut.¹³⁸

Was ist zu tun?

Es gibt zahlreiche Wechselwirkungen zwischen den drei Gesundheits-MDGs (4,5 und 6) und den übrigen Millenniumszielen. Bei einigen der gesundheitsbezogenen Ziele sind signifikante Fortschritte erreicht worden. Dennoch bestehen weiterhin erhebliche Hindernisse, um die Gesundheits-MDGs bis 2015 vollständig zu verwirklichen. Besonders alarmierend ist die Situation im Bereich der Müttergesundheit. Auch bei der Bekämpfung von HIV und AIDS und der Reduzierung der Kindersterblichkeit besteht das Risiko von Rückschlägen. Um weiterhin Fortschritte im Gesundheitsbereich zu erzielen, sollten die Bedürfnisse und Perspektiven der besonders gefährdeten und marginalisierten Gruppen mehr Beachtung finden.

Empfehlungen zur Verwirklichung von MDG 4, 5 und 6:¹³⁹

- » Der Mangel und die ungleichmäßige regionale Verteilung von medizinischen Fachkräften innerhalb der Länder ist eine der größten Hürden bei der Verwirklichung der Gesundheitsziele. Um sie zu überwinden, sollten Regierungen das Gesundheitssystem überprüfen und ausbauen sowie ihr Personal im Gesundheitsbereich aufstocken und besser ausbilden. Sie sollten eine gerechtere Verteilung der Mittel sicherstellen, nationale Gesundheitspläne vollständig finanzieren sowie berechenbare und nachhaltige Finanzierungsmechanismen für den Gesundheitssektor entwickeln.
- » Zusätzliche internationale Entwicklungszusammenarbeit ist erforderlich, um nationale Gesundheitssysteme auszubauen.
- » Barrieren beim Zugang zum Gesundheitssystem sind immer noch zahlreich vorhanden, insbesondere gegenüber Randgruppen. Dazu zählen: Nutzungsgebühren, informelle Gebühren, unangemessener und unbezahlbarer Krankentransport, schlechte Kommunikation und große Entfernung zu Gesundheitseinrichtungen.
- » Gesundheitssysteme müssen rechenschaftspflichtig gegenüber der Bevölkerung sein, einschließlich den am meisten Benachteiligten und Ausgegrenzten. Regierungen sollten Mechanismen der Rechenschaftspflicht entwickeln, um über die Gesundheitsversorgung zu berichten und sie zu überwachen. Sie sollten detaillierte Informationen über die Aktivitäten von Regierungen und Gebern im Gesundheitsbereich sowie damit verbundene Leistungsindikatoren veröffentlichen.

¹³⁴ Vgl. WHO (2009b), Executive Summary.

¹³⁵ Vgl. Roll Back Malaria (2008) und Bähr (2010), S. 5.

¹³⁶ Vgl. Roll Back Malaria (2008).

¹³⁷ Vgl. Bähr, (2010), S. 5.

¹³⁸ Vgl. Bähr, (2010), S. 7.

MDG 4,5 und 6

- » Die Forschung und Entwicklung innovativer Medikamente und Impfstoffe muss weiterentwickelt und verstärkt werden. Größere Bemühungen müssen bei der Suche nach der richtigen Balance zwischen dem Schutz geistigen Eigentums zur Förderung von Innovationen und dem Zugang zu bezahlbaren lebenswichtigen Medikamenten geleistet werden. Gleichzeitig sollten die traditionelle Medizin und die Heilverfahren von indigenen Bevölkerungsgruppen anerkannt und respektiert werden.
- » Dienstleistungen der Reproduktionsmedizin müssen zugänglich, bezahlbar und kulturell sensibel sein. Gesundheitsdienstleistungen sollten die Empfängnisverhütung, Mütterbetreuung, sichere Abtreibungsmöglichkeiten, Vorsorge, Diagnose, Beratung und Behandlung umfassen. Flächendeckende sexuelle Aufklärung für Kinder und Jugendliche, sowohl in als auch außerhalb von Schulen, sollte gefördert werden.
- » HIV und AIDS sind nicht nur ein gesundheitliches Problem. Der universelle Zugang zur HIV-Vorbeugung, Behandlung, Betreuung und Unterstützung ist eine zentrale Voraussetzung für die Erreichung aller MDGs. Das Ziel des universellen Zugangs sollte bis 2015 verwirklicht werden. Die Politik sollte den universellen Zugang der am meisten gefährdeten Gruppen besonders unterstützen. Menschen, die mit dem HI-Virus leben, dürfen nicht diskriminiert werden. Regierungen sollten spezielle Maßnahmen unterstützen, um Frauen und Jugendlichen, die unverhältnismäßig stark von HIV betroffen sind, zu helfen.
- » Der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria hat bisher eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung dieser Krankheiten gespielt. Die Verpflichtung zum „full funding“ des Globalen Fonds sollte erneuert werden.

MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Die ökologische Dimension von Entwicklung findet innerhalb der MDGs nur wenig Raum. In Ziel 7 verpflichteten sich die Regierungen lediglich in allgemeinen Worten zur Integration der Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in Länderpolitiken und -programme sowie zur Umkehr des Verlustes an natürlichen Ressourcen.

Die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den ökologischen und sozialen Aspekten von Entwicklung bleiben in den MDGs unterbelichtet. Insbesondere im Klimabereich sind die sozialen Folgen des weltweiten Klimawandels im Süden und die Verantwortung des Nordens aber nicht mehr zu ignorieren.

Ein Unterziel des MDG 7 beschäftigt sich selektiv mit der Verbindung von Umweltaspekten und sozialer Lage – hier allerdings nur bezogen auf Slumbewohner, von denen 100 Millionen bis 2020 bessere Lebensbedingungen erhalten sollen. Der Anteil der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu sanitären Einrichtungen haben, soll bis 2015 halbiert werden. Gerade hier wäre ein ambitionierteres Ziel – nämlich der Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser für alle Menschen dringend erforderlich – nicht zuletzt, um auch bei den anderen MDGs Fortschritte zu erzielen. Denn ohne sauberes Wasser sind weder die Ernährungs- noch die Gesundheitsziele zu erreichen.

Politische Unterstützung erhielt diese Forderung durch die UN-Generalversammlung, die am 28. Juli 2010 in einer Resolution das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Einrichtungen für Alle proklamierte.¹⁴⁰ Dies kann als historischer Moment in der völkerrechtlichen Verankerung eines MDGs als Menschenrecht angesehen werden.

Fortgesetzte Abholzung – verstärkte Aufforstung

Gemäß MDG 7 soll die Abholzung von Waldflächen als Lebensgrundlage unzähliger Tierarten aber auch vieler Menschen im Süden reduziert werden. Bisher ist es den Regierungen aber nicht gelungen, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zu stoppen. Insgesamt ist die weltweite Abholzung, hauptsächlich tropische Wälder, zwar leicht zurückgegangen. In einigen Ländern geht die Abholzung der klimarelevanten Wälder jedoch in hohem Ausmaß weiter. Auffällig

¹³⁹ Vgl. UN General Assembly (2010), Pkt. 19f.

¹⁴⁰ Vgl. www.un.org/News/Press/docs/2010/ga10967.doc.htm. 122 Länder stimmten der von Bolivien eingebrachten Resolution zu, darunter auch Deutschland, 41 enthielten sich, unter ihnen die USA, Großbritannien, Schweden und die Niederlande, aber auch Entwicklungsländer wie Kenia, Sambia und Tansania.

sind die Länder Südamerikas und Afrikas, die weiterhin den höchsten Netto-Rückgang an Waldflächen mit vier Millionen bzw. 3,4 Millionen Hektar im Zeitraum 2000–2010 verzeichnen.¹⁴¹

Positiv hervor sticht Asien: Hier konnte die Waldflächen in der vergangenen Dekade um 2,2 Millionen Hektar pro Jahr vergrößert werden. Dies ist vor allem auf groß angelegte Aufforstungsprojekte in China, Indien und Vietnam zurückzuführen.¹⁴²

Klimawandel trifft die Unschuldigen am härtesten

Die CO₂-Emissionen müssen drastisch reduziert werden, um die globale Erderwärmung auf das Minimum von 2 Grad Celsius zu beschränken. Stattdessen steigen sie trotz der Zusagen der 37 Vertragsländer des Kyoto-Protokolls weiter an.¹⁴³ Dies hat erhebliche Auswirkungen für die Menschen in den Ländern des Südens. Stürme und Überschwemmungen nehmen ebenso zu wie Hitzeperioden und Dürren. Die Lebensgrundlagen vieler Bauern in Afrika werden vernichtet; mit der Erwärmung der Erdatmosphäre breiten sich Krankheiten wie Malaria in Regionen aus, die bislang von ihnen verschont blieben; die Wasserknappheit wird sich in vielen Ländern verschärfen, Konflikte um dieses knappe Gut werden zunehmen. Auch die Zahl der Klimaflüchtlinge wird in die Höhe schnellen. Sie müssen Gegenden verlassen, die nicht mehr bewohnbar sind. Dazu zählen nicht zuletzt viele Inseln und Küstenstreifen. Millionen von Menschen auf den Malediven, in Bangladesch und in anderen Küstenregionen der Welt sind durch den zu befürchtenden Anstieg des Meeresspiegels in ihrer physischen Existenz bedroht. In Folge des fortschreitenden Klimawandels wird die Anzahl der Menschen, die durch diese Veränderungen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, auf 375 Millionen Menschen ansteigen.¹⁴⁴

Weltweit stieg der CO₂-Ausstoß im Jahr 2007 um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Der wirtschaftliche Abschwung infolge der globalen Finanzkrise brachte 2008 und 2009 allenfalls eine kurze vorübergehende „Verschnaufpause“ für das Klima.

Die zehn Länder mit dem höchsten Gesamt-CO₂-Ausstoß sind China, USA, Russland, Indien, Japan, Deutschland, England, Kanada, Korea und Italien. China und USA erhöhten dabei seit 1990 ihren CO₂-Ausstoß, während er in Deutschland leicht

zurückging.¹⁴⁵ Am wenigsten CO₂-Ausstoß verzeichnen afrikanische Länder wie Somalia, Mali, Burkina Faso, die Zentralafrikanische Republik, Niger und Malawi.¹⁴⁶ Die Menschen in diesen Ländern haben den Klimawandel nicht verursacht, sie werden aber dennoch unter seinen Folgen erheblich zu leiden haben.

Verlust an biologischer Vielfalt nicht gestoppt

Das Artensterben geht in einem drastischen Ausmaße weiter. Der vom WWF entwickelte „Living Planet Index“ der weltweiten Biodiversität hat im Zeitraum von 1970 bis 2005 um fast 30 Prozent abgenommen.¹⁴⁷ Er wird an Beständen von 1686 Wirbeltierarten in aller Welt gemessen. Im gleichen Zeitraum nahm auch der Artenvielfaltindex in Tropenwäldern um 62 Prozent ab.¹⁴⁸ Dies hat nicht nur fatale Folgen für die Ökosysteme der Erde sondern auch für die Ernährungssicherheit der Menschen. Damit hat die Welt das für 2010 gesetzte Ziel, den Verlust an biologischer Vielfalt bereits bis 2010 signifikant zu reduzieren, deutlich verfehlt.¹⁴⁹

Zugang zu sauberem Trinkwasser für Viele versperrt

Bis 2015 soll der Anteil der Menschen um die Hälfte gesenkt werden, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser haben. 1990 hatten weltweit 23 Prozent keinen Zugang zu sauberem Wasser, 2008 waren es nur noch 13 Prozent.¹⁵⁰ Aktuelle Prognosen zur Folge werden 2015 nur noch zehn Prozent der Weltbevölkerung ohne einwandfreies Trinkwasser leben.¹⁵¹ Damit wäre das Ziel der Halbierung des Anteils der Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser erreicht.

Dennoch würde es 2015 immer noch 672 Millionen Menschen geben, deren Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser verletzt würde.¹⁵² 2008 waren es sogar noch 884 Millionen Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser hatten. In Subsahara Afrika müssen heute noch 40 Prozent der Bevölkerung, das sind 330 Millionen Menschen, ohne Zugang zu sauberem und bezahlbarem Trinkwasser leben.¹⁵³ Dies bedeutet allerdings durchaus einen Fortschritt gegenüber dem Jahr 1990, als

¹⁴¹ Vgl. UN (2010b), S. 52f.

¹⁴² Vgl. UN (2010b), S. 53.

¹⁴³ Vgl. World Bank (2010c), S. 18.

¹⁴⁴ Vgl. W&E Hintergrund März 2010.

¹⁴⁵ Vgl. World Bank Open Data 2010:

<http://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.KT>.

¹⁴⁶ Vgl. World Bank Open Data 2010:

<http://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.PC>.

¹⁴⁷ Vgl. WWF (2008), S. 4.

¹⁴⁸ Vgl. WWF (2008), S. 10f.

¹⁴⁹ Vgl. UN (2010b), S. 55.

¹⁵⁰ Vgl. UN (2010b), S. 58.

¹⁵¹ Vgl. European Commission (2010b), S. 6.

¹⁵² Vgl. WHO/UNICEF (2010b), S. 9.

¹⁵³ Vgl. WHO/UNICEF (2010b), S. 7.

noch 51 Prozent der Menschen ohne Zugang zu Trinkwasser waren.¹⁵⁴ Zu den Ländern, die heute noch „off track“ sind, gehören u.a. Madagaskar, Somalia und Tansania.¹⁵⁵

Zugang zu sanitärer Grundversorgung

Bei der Abwasserentsorgung hat sich die Situation in absoluten Zahlen verschlechtert. Waren 1990 noch 2,4 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sanitären Anlagen, so sind es nach aktuellsten Zahlen 2,6 Milliarden Menschen. Zwei Drittel davon leben in Asien.¹⁵⁶

Selbst wenn das Ziel (der Reduzierung des Anteils) erreicht werden würde, so würden immer noch 1,7 Milliarden Menschen ohne ausreichenden Zugang zu sanitärer Grundversorgung leben. Mit dem aktuellen Trend des Bevölkerungswachstums werden es nach Hochrechnungen 2015 ca. 2,7 Milliarden Menschen sein, die keine Toiletten und Waschräume nutzen können.¹⁵⁷ In Ostasien betrifft dieses Problem 623 Millionen Menschen und in Subsahara Afrika über eine halbe Milliarde Menschen.¹⁵⁸

Dass heute immer noch so viele Menschen ohne Zugang zu sanitären Anlagen leben, beeinträchtigt in dicht besiedelten Ländern und Städten den Lebensalltag der Menschen und insbesondere der Frauen derart, dass davon wiederum die Verwirklichung anderer MDGs beeinträchtigt wird. Die fehlende Hygiene kann sich z.B. negativ auf die gesundheitsbezogenen Ziele auswirken. Denn die häufig auftretenden Durchfallerkrankungen bringen bei mangelnder Hygiene hohe Infektionsrisiken mit sich. Kinder sind ebenfalls stark davon betroffen: 60 Prozent aller Kinder in Südasien haben laut UNICEF keinen Zugang zu sanitären Anlagen.¹⁵⁹

Eine Milliarde Menschen in Slums

Die Zahl der Menschen, die in Slums leben, ist weiterhin hoch. UN HABITAT schätzt ihre Zahl auf eine Milliarde.¹⁶⁰ Gerade in den ärmsten Teilen der Slums bestehen erhebliche Probleme beim Zugang zu Wasser und sanitären Anlagen. Die Verbesserung der Lebenssituation von 100 Millionen Slumbewohnern bis 2020 steht und fällt auch mit der Verwirklichung dieser Ziele.

¹⁵⁴ Vgl. UN (2010b), S. 58.

¹⁵⁵ Vgl. WHO/UNICEF (2010b), S. 9.

¹⁵⁶ Ebd., S. 52. Berechnungen für 2008.

¹⁵⁷ Ebd., S. 8.

¹⁵⁸ Ebd., S. 6.

¹⁵⁹ Vgl. UNICEF (2010), S. 43.

¹⁶⁰ Vgl. UN HABITAT (2010), S. 44.

¹⁶¹ Vgl. UN General Assembly (2010), Pkt. 21ff.

Was ist zu tun?

MDG 7

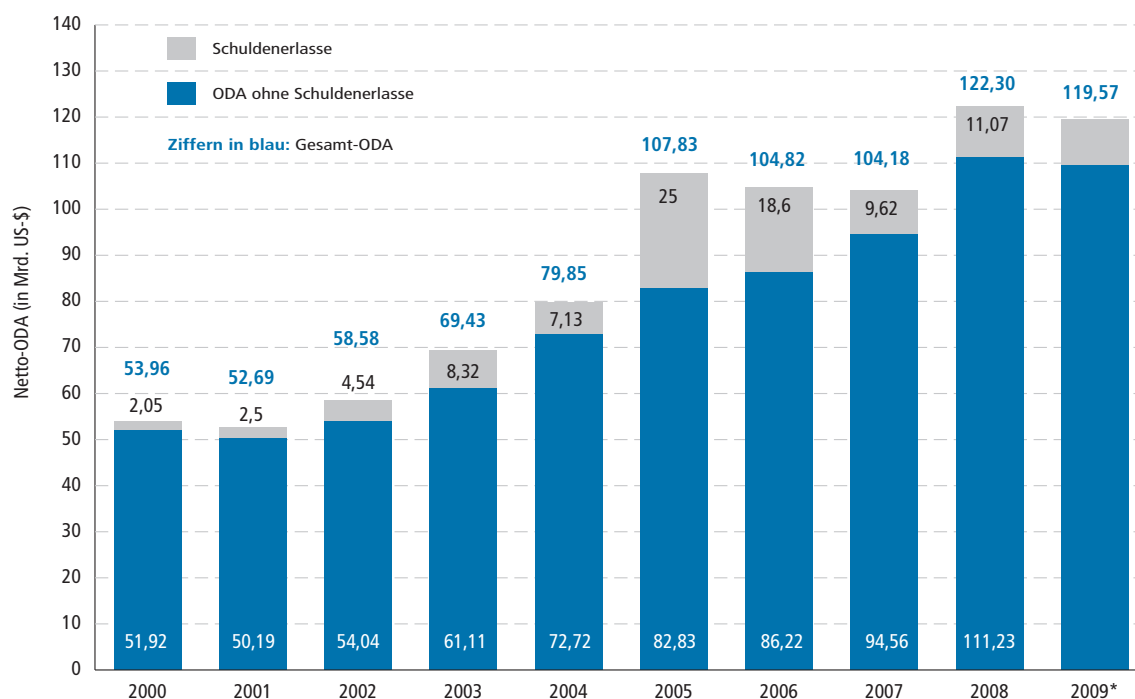
Die Millenniumsentwicklungsziele sind ohne großen Fortschritt bei Ziel 7 nicht zu verwirklichen. Insbesondere in Bezug auf den Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung besteht akuter Handlungsbedarf. Jährlich könnten so der Tod von zwei Millionen Kindern verhindert, 443 Millionen verlorene Schultage gewonnen und volkswirtschaftliche Verluste von bis zu fünf Prozent des BIP vermieden werden. Der Klimawandel ist ein wichtiger Einflussfaktor für die Erreichung der MDGs. Negative Auswirkungen auf die Lebensbedingungen lassen sich bereits heute erkennen. Besonders betroffen sind Frauen im ländlichen Raum, indigene Bevölkerungsgruppen und Kleinbauern.

Empfehlungen zur Verwirklichung von MDG 7:¹⁶¹

- » Nationale Pläne zur Verwirklichung des Ziels, sauberes Trinkwasser und die sanitäre Grundversorgung für Alle zur Verfügung zu stellen, sollten verstärkt unterstützt werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Ressourcen transparent bereitgestellt und arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen gezielt erreicht werden.
- » Priorität sollte auf groß angelegte „grüne“ Infrastrukturprojekte gelegt werden. Die Einführung erneuerbarer Energien, ökologische Bauvorhaben und umweltschonendere Transportmöglichkeiten können die Energieeffizienz eines Landes erhöhen. Dies kann sich wiederum positiv auf den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.
- » Regierungen sollten die finanziellen Mittel für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel massiv erhöhen. Zugleich sollten die Industrieländer sich rechtlich dazu verpflichten, ihre klimaschädlichen Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Gemäß dem Verursacherprinzip müssen sie die Kosten tragen, die in den Entwicklungsländern auf Grund des Klimawandels entstanden sind und weiterhin entstehen. Die besondere Verwundbarkeit von Kleinbauern gegenüber dem Klimawandel sollte durch Investitionen in nachhaltige Landwirtschaft und Bewässerungsanlagen sowie die besser Nutzung der biologischen Vielfalt eines Landes reduziert werden.
- » Aktivitäten, die das Ökosystem zerstören, müssen gestoppt und Frühwarnsysteme für Naturkatastrophen müssen weiter ausgebaut werden.
- » Die wirksame Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere der indigenen Völker, bei der Bekämpfung des Klimawandels muss sichergestellt sein. Das Prinzip der freien vorherigen Zustimmung nach Inkennntnissetzung (*Prior Informed Consent*) muss gewährleistet werden.

GRAFIK 9

Öffentliche Entwicklungsfinanzierung (ODA) der westlichen Geber



Quelle: OECD STAT (09/06/2010)

*vorläufig (Schuldenerlasse 2009 noch nicht veröffentlicht)

MDG 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Das MDG 8 visiert eine weltweite Entwicklungspartnerschaft an und nennt als wichtigste Unterziele den Aufbau eines offenen, regelgestützten, berechenbaren und nichtdiskriminierenden Handels- und Finanzsystems, die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe sowie umfassende Entschuldungsmaßnahmen mit dem Ziel der dauerhaften Schuldentragfähigkeit aller Entwicklungsländer. Hinzu kommen Strategien zur Schaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen, der verbesserte Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln sowie der Ausbau von Informations- und Kommunikationstechnologien.

Fortschritte bei der Verwirklichung von MDG 8 zu ermitteln, ist formal nicht möglich, denn die entsprechenden Unterziele sind so allgemein formuliert, dass sich aus ihnen keine konkreten zeitgebundenen Verpflichtungen für die Regierungen ableiten lassen.

Allerdings gibt es im politischen Umfeld der MDGs zahlreiche Beschlüsse, wie den Monterrey Konsens von 2002, die Doha-Erklärung über Entwicklungsfinanzierung von 2008, sowie insbesondere den EU-Stufenplan von 2005, die die Pflichten

konkretisieren, die sich für die Industrieländer aus MDG 8 ergeben. Damit bietet die Zwischenbilanz der MDGs 2010 auch die Gelegenheit zu überprüfen, wie die Regierungen des Nordens ihre Verpflichtungen in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Entschuldung und Handel bisher erfüllt haben.

Entwicklungszusammenarbeit und ODA-Quote

Obwohl die Deklarationen und politischen Verpflichtungen zur Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung zahlreich sind, haben in Folge der Finanzkrise bereits einige Länder ihre Zahlungsflüsse oder Zusagen eingeschränkt. So reduzierte Italien 2009 seine ODA innerhalb eines Jahres um über 1,5 Milliarden US-Dollar, die irische ODA sank von 2008 auf 2009 um mehr als 300 Millionen US-Dollar.¹⁶² Die meisten mittel- und osteuropäischen Länder haben ihre ODA-Zusagen reduziert, so zum Beispiel Litauen, Tschechien und Polen.¹⁶³

Insgesamt hat sich die ODA der westlichen Geber seit dem UN-Millenniumsgipfel von 53,7 Mrd. US-Dollar (2000) auf 119,6 Mrd. US-Dollar (2009) mehr als verdoppelt (s. Grafik 9).

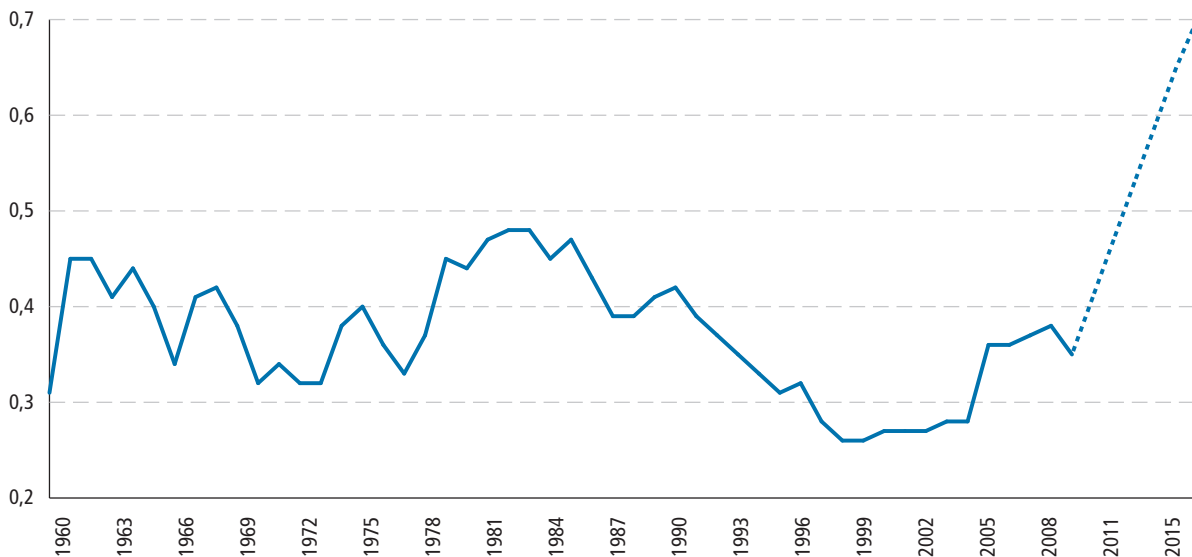
¹⁶² OECD-Pressmitteilung vom 14. April 2010.

¹⁶³ Vgl. Martens / Schultheis (2010), S. 27.

GRAFIK 10

Deutsche ODA-Quote 1960–2009 und Szenario 2010–2015

ODA in Prozent des Bruttonationaleinkommens



Quelle: OECD-Datenbank

Allerdings ist 2009 ein Rückgang um fast drei Mrd. US-Dollar gegenüber 2008 (122,3 Mrd. US-Dollar) zu beobachten. Reflektiert man diese absoluten Zahlen vor dem Hintergrund des 0,7-Prozentziels, ist lediglich ein Anstieg der ODA-Quote von 0,22 Prozent (2000) auf 0,31 Prozent (2009) zu verzeichnen. Die Quote der EU liegt 2009 bei 0,44 Prozent und wird nach Prognosen der OECD 2010 auf 0,48 Prozent steigen. Das für dieses Jahr anvisierte 0,56 Prozent-Etappen-Ziel des EU-Stufenplans wird damit deutlich verfehlt.

Während zahlreiche Länder der EU im Plan sind (Schweden, Luxemburg, Dänemark, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Finnland, Irland, Spanien), ist es Deutschland nicht.

Die deutsche Netto-ODA sank innerhalb eines Jahres um zwei Milliarden US-Dollar von 13,98 Milliarden US-Dollar (2008) auf 11,98 Milliarden US-Dollar (2009).¹⁶⁴ Deutschland gehörte 2009 nach den USA und Frankreich damit zwar noch zu den größten Geldgebern, setzt man diese Zahlen aber in Relation zum BNE, so sank Deutschlands ODA-Quote 2009 von 0,38

auf 0,35 Prozent.¹⁶⁵ Für 2010 prognostiziert die Europäische Kommission, dass die deutschen ODA-Leistungen 0,4 Prozent des BNE betragen werden. Deutschland wird damit das international vereinbarte Etappenziel von 0,51 Prozent 2010 deutlich verfehlen (vgl. Grafik 10).¹⁶⁶ Um das 0,7-Prozentziel noch zu erreichen, müsste die deutsche ODA bis 2015 jährlich um fast zwei Milliarden Euro steigen.¹⁶⁷

Ein zusätzliches Problem besteht darin, dass es sich bei den offiziellen ODA-Zahlen nicht durchwegs um „fresh money“ handelt, das den Ländern des Südens tatsächlich zur Umsetzung ihrer Entwicklungsprogramme und zur Verwirklichung der MDGs zur Verfügung steht. Ein Großteil der ODA-Erhöhen seit dem Jahr 2005 ist auf angerechnete Schuldenerlasse gegenüber dem Irak, Nigeria und den hochverschuldeten armen Ländern (*Highly Indebted Poor Countries, HIPCs*) zurückzuführen. Zudem werden die kalkulatorischen Studienplatzkosten ausländischer Studierender und die Zahlungen für Asylbewerber im ersten Jahr ihres Aufenthaltes auf die ODA angerechnet. Mit realen Finanzflüssen ist dieser Teil der ODA nicht verbunden.

¹⁶⁴ Vgl. OECD (2009) Tabelle 4 und OECD Pressemitteilung vom 14. April 2010 sowie OECD (2010), Tab. 1.

¹⁶⁵ Vgl. OECD Pressemitteilung vom 14. April 2010.

¹⁶⁶ Vgl. European Commission (2010c), S. 44.

¹⁶⁷ European Commission (2010c), S. 10.

TABELLE 9

Wirtschafts- und Freihandelsabkommen der EU

Regionen / Land	Abkommen	Verhandlungsstand
SADC: Südliches Afrika	Wirtschaftspartnerschafts-abkommen (WPA/EPA) Interims-EPA	Unterzeichnet: Botswana, Lesotho, Swasiland (4. Juni 2009); Mosambik (15. Juni 2009); Namibia hat einem Interim-EPA nur unter Vorbehalt zugestimmt.
ESA/EAC: Ost- und Südafrika	Interims-EPA	Unterzeichnet: Madagaskar, Mauritius, Seychellen, Simbabwe (29. August 2009); Zugestimmt: Sambia, Komoren (Nov/Dez 2007); Burundi, Kenia, Ruanda, Tansania, Uganda haben Verhandlungen wieder aufgenommen
Westafrika: Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS)	Interims-EPA	Unterzeichnet: Elfenbeinküste (Nov 2008); Zugestimmt: Ghana (Dez 2007) (Unterzeichnung ausstehend); Verhandlungen mit übrigen ECOWAS-Staaten wieder aufgenommen
CEMAC: Zentralafrika	Interims-EPA	Unterzeichnet: Kamerun (15. Jan 2009); 7 Länder haben noch nicht unterzeichnet
CARIFORUM: Karibik	vollwertiges EPA	Zugestimmt: Alle CARIFORUM-Mitglieder (15. Okt. 2008) außer Guyana (20. Oktober 2008); Unterzeichnet: Haiti (11. Dez. 2009); Implementierungsphase
Pazifik	Interims-EPA	Unterzeichnet: Papa Neu-Guinea (30. Juli 2009); Fidji (11. Dezember 2009); Verhandlungen über ein umfassendes EPA gehen weiter.
Chile	Assoziierungsabkommen einschließlich Freihandelsabkommen	In Kraft getreten 2004; Implementierung des Freihandelsabkommen voraussichtlich 2013.
Indien	Freihandelsabkommen	laufende Verhandlungen (bereits fünf Verhandlungsrunden)
China	Wirtschafts- und Handelsgesprächen auf höchster Ebene	Beginn der Verhandlungen im April 2008
Verband Südasiatischer Nationen (ASEAN)	Interregionales Freihandelsabkommen	Verhandlungsbeginn 04. Mai 2007
Singapur	Freihandelsabkommen	Verhandlungsbeginn März 2010; Weitere Verhandlungsrunden für 2010 vorgesehen.
Vietnam	Freihandelsabkommen	Verhandlungsbeginn voraussichtlich 2012
Gemeinsamer Markt Südamerikas (Mercosur)	interregionales Assoziierungsabkommen	Verhandlungsbeginn Oktober 2004; Stillstand wg. Widerstand der Mercosurländer; Vorschlag der EC, Wiederaufnahme der Verhandlungen im Mai 2010
Anden-Länder	Assoziierungsabkommen	Verhandlungen aufgeschoben im Juni 2008, wieder aufgenommen im Januar 2009; Einigung mit Kolumbien und Peru (Ecuador: Beteiligung aufgeschoben)
Zentralamerika	Assoziierungsabkommen	Verhandlungsbeginn 2007; 1. Juli 2009: Verhandlungen aufgrund der Situation in Honduras vertagt.
Zentralasien	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA)	
Golf-Region	Freihandelsabkommen	Verhandlungsbeginn 2001

Quelle: European Commission, Stand: 19.07.2010¹⁷⁶

Ein besonderes Augenmerk richten die Regierungen bei MDG 8 auf die Situation der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) sowie der Binnen- und kleinen Inselstaaten. Zwischen 2001 und 2007 war ein Anstieg der ODA für die LDCs von weniger als 14 Milliarden auf 32 Milliarden US-Dollar zu verzeichnen.¹⁶⁸ Dennoch bleiben die ODA-Zahlungen mit 0,09 Prozent unter dem von der UN anvisierten Ziel, 0,2 Prozent des BNE für die LDCs aufzuwenden.¹⁶⁹

Gleichzeitig konzentriert sich ein erheblicher Teil der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung auf nur eine kleine Zahl von Empfängerländern. Auf zehn der insgesamt 150 Empfängerländer entfielen 2007 rund 40 Prozent der offiziellen ODA, allen voran der Irak, Afghanistan, Tansania, Vietnam und Äthiopien, gefolgt von Pakistan, dem Sudan und Nigeria.¹⁷⁰

Die zehn Länder, die 2008 die höchsten ODA-Leistungen erhielten, waren der Irak, Afghanistan, Äthiopien, Sudan, Vietnam, Indien, Palästina, Tansania, China, Mosambik.¹⁷¹

Auf dem Weg zu einem gerechten Handelssystem?

Ein gerechtes und nicht-diskriminierendes Handels- und Finanzsystem scheint sich gerade im Kontext der Finanzkrise zur unerreichbaren Utopie zu entwickeln. Die fehlende Kohärenz zwischen den verschiedenen Politikbereichen erschwert tatsächliche Fortschritte. Zudem sind die meisten Entwicklungsländer weiterhin nicht ausreichend an der internationalen Regelsetzung beteiligt.

Einem gerechteren Handelssystem und einer verbesserten Teilhabe der Entwicklungsländer am Weltmarkt stehen weiterhin folgende Punkte im Wege: Ein erschwelter Marktzugang u.a. durch Agrarsubventionen der EU, eine Bedrohung der einheimischen Märkte im Süden durch exportsubventionierte Produkte aus dem Norden sowie eine geringe Diversifizierung der Produktpalette und starke einseitige Abhängigkeit von preislich volatilen Rohstoffexporten.

Das Versprechen des verbesserten und zollfreien Marktzugangs für LDCs bei 97 Prozent aller Waren (außer Waffen und Munition) ist erst für 80 Prozent der Produkte der LDCs umgesetzt.¹⁷²

Die 2001 als Entwicklungsrunde angekündigte Doha-Handelsrunde der WTO blieb weit hinter den Erwartungen des Südens zurück. Auch nach der 7. WTO-Ministerkonferenz 2009 in Genf ist sie zu keinem Abschluss gekommen¹⁷³ und kann angesichts der festgefahrenen Positionen inzwischen als vorläufig gescheitert bezeichnet werden.¹⁷⁴ Als Reaktion auf die wechselseitigen Verhandlungsblockaden in der WTO versuchen die EU und die USA verstärkt auf bilateraler und regionaler Ebene ihre Außenwirtschaftsinteressen durchzusetzen, und verfolgen mit einer ambitionierten Marktzugangsstrategie (wie der Global Europe Strategy) weitere Liberalisierungsziele im Bereich Handel und Investitionen in Entwicklungsländern.¹⁷⁵ Dies geschieht u.a. im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreements, EPAs*) sowie der anvisierten Freihandelsabkommen mit Chile, Mexiko, Südkorea und Indien. Begründet mit dem Artikel XXIV der WTO forcierte die EU eine weitergehende Liberalisierung der regionalen Märkte in sechs AKP-Regionen, die zu einer globalen Liberalisierung beitragen soll. Die Mehrzahl der AKP-Staaten hat mittlerweile ein Interim-EPA oder ein vollwertiges EPA mit der EU unterzeichnet (s. Tabelle 9).

Der in den EPAs anvisierte Abbau von Importzöllen bedeutete zum Teil hohe Ausfälle von Zolleinnahmen für viele AKP-Länder. Ohne einen erfolgreichen Umbau der Steuersysteme können diese Länder ihre Einnahmeverluste durch die Vorteile einer Handelsliberalisierung nicht aufwiegen. In zahlreichen Entwicklungsländern stellen die Zolleinnahmen weiterhin eine wichtige Einnahmequelle für den Staatshaushalt – in einigen Ländern haben sie einen Anteil von bis über 30 Prozent, z.B. in Lesotho (57 Prozent), Namibia (44 Prozent), Côte d'Ivoire und Madagaskar (35 Prozent).¹⁷⁷

Handelsverzerrende Subventionen seitens der Industrieländer und Handelsbarrieren für Entwicklungsländer behindern weiterhin eine nachhaltige Integration in den Weltmarkt. Insbesondere das Versprechen der EU, im Rahmen der Doha-Runde die Agrarexportsubventionen bis 2013 abzubauen, wird nur schleppend umgesetzt und von der neuen Kommission wieder

¹⁶⁸ Vgl. UN (2009c), S. 8.

¹⁶⁹ Vgl. UN (2009c), S. 8.

¹⁷⁰ Vgl. UN (2009c), S. 11f.

¹⁷¹ Vgl. OECD-Datenbank: www.oecd.org/document/33/0,2340,en_2649_34447_36661793_1_1_1_1,00.html

¹⁷² Vgl. European Commission (2010b), S. 7.

¹⁷³ Vgl. Gramling (2009), S. 1.

¹⁷⁴ Vgl. International Centre for Trade and Sustainable Development (2010), S. 2: "[...] nine years into the multilateral trade talks, it remains unclear whether the inviolable 'red lines' of prominent WTO members overlap enough to make a Doha Round agreement possible."

¹⁷⁵ Vgl. Schultheis (2010b), S. 112f.

¹⁷⁶ European Commission (2010d); European Commission (2010e); <http://www.acp-eu-trade.org>; http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/regions/africa-caribbean-pacific/index_en.htm

¹⁷⁷ Vgl. World Bank (2010d), Tabelle 4.12.

in Frage gestellt,¹⁷⁸ auch wenn Landwirtschaftsministerin Aigner und Entwicklungsminister Niebel in einer gemeinsamen Presseerklärung am 9. Juni 2010 für eine Abschaffung aller Agrarexportsubventionen – im Rahmen der Doha-Runde – eintraten.¹⁷⁹

Im Zeichen der Krise bauten die Industrieländer ihre protektionistischen Maßnahmen sogar wieder aus, und führen in sensiblen Bereichen erneut Subventionen ein: So hatte die EU Anfang 2009 die Milchexportsubventionen temporär wieder eingeführt. Zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 wurden insgesamt 223 neue Fälle von handelsbeschränkenden Maßnahmen von Industrie- und Schwellenländern gezählt.¹⁸⁰ Auch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon kritisiert die neuen Wellen des einseitigen Protektionismus.¹⁸¹ Darüber hinaus enthielten auch viele Konjunkturpakete, die die Regierungen als Reaktion auf die Finanzkrise einführten, umfassende Maßnahmen zum Schutz oder zur Subventionierung der heimischen Wirtschaft mit handelsverzerrenden Auswirkungen. Dazu zählten vor allem Unterstützungen für die Stahl- und Automobilbranche. Fünfzehn Länder führten wieder Importzölle oder Einfuhrbeschränkungen ein, wie z.B. China, Indien und Russland.¹⁸²

Ungelöste Schuldenprobleme

Die Umsetzung des Zieles, die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer „umfassend“ anzugehen und somit die Schulden „langfristig tragbar“ werden zu lassen, weist seit dem Jahr 2000 durchwachsene Fortschritte und auch einige Rückschritte auf.

Die Entschuldung der HIPC-Ländergruppe ist weiter fortgeschritten. Bis September 2009 hatten sich 35 von 40 Ländern für Schuldenerlasse in Höhe von 57 Milliarden US-Dollar qualifiziert. Zusätzliche 24 Milliarden US-Dollar werden über die Multilaterale Entschuldungsinitiative MDRI (*Multilateral Debt Relief Initiative*) entschuldet.¹⁸³

Der Anteil der Schulden am BNE und auch gegenüber den Exporteinnahmen ist in den letzten Jahren in den ärmeren Entwicklungsländern gesunken. Betrachtet man die Zahlen für Subsahara Afrika von 2000 bis 2008 im Vergleich, so ist das

Verhältnis der Schulden zum BNE von 66 Prozent auf 21,2 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig droht jedoch selbst unter den gerade entschuldeten Ländern der HIPC-Gruppe eine erneute Verschärfung der Schuldensituation. 14 Entwicklungsländer unterliegen nach Angaben des IWF wieder einem hohen Risiko und weitere 22 Länder einem mittleren Risiko der Überschuldung. Sieben Länder sind bereits überschuldet.¹⁸⁴

Hochverschuldete Länder jenseits der HIPC-Gruppe kamen ohnehin nicht in den Genuss dieser Entschuldungsmaßnahmen. Zudem handelt es sich bei den Schuldenerlassen überwiegend um die multilateralen und bilateralen öffentlichen Schulden. Einen großen Teil der Kredite nahmen die Entwicklungsländer zu oftmals schlechteren Konditionen auf dem privaten Finanzmarkt auf.

Insbesondere zwischen 2003 und 2007 wurden außerordentlich hohe Anleihen auf dem privaten Finanzmarkt getätigt. Die ab 2009 begonnenen Rückzahlungen bringen die Schuldnerländer in Zahlungsschwierigkeiten,¹⁸⁵ da sie aufgrund des eingebrochenen Außenhandels und der zugleich hohen Anpassungskosten weniger Devisen für den Schuldendienst zur Verfügung haben. Währungsabwertungen gegenüber dem US-Dollar kommen erschwerend hinzu. Nach Schätzungen der Weltbank wurden 2009 allein in den Schwellenländern 2,5 bis 3 Billionen US-Dollar an Krediten fällig und mussten zurückgezahlt oder umgeschuldet werden, davon über eine Billion Schulden von privaten Unternehmen. Insgesamt lagen 2008 die Auslandsschulden aller Entwicklungs- und Schwellenländer bei 3,7 Billionen US-Dollar.¹⁸⁶

Auch die Schulden vieler Länder gegenüber dem IWF sind infolge der globalen Finanzkrise wieder rapide angestiegen. Im Oktober 2008 hatten die bewilligten Stand-by-Kredite des IWF einen Umfang von gerade einmal 1,8 Mrd. US-Dollar.¹⁸⁷ Bis Juli 2010 ist der Kreditrahmen für 26 Schuldnerländer (Stand-by-Kredite, flexible Kreditlinie und erweiterte Kreditarrangements) auf 195 Milliarden US-Dollar angewachsen.¹⁸⁸

¹⁷⁸ Ohne Abschluss der Doha-Runde gelten offiziell noch die Höchstgrenzen für Exportsubventionen aus der Uruguayrunde.

¹⁷⁹ BMZ/BMELV Pressemitteilung vom 9.06.2010.

¹⁸⁰ European Commission (2009b), S. 16.

¹⁸¹ Vgl. UN (2010a), S. 26.

¹⁸² Vgl. UN (2009c), S. 25f.

¹⁸³ IDA/IMF (2009), S. 9.

¹⁸⁴ IMF (2009), S. 33.

¹⁸⁵ UN (2009c), S. 46.

¹⁸⁶ World Bank (2010b), S. 24.

¹⁸⁷ IMF Financial Activities, Update October 2, 2008 (www.imf.org/external/np/tre/activity/2008/100208.htm).

¹⁸⁸ Vgl. IMF Financial Activities, Update July 15, 2010 (www.imf.org/external/np/tre/activity/2010/071510.htm).

¹⁸⁹ Vgl. UN General Assembly (2010), Pkt. 24f.

Was ist zu tun?

MDG 8

Beim Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft steht der entscheidende Durchbruch noch aus. Regierungen müssen zu dieser Partnerschaft stehen und die Mobilisierung von Ressourcen steigern, um die Verwirklichung aller MDGs zu finanzieren. Sie müssen die notwendigen politischen und finanziellen Freiräume schaffen, um weitere Rückschritte bei den MDGs durch systemische Schocks zu verhindern. Und sie müssen ihre Strategien entlang gerechterer und nachhaltiger Entwicklungspfade ausrichten.

Empfehlungen zur Verwirklichung von MDG 8:¹⁸⁹

- » Die Geberländer sollten sich bei der Verwirklichung des 0,7-Prozentziels zu Etappenzielen zwischen 2010 und 2015 verpflichten.
- » Um das Verantwortungsbewusstsein (*ownership*) zu stärken, sollte Budgethilfe in zunehmendem Maße zum wichtigsten Mittel der Unterstützung für Länder werden, die sich der Armutsminderung und guten Systemen der Rechenschaftspflicht verschrieben haben.
- » Alle Regierungen sollten sich auf eine signifikante Verringerung der Militärausgaben verständigen. Die hierdurch freiwerdenden Mittel sollten für die Erfüllung der MDGs genutzt werden.
- » Die Notfallunterstützung für antizyklische Maßnahmen als Reaktion auf die globale Krise sollte in Form von Zuschüssen und nicht in Form von Krediten gewährt werden. Das gilt vor allem für die ärmsten Länder (LDCs). So können eine neue Schuldenkrise und weitere Rückschritte bei der Verwirklichung der MDGs verhindert werden.
- » Die Streichung der Schulden der ärmsten Länder (ohne dies auf die ODA anzurechnen) sollte ein Teil Krisenbewältigung sein. Alle illegitimen Schulden sollten überprüft und gestrichen werden. Ein faires und transparentes internationales Insolvenzverfahren unter dem Dach der vereinten Nationen sollte eingerichtet werden.
- » Eine Finanztransaktionssteuer sollte eingeführt werden, um unter anderem die Kosten wettzumachen, die den Steuerzahlern durch die Rettungsschirme für Banken entstanden sind. Dies könnte zur Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen und die hunderte von Milliarden Dollar pro Jahr an Staatseinnahmen generieren, die nötig sind, um u.a. die Entwicklungsländer auf ihrem Weg hin zu gerechteren und nachhaltigeren Entwicklungsstrategien zu unterstützen. Die Allokation der Mittel sollte unter dem Dach der UN koordiniert werden.
- » Ein multilaterales Abkommen über den automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen sollte abgeschlossen werden. Damit könnten Kapitalflucht, schädlicher Steuerwettbewerb, Steuerhinterziehung und der Missbrauch von Verrechnungspreisen (*Transfer Pricing*) bekämpft und Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, mehr heimische Ressourcen zu mobilisieren. Außerdem sollte für transnationale Unternehmen und Banken die Pflicht zur Rechnungslegung nach Ländern (*country-by-country reporting*) eingeführt werden. Als erster Schritt sollte auf UN-Ebene ein zwischenstaatlicher Ausschuss für Steuerfragen eingerichtet werden (*UN Intergovernmental Commission on Tax Matters*).
- » Ein neues globales Währungsreservesystem sollte geschaffen werden, das auf einer supranationalen Reservewährung und regionalen Währungen basiert. Gleichzeitig sollte das Entwicklungspotenzial der Sonderziehungsrechte des IWF erkundet werden.
- » Regionale Initiativen zur Dezentralisierung des Finanzsystems sollten unterstützt werden, um die Menschen des globalen Südens besser in die Lage zu versetzen, ihre eigenen Entwicklungspfade zu kontrollieren. Das kann zum Beispiel durch alternative regionale Entwicklungsbanken, Währungsfonds und Währungskooperationen geschehen.
- » Die internationalen Ratingagenturen müssen reformiert und stärker reguliert werden, um sie zu funktionsfähigen unabhängigen Überwachungsinstitutionen zu machen. Unter anderem müssen die Transparenz ihrer Bewertungen erhöht und möglicher Interessenkonflikte durch striktere Regulierung verhindert werden.
- » Das Recht der Entwicklungsländer sollte anerkannt werden, Kapitalverkehrskontrollen nicht nur zur Krisenprävention zu nutzen, sondern auch zur Lenkung von Direktinvestitionen, um die MDGs und andere Entwicklungsziele zu erreichen.
- » Die internationale Zusammenarbeit bei der (Re-)Regulierung der Finanzmärkte sollte verstärkt werden, um Finanzspekulationen im Allgemeinen und Spekulationen an den Börsen für Lebensmittel und Rohstoffe im Besonderen einzudämmen.
- » Die Agenda der Doha-Welthandelsrunde sowie alle bestehenden und derzeit verhandelten multilateralen, regionalen und bilateralen Handelsvereinbarungen sollten einer nochmaligen Prüfung unterzogen werden, um zu verhindern, dass es durch übermäßige Handelsliberalisierungen zu weiteren Rückschritten bei den MDGs kommt. Die Förderung der LDCs nach vorzeitigen (*early harvest*) unilateralen Handelsvergünstigungen sollte unterstützt werden.



MDG 8



- » Sicherungsmechanismen hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung und des Schutzes der Lebensgrundlagen sollten in alle Handelsabkommen aufgenommen werden – ohne dafür im Gegenzug Zugeständnisse von den Entwicklungsländern einzufordern.
- » Das Recht der Entwicklungsländer sollte unterstützt werden, die Spielräume im Abkommen über handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte (TRIPs) voll auszuschöpfen, um an bezahlbare Medikamente zu kommen.
- » Der Vorschlag für einen Weltwirtschaftsrat unter dem Dach der Vereinten Nationen (*Global Economic Council*) sollte voll und ganz unterstützt werden. Er sollte ein inklusives Forum für Beratungen und Entscheidungen zu globalen Wirtschafts- und Finanzfragen bilden, das die Kohärenz zwischen wirtschafts- und finanzpolitischen sowie entwicklungspolitischen Zielen gewährleistet.

III. Über die Ziele hinaus denken: Entwicklungsmodelle und Wohlstands- indikatoren jenseits der MDGs

Die MDGs haben sich in den Jahren seit dem Millenniumsgipfel als gleichermaßen öffentlichkeitswirksames wie kampagnentaugliches Instrument der Entwicklungspolitik erwiesen. Sie sind leicht verständlich und auch für breitere Bevölkerungsgruppen plausibel nachzuvollziehen. Die Kampagnen von Zivilgesellschaft und UN zu den MDGs haben dazu beigetragen, das Bewusstsein vieler Menschen für die Probleme von Armut und Hunger in den Ländern des Südens zu steigern – auch außerhalb der entwicklungspolitischen Fachöffentlichkeit.

UNO, IWF, Weltbank und OECD haben unter dem Leitmotiv der MDGs Widersprüche in ihren divergierenden Entwicklungskonzepten und -strategien überbrückt – oder zumindest verschleiert.

Durch die eindeutigen quantitativen und zeitgebundenen Zielvorgaben und die damit verbundenen politischen Verpflichtungen bieten die MDGs ein Instrumentarium, um die Rechenschaftspflicht der Regierungen gegenüber der Bevölkerung zu erhöhen und die Effektivität ihrer Politik zu überprüfen – in Nord und Süd.

Die letzten zehn Jahre haben aber auch die Probleme deutlich gemacht, die mit der öffentlichkeitswirksamen Konzentration des Entwicklungsdiskurses auf die Bekämpfung der extremsten Formen von Einkommensarmut und Hunger und die soziale Grundversorgung der Bevölkerung verbunden sind. Die MDGs weisen eine Reihe von Schwächen und Defiziten auf, die sowohl mit ihrer Konzeption als auch mit ihren Umsetzungsstrategien verbunden sind. Die Diskussionen über die entwicklungspolitische Post-2015-Agenda, d.h. über die Frage, wie es mit den MDGs nach dem Zieljahr 2015 weitergeht, müssen Antworten auf diese Schwächen und Defizite finden.

1. Defizite und Schwächen des MDG-Konzepts

→ Selektive Zielauswahl

Die acht allgemeinen Entwicklungsziele mit ihren 21 Unterzielen decken nur einen Bruchteil der Themen ab, mit denen sich die Regierungen auf den Entwicklungskonferenzen der 1990er Jahre befasst hatten. Sie spiegeln auch nicht das Themenspektrum der Millenniumserklärung wider. Vor allem deren Kapitel über Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung, sowie Frieden, Sicherheit und Abrüstung wurden im MDG-Katalog nicht berücksichtigt.

Aber auch in den Bereichen, für die die Regierungen konkrete Ziele definierten, erfolgte ihre Auswahl zum Teil sehr selektiv. So wurde von den Zielen der UNESCO-Initiative „Bildung für Alle“ und des Weltbildungsforums in Dakar 2000 in MDG 2 lediglich das Ziel der allgemeinen Grundschulbildung berücksichtigt, bei der Gleichstellung der Geschlechter blieb in MDG 3 lediglich die Beseitigung des Geschlechtergefälles in Grund- und Sekundarschulen übrig, und die breite Themenpalette der Rio-Konferenz mit ihrer Agenda 21 reduzierte sich in MDG 7 auf eine scheinbar willkürlich zusammengewürfelte Handvoll Unterziele.

Die selektive Zielauswahl ist auch deswegen problematisch, weil dadurch möglicherweise andere, ebenso wichtige Aufgaben vernachlässigt werden. Im Bildungsbereich ist die Folge eine Konzentration finanzieller Mittel und politischer Aufmerksamkeit auf den Grundschulsektor, während die weiterführenden Schulen und die Aus- und Fortbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sträflich vernachlässigt werden. Die Folge: Während die weltweite Einschulungsquote inzwischen auf 87 Prozent gestiegen ist, liegt der Anteil afrikanischer Kinder, die nach der Grundschule eine weiterführende Schule besuchen, bei gerade einmal 27 Prozent. In Süd- und Westasien sind es 46 Prozent und in den arabischen Ländern 57 Prozent.¹⁹⁰ Statt sich auf ein selektives Entwicklungsziel zu beschränken, fordern Bildungsexperten daher die Rückbesinnung auf ein ganzheitliches und umfassendes Konzept der Bildungszusammenarbeit, das alle Phasen von der Vorschulerausbildung bis zur Erwachsenenbildung umfasst und auch die Qualität der Bildung berücksichtigt.¹⁹¹

¹⁹⁰ Vgl. UNESCO (2010a), Tab. 5 und 8.

¹⁹¹ Vgl. dazu Langthaler (2007).

Ein Hauptgrund für die Selektivität der MDGs liegt im fehlenden politischen Konsens der Regierungen, die sich in vielen Themenfeldern zwar auf allgemeine Absichtserklärungen, nicht aber auf messbare und mit einem konkreten Zeitrahmen verbundene Ziele einigen konnten. In einigen Themenbereichen (Beispiel Bildung) existieren jedoch solche, über die MDGs hinausgehende Entwicklungsziele, die problemlos in den MDG-Katalog aufgenommen werden könnten.¹⁹² Dass dies durchaus möglich ist, haben die Regierungen 2007 bewiesen, als sie die Liste u.a. um Ziele im Bereich reproduktiver Gesundheit und der Behandlung von HIV und AIDS erweiterten.

→ Zieldefinition wenig ambitioniert

Die meisten der quantitativen Millenniumsziele sind bei weitem nicht so ambitioniert wie es in manchen Verlautbarungen von Regierungen und Vereinten Nationen scheint. Das gilt insbesondere für das Hauptziel, den Anteil der Menschen, deren Einkommen weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag beträgt, bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Denn selbst wenn das Ziel realisiert wird, werden nach den Schätzungen der Weltbank im Jahr 2015 noch immer mehr als eine Milliarde Menschen weltweit in extremer Einkommensarmut leben.

Viele der quantitativen Entwicklungsziele gingen in den UN-Beschlüssen früherer Jahre weiter und sollten rascher erreicht werden. Zudem wurde die Frist für die Umsetzung der Ziele von 15 auf 25 Jahre verlängert, indem nicht das Jahr 2000 sondern das Jahr 1990 als Basisjahr für die Berechnungen festgesetzt wurde. Da in China bereits in den 1990er Jahren der Anteil der extrem Armen rapide gesunken war, hatte die gesamte Region „Ostasien und Pazifik“ bereits im Jahr 2000 das erste Millenniumsziel erreicht – in dem Jahr, in dem die Regierungen es in der Millenniumserklärung erst beschlossen.

Auch durch den subtilen Trick, im Rahmen der MDGs nicht absolute Zahlen sondern Anteile zu reduzieren, haben die Regierungen weitergehende Entwicklungsziele abgeschwächt. So hatten sie sich zum Beispiel beim Welternährungsgipfel in Rom 1996 verpflichtet, die Zahl der unterernährten Menschen gegenüber dem damaligen Stand (823 Millionen) bis spätestens zum Jahr 2015 zu halbieren. Das bedeutete, die Zahl der Hungernden auf 412 Millionen zu reduzieren. Vier Jahre später vereinbarten die Regierungen in der Millenniumserklärung, nicht die Zahl sondern den Anteil der Menschen, die Hunger leiden, zu halbieren. Diese kleine sprachliche Änderung bedeutet in der Praxis, dass die Regierungen im Jahr 2015 170 Millionen hungernde Menschen mehr politisch in Kauf nehmen. Denn angesichts des Bevölkerungswachstums bedeutet ein halbiertes An-

teil von Hungernden im Jahr 2015 noch immer schätzungsweise 582 Millionen Menschen. Dass die Zahl der Hungernden infolge der globalen Wirtschafts- und Ernährungskrise auf den historischen Höchststand von über einer Milliarde Menschen gestiegen ist, ändert nichts an diesem grundsätzlichen Argument.

→ Eindimensionale Armutsdefinition

Die MDGs definieren Armut in erster Linie als Einkommensarmut. Beim Weltsozialgipfel 1995 waren die Regierungen schon einmal weiter. Nach dem Aktionsprogramm dieses Gipfels hat Armut

*„vielfältige Erscheinungsformen. Zu ihnen gehören das Fehlen von ausreichenden Einkommen und produktiven Ressourcen, um auf Dauer den Lebensunterhalt bestreiten zu können; Hunger und Mangelernährung; ein schlechter Gesundheitszustand; begrenzter oder fehlender Zugang zu Bildung und anderen Grunddiensten; erhöhte Morbidität und Mortalität aufgrund von Krankheiten; Obdachlosigkeit und menschenunwürdige Unterkünfte; eine unsichere Umwelt sowie soziale Diskriminierung und Ausgrenzung. Ein weiteres Merkmal ist mangelnde Beteiligung an den Entscheidungsprozessen und am bürgerlichen, sozialen und kulturellen Leben.“*¹⁹³

Die Regierungen vertraten damals eine breite Armutsdefinition, die sich am Konzept des Wirtschaftsnobelpreisträgers Amartya Sen orientierte. Nach ihm müsse *„Armut als Entbehrung grundlegender Lebenschancen und nicht nur als geringes Einkommen“* verstanden werden.¹⁹⁴

Auch der Entwicklungsausschuss der OECD folgte in seinen Leitlinien zur Armutsbekämpfung bereits 2001 dem Konzept von Amartya Sen. Er nennt fünf Dimensionen von Armut und Wohlbefinden (*well-being*), von denen lediglich zwei, nämlich die Dimensionen wirtschaftlicher und menschlicher Lebenschancen (*capabilities*), von den MDGs berücksichtigt werden (vgl. Grafik 11).¹⁹⁵

Wenn aber Armut in erster Linie als Einkommensarmut begriffen wird, konzentrieren sich auch die Rezepte zur Reduzierung der Armut nicht selten auf die monetäre Ebene. Ökonomen wie Jeffrey Sachs plädieren aus diesem Grund für eine enorme Erhöhung des Zuflusses ausländischen Kapitals in die armen Länder, um dort das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Strukturelle Fragen, wie die Ungleichverteilung von Vermögen, Landbesitz und politischer Macht in diesen Ländern, sowie die

¹⁹² Vgl. dazu auch die Liste zusätzlicher Entwicklungsziele bei Martens (2007), S. 45ff.

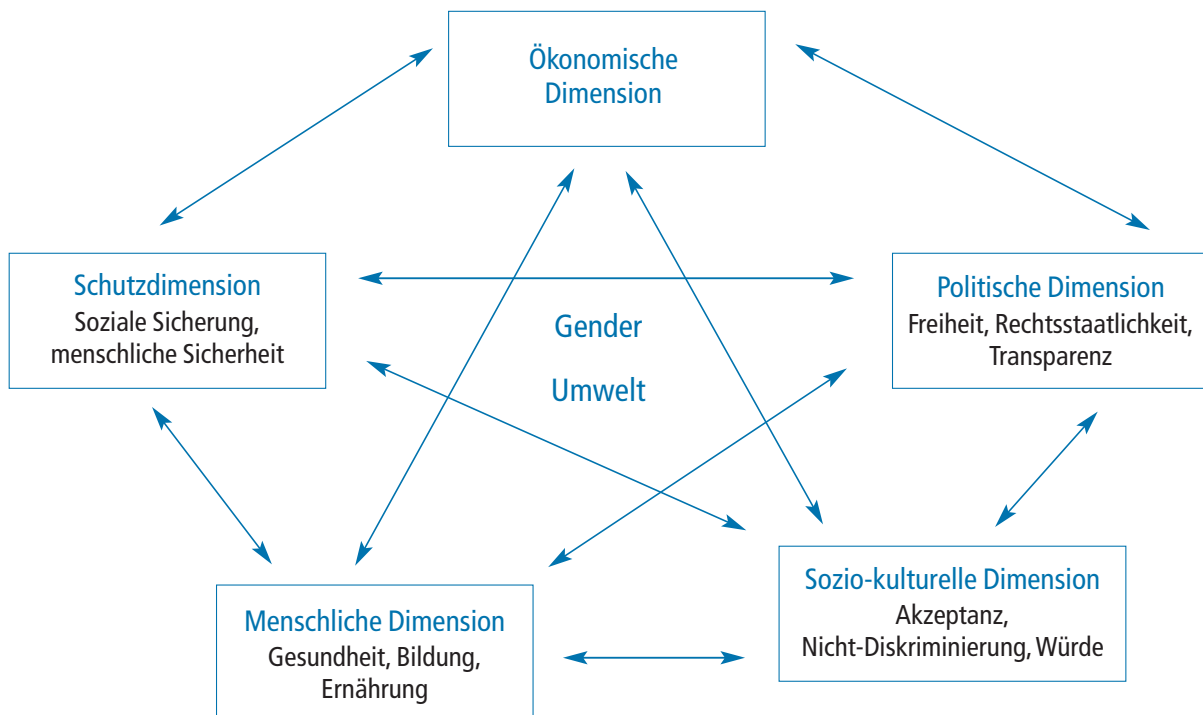
¹⁹³ Vgl. UN (1995), Pkt. 19.

¹⁹⁴ Zitiert nach Social Watch (2005), S. 12 (dt. Ausgabe).

¹⁹⁵ Vgl. OECD (2001), S. 39.

GRAFIK 11

Dimensionen von Armut und Wohlbefinden



Quelle: OECD (2001), S. 39.

weltwirtschaftlichen und geopolitischen Rahmenbedingungen bleiben bei vielen Protagonisten eines modernisierungstheoretischen Ansatzes der Armutsbekämpfung dagegen weitgehend ausgeblendet. Eine lückenhafte Problemdiagnose führt aber zwangsläufig zu den falschen Politikrezepten und behindert eher die dauerhafte Lösung der Probleme.

Die Vereinten Nationen stellen in ihrem Bericht zur sozialen Lage der Welt 2010 die auf ökonomische Indikatoren reduzierte Armutsdefinition grundsätzlich in Frage und fordern einen wesentlich umfassenderen Ansatz:

*„There is more to poverty than just insufficient income. In fact, a higher proportion of the populations of most countries would be perceived as living in poverty if other aspects of deprivation were taken into account. This calls into serious question the usefulness of approaches to poverty reduction that focus on ‚poor people‘ identified by the dollar-a-day measurement. A more encompassing approach should be adopted towards provision of essential social services such as basic health care and primary education, safe water and sanitation, and basic social protection.“*¹⁹⁶

→ Methodische Probleme der Armutsmessung

Eine weitere Schwäche der MDGs besteht in den ungelösten methodischen Problemen der Armutsmessung.¹⁹⁷ Der ursprüngliche Indikator für extreme Armut (Prokopfeinkommen von weniger als einem US-Dollar pro Tag) war zwar hervorragend kommunizierbar, erwies sich aber in seiner Höhe als Schwellenwert extremer Armut für weite Regionen dieser Welt als viel zu niedrig. Die Weltbank setzte als Konsequenz in ihren revidierten Armutsschätzungen vom August 2008 die Schwelle extremer Armut mit 1,25 US-Dollar fest.¹⁹⁸ Dadurch stieg die offizielle Zahl der extrem Armen quasi über Nacht um 500 Millionen auf knapp 1,4 Mrd. Menschen. Die Asiatische Entwicklungsbank legt ihren Armutsschätzungen für 16 asiatische Länder sogar einen durchschnittlichen Schwellenwert von 1,35 US-Dollar zugrunde.¹⁹⁹

Grundsätzliche Kritik an dem Armutsmaß der Weltbank kam von Wissenschaftlern wie Sanjay G. Reddy und Thomas W. Pogge von der New Yorker Columbia University. Sie kritisierten unter anderem die Praxis der Weltbank, die Bezugsgröße für die extreme Armut in Kaufkraftparitäten (*Purchasing Power*

¹⁹⁶ UN (2009b), S. 154.

¹⁹⁷ Vgl. dazu das Kapitel „The poverty of poverty measurement“ in UN (2009b), S. 45ff.

¹⁹⁸ Vgl. Chen/Ravallion (2008).

¹⁹⁹ Vgl. Asian Development Bank (2008).

Parities, PPP) auszudrücken. Dies soll die Vergleichbarkeit der nationalen Daten ermöglichen. Mit einem PPP-Dollar kann man (theoretisch) in jedem Land der Welt die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen erwerben. Die Definition der Kaufkraftparitäten beruht jedoch auf internationalen Warenkörben, die mit dem Konsum der Armen wenig zu tun haben. Denn die in den Warenkörben berücksichtigten Dienstleistungen, die in Entwicklungsländern oft sehr preiswert sind (z.B. Haushaltshilfen), werden von Armen wenig nachgefragt. Sie konzentrieren sich in ihrem Konsum auf Grundnahrungsmittel, die weltweit gehandelt werden (Reis, Getreide etc.) und deren Preise sich zwischen reichen und armen Ländern vergleichsweise wenig unterscheiden. Pogge und Reddy folgern daraus:

*„Wenn wir als ‚extrem Arme‘ diejenigen verstehen, die nicht annähernd ausreichenden Zugang zu Gütern des Grundbedarfs haben, dann müssen wir davon ausgehen, dass die Weltbank (...) die Zahl der Armen in vielen armen Ländern, in denen Nahrungsmittel im Verhältnis zu Dienstleistungen teurer sind als in den USA, wesentlich zu niedrig angesetzt hat.“*²⁰⁰

Erschwert wird die Armutsmessung durch das Fehlen exakter Statistiken. In zahlreichen Ländern gibt es weder verlässliche Daten über die Zahl der Hungernden, noch über die Müttersterblichkeit, die Ausbreitung von HIV oder die Zahl der Menschen, die jedes Jahr an Malaria sterben. Selbst über die Entwicklung der Einkommensarmut gibt es nach Weltbankangaben in 78 von 149 Entwicklungs- und Schwellenländern, und damit in über 50 Prozent dieser Länder, keine verlässlichen Statistiken.²⁰¹

Regierungen und internationale Organisationen sind sich dieses Defizits durchaus bewusst. Sie bemühen sich seit einigen Jahren, die Kapazitäten zur Erfassung ökonomischer und sozialer Daten in den Entwicklungsländern zu verbessern. Im Jahr 2004 verabschiedeten sie zu diesem Zweck den *Marra-kech Action Plan for Statistics (MAPS)*, in den Folgejahren entstanden in über 100 Ländern Nationale Strategien für die Entwicklung von Statistiken (National Strategies for the Development of Statistics) – ein positiver Nebeneffekt des MDG-Prozesses.

→ Quantität vor Qualität

Die MDGs und ihre Indikatoren konzentrieren sich auf quantitative Zielgrößen und lassen qualitative Aspekte weitgehend unberücksichtigt. Dadurch spiegeln sie möglicherweise Fortschritte vor, die bei genauerem Hinsehen gar keine sind. Das

gilt nicht nur für die Ziele der Reduzierung von Einkommensarmut und Hunger.

Auch das MDG 2, bis 2015 universelle Grundschulbildung für alle Kinder sicherzustellen, ist ein Beispiel dafür. Höhere Einschulungsquoten sind zweifellos erstrebenswert, sie sagen aber nichts über die Qualität und die Resultate des Unterrichts. Untersuchungen zeigen, dass zwischen dem Anteil der Kinder, die eingeschult werden, und dem Anteil der Kinder, die am Ende der Grundschule tatsächlich lesen und schreiben können, in vielen Ländern des Südens eine erhebliche Diskrepanz besteht. Wenn die Zahl gut ausgebildeter Lehrer nicht mindestens in gleichem Umfang steigt, wie die Zahl der Schüler, führt dies zu überfüllten Klassenräumen, in denen die Kinder bestenfalls versorgt, aber nicht nachhaltig ausgebildet werden. Dies müsste in einem künftigen Set von MDG-Indikatoren berücksichtigt werden.

Ähnliches gilt für die MDGs 4 und 5 zur Reduzierung der Kinder- und Müttersterblichkeit. Quantitative Ziele der Senkung von Sterblichkeitsraten sind zweifellos sinnvoll, diese Ziele sagen aber nichts über die Lebensqualität der Mütter und Kinder, ihr Erkrankungsrisiko oder mögliche gesundheitliche Beeinträchtigungen.

→ Blindheit gegenüber Verteilungsfragen

Die Verteilung von Einkommen, Land und Vermögen in einer Gesellschaft spielt innerhalb des Zielkatalogs der MDGs keine Rolle. Lediglich unter den Indikatoren von MDG 1 befinden sich zwei (Armutslückenverhältnis und Anteil des ärmsten Fünftels am nationalen Konsum), die Verteilungsaspekte betreffen.

Die Reduzierung von Armut und Ungleichheit gehen aber keineswegs Hand in Hand. Die Weltbank wies 2008 darauf hin, dass sich seit den 1980er Jahren die Ungleichverteilung des Einkommens (gemessen am Gini-Koeffizienten) innerhalb vieler Länder vergrößert hat.²⁰² Von den 59 Ländern, für die Zahlen vorlagen, verzeichneten 42 eine Zunahme der Ungleichverteilung. In lediglich 15 Ländern hatte sich das Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich reduziert. Gerade in China und Indien, in denen der Anteil der Menschen in extremer Armut deutlich sank, wuchsen die sozialen Disparitäten.

Die Vereinten Nationen betonen in ihrem Bericht zur sozialen Lage der Welt 2010 die zentrale Bedeutung, die die Verteilung von Einkommen und Vermögen für die Überwindung von

²⁰⁰ Pogge (2007), S. 10.

²⁰¹ Vgl. World Bank (2008), S. 22.

²⁰² Vgl. World Bank (2008), S. 35 und 40.

Armut hätte. Je größer das Ausmaß von Ungleichheit und Ausgrenzung in einer Gesellschaft sei, umso weniger profitieren die Armen von höheren Wachstumsraten der Wirtschaft. Die Schlussfolgerung der UN:

*„A high premium must be placed on interventions that correct inequalities in the initial distributions of assets, including human resources, in an egalitarian manner in order to foster more inclusive growth.“*²⁰³

Der UNDP-Bericht über menschliche Entwicklung kritisierte 2005, dass sich die Politik zur Verwirklichung der MDGs bislang zu wenig mit Fragen der Ungleichverteilung von gesellschaftlicher Macht, Einkommen und Vermögen befasst habe. Die MDG-Agenda müsse künftig über nationale Durchschnitte hinausblicken und sich mit den strukturellen Ungleichheiten befassen, die mit Reichtum, Geschlecht, Wohnort und Vermögenswerten zusammenhängen. Dies müsse auch Konsequenzen für den Zielkatalog der MDGs selbst haben:

*„Die Regierungen sollten sich ausdrücklich auf konkrete Einzelziele für geringere Ungleichheit und ausgewogenere Chancen verpflichten, zusätzlich zu den aggregierten Zielen der MDGs.“*²⁰⁴

→ Keine messbaren Ziele für den Norden

Eine zentrale Schwäche des MDG-Katalogs liegt in seiner Unausgewogenheit zwischen den Zielen und Verpflichtungen für die Länder des Südens und des Nordens. Dort, wo die Millenniumsziele präzise quantitative und zeitliche Vorgaben enthalten, beziehen sie sich fast ausschließlich auf sektorale Entwicklungsprozesse im Süden (Bildung, Gesundheit etc.). Damit wird auch die Hauptverantwortung für die Verwirklichung dieser Ziele den Regierungen des Südens zugewiesen. Die spezifische Verantwortung des Nordens kommt dagegen nur vage im achten Ziel zur Sprache.

So wird beispielsweise die Verpflichtung der Entwicklungsländer, den Anteil der Menschen, die Hunger leiden, bis zum Jahr 2015 zu halbieren, klar benannt; eine spiegelbildliche Verpflichtung der Industrieländer, dazu den notwendigen Beitrag zu leisten (Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel, Abbau von Agrarexportsubventionen etc.) fehlt.

Zwar sind die reicheren Länder im Laufe der letzten Jahre eine Reihe unilateraler Verpflichtungen eingegangen, die mit messbaren Zeitzielen verbunden sind. Das prominenteste Beispiel ist der Stufenplan der EU von 2005 zur Erhöhung der durch-

schnittlichen ODA seiner Mitglieder auf 0,56 Prozent des BNE 2010 und 0,7 Prozent des BNE 2015. Diese Ziele sind aber bisher nicht offizieller Bestandteil der MDGs.

Die Doppelstandards bei der Zuweisung von Verantwortlichkeiten veranlasst manche Politiker und zivilgesellschaftliche Vertreter aus dem Süden, die MDGs weiterhin als Projekt der reichen Geber anzusehen, mit dem diese von ihrer Hauptverantwortung für die internationalen Rahmenbedingungen von Armutsbekämpfung und Entwicklung ablenken.

→ Fazit: Verengtes Entwicklungsverständnis

Die öffentlichkeitswirksame Reduktion des Entwicklungsdiskurses auf einige wenige quantitative Ziele, vor allem im Bereich der Armutsbekämpfung und sozialen Grundversorgung, birgt die Gefahr der politischen Abkehr von umfassenderen Entwicklungsansätzen. Denn strukturelle Rahmenbedingungen werden von den Zielen faktisch ebenso wenig berührt wie die ökologische Dimension von Entwicklung. MDG 7 hat zwar das Thema „ökologische Nachhaltigkeit“, die dazugehörigen Unterziele und Indikatoren wirken jedoch wie ein wahllos zusammengewürfeltes Sammelsurium und spiegeln nicht einen ganzheitlichen Nachhaltigkeitsansatz wider, wie er beispielsweise der Rio-Erklärung von 1992 zugrunde lag. Im Abschlussdokument der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung betonten die Regierungen damals nicht nur die Interdependenz der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimensionen von Entwicklung, sondern auch die besondere Verantwortung der Industrieländer und die Notwendigkeit einer Veränderung der dortigen Konsum- und Produktionsweisen. Davon ist in den MDGs nicht mehr die Rede.

Dass aber der Lebensstil der Menschen im Norden mit seinen Folgen für Klimawandel und biologische Vielfalt gravierende Auswirkungen für die (Über-)Lebensverhältnisse der Menschen im Süden hat, wird in den MDGs nicht berücksichtigt. Dabei sind vor allem die Menschen, die an der Armutsgrenze leben, den Folgen des Klimawandels besonders schutzlos ausgeliefert. Dennoch enthalten die MDGs keine bindenden Zielvorgaben zur Reduktion klimaschädlicher Emissionen, insbesondere CO₂, und zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien.

Und auch Gender-Aspekte bleiben im MDG-Diskurs unterbelichtet: Zwar lautet das dritte Millenniumsziel „Geschlechtergleichstellung fördern“, die daraus abgeleiteten Unterziele spiegeln die komplexen Probleme von Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung von Frauen aber nicht adäquat wider – trotz der nachträglichen Ergänzung der MDG-Liste um das Ziel des universellen Zugangs zu Leistungen der Reproduktionsmedizin.

²⁰³ UN (2009b), S. 154.

²⁰⁴ UNDP (2005), S. 91 (zitiert nach der deutschen Ausgabe des Berichts).

Die Schwächen der MDGs weisen auf grundsätzlichere Defizite des herrschenden Paradigmas von Entwicklung und gesellschaftlichem Fortschritt hin. Nach wie vor dominiert im entwicklungspolitischen Diskurs das Leitbild nachholender Entwicklung, das ökologisch und menschenrechtlich kurzfristig ist, das wirtschaftliches Wachstum mit gesellschaftlichem Fortschritt verwechselt, und das Armutsbekämpfung primär als technische Herausforderung begreift, bei der die Kategorie sozialer Gerechtigkeit keine Rolle spielt.

Vor diesem Hintergrund mehren sich in der Debatte über die Zukunft der MDGs die Stimmen, die dafür plädieren, das vorherrschende Entwicklungsparadigma und die mit ihm verbundenen Maße von Wohlstand und sozialem Fortschritt grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. Auch die Vereinten Nationen fordern in ihrem Bericht zur sozialen Lage der Welt 2010:

*„It is time to open up a discourse on poverty reduction that centers on inclusive development and the ending of social exclusion. This requires focusing on the development process as one of structural change and transformation.“*²⁰⁵

2. Zukunft der MDGs: Neue Indikatoren – neue Ziele – neue Modelle

Mit dem MDG-Gipfel 2010 haben die Diskussionen über die Zukunft der MDGs und die entwicklungspolitische Agenda nach dem Jahr 2015 an Fahrt gewonnen. Fünf Jahre haben Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nun Zeit, um darüber zu beraten, ob 2015 nicht erfüllte Ziele fortgeschrieben oder alternative Ziele definiert werden sollen – und wenn ja, welche. Oder gehört die Phase international vereinbarter Entwicklungsziele und Aktionsprogramme bald ebenso der Vergangenheit an wie die Ära sozialistischer Fünfjahrespläne?

Grundsätzlich gibt es für die Zukunft der MDGs drei Optionen:

Option 1: Ziele beibehalten – Neue Indikatoren einführen

„The future of the MDGs are the MDGs“, sagt Eveline Herfkens, ehemalige Koordinatorin der UN-Millenniumkampagne.²⁰⁶ Die Tatsache, dass es bis 2015 möglicherweise nicht gelungen ist, den Anteil der Hungernden in der Welt zu halbieren oder die Kinder- und Müttersterblichkeit zu senken, kann kein Grund sein, sich von diesen Zielen zu verabschieden. Sie bleiben auch

nach dem Jahr 2015 relevant. Für die Regierungen hieße das, die Ziele beizubehalten und die Frist für ihre Umsetzung um zehn oder 15 Jahre zu verlängern.

Neue Ziele würden nicht in den MDG-Katalog aufgenommen, um seine Übersichtlichkeit und die damit verbundene Medientauglichkeit und politische Kommunizierbarkeit nicht zu gefährden. Sinnvoll wäre allerdings, die bislang 60 Indikatoren, mit denen die Umsetzung der MDGs gemessen wird, durch aussagekräftigere Indikatoren zu ergänzen. MDG 1 könnte beispielsweise einen zusätzlichen Indikator erhalten, der die Einkommensverteilung in einem Land misst (z.B. Gini-Koeffizient). Die Gleichstellung der Geschlechter (MDG 3) könnte durch ein detailliertes Set von Indikatoren gemessen werden, wie es zum Beispiel im Social Watch-Index zur Gleichstellung der Geschlechter (*Gender Equity Index*) zusammengefasst wird.²⁰⁷ Für MDG 7 (Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit) könnten die Regierungen auf die langjährigen Erfahrungen der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) zurückgreifen, dessen Sekretariat 2007 eine Liste von 96 Nachhaltigkeitsindikatoren inkl. einer ausführlichen Methodik zu ihrer Anwendung veröffentlicht hat.²⁰⁸

Option 2: Ziele beibehalten – neue Ziele einführen

Das Kernset der MDGs im Bereich der Armutsreduzierung und sozialen Entwicklung bleibt auch nach 2015 relevant. Es würde aber ergänzt durch zusätzliche Ziele bzw. Unterziele, die die Lücken im bisherigen MDG-Katalog ausfüllen und den Menschenrechtsbezug der Ziele konkretisieren.

So könnte MDG 1 um das zusätzliche Unterziel „soziale Grundsicherung für Alle“ gemäß des ILO-Konzepts der globalen sozialen Grundsicherung (*Global Social Protection Floor*) ergänzt werden.²⁰⁹ Entsprechend der vier Eckpfeiler dieses Konzepts, könnte die Verwirklichung dieses Ziels u.a. mit folgenden vier Indikatoren gemessen werden:

- » Anteil der Menschen, die Zugang zu kostengünstiger öffentlicher Gesundheitsversorgung haben.
- » Anteil der Kinder, die eine garantierte staatliche Mindestzuwendung erhalten.
- » Anteil der alten Menschen und Menschen mit Behinderungen, die eine existenzsichernde staatliche Grundrente erhalten.

²⁰⁵ UN (2009b), S. 156.

²⁰⁶ Herfkens in einer Rede anlässlich der Internationalen Konferenz „Beyond Crisis – The Future of Global Order(s)“ am 2. Juli 2010 in Bonn.

²⁰⁷ Vgl. www.socialwatch.org/taxonomy/term/527. Einen noch umfassenderen Vorschlag für Indikatoren zur Messung von Geschlechtergerechtigkeit hat die Gender-Arbeitsgruppe des UN-Millenniumprojekts entwickelt, vgl. Martens (2007), S. 49.

²⁰⁸ Vgl. UN (2007) sowie die Website der UN zu Nachhaltigkeitsindikatoren www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_ind/ind_csdindi.shtml.

²⁰⁹ Vgl. dazu z.B. Ehmke/Skaletz (2009), S. 5f.

- » Anteil der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, die in Armut leben, die eine garantierte staatliche Unterstützung erhalten.

MDG 2 könnte ergänzt werden durch die Ziele der UNESCO-Kampagne „Bildung für Alle“, von deren sechs Zielen bislang lediglich zwei im MDG-Katalog enthalten sind (Grundbildung für alle Kinder und Abbau der Geschlechterdisparitäten). Die sechs Ziele lauten:²¹⁰

- » Ziel 1: Die frühkindliche Bildung soll ausgebaut und verbessert werden, insbesondere für benachteiligte Kinder.
- » Ziel 2: Bis 2015 sollen alle Kinder – insbesondere Mädchen, Kinder in schwierigen Lebensumständen und Kinder, die zu ethnischen Minderheiten gehören – Zugang zu unentgeltlicher, obligatorischer und qualitativ hochwertiger Grundschulbildung erhalten und diese auch abschließen.
- » Ziel 3: Die Lernbedürfnisse von Jugendlichen und Erwachsenen sollen durch Zugang zu Lernangeboten und Training von Basisqualifikationen (*life skills*) abgesichert werden.
- » Ziel 4: Die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen, besonders unter Frauen, soll bis 2015 um 50 Prozent erhöht werden. Der Zugang von Erwachsenen zu Grund- und Weiterbildung soll gesichert werden.
- » Ziel 5: Bis 2005 soll das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarbildung überwunden werden. Bis 2015 soll Gleichberechtigung der Geschlechter im gesamten Bildungsbereich erreicht werden, wobei ein Schwerpunkt auf der Verbesserung der Lernchancen für Mädchen liegen muss.
- » Ziel 6: Die Qualität von Bildung muss verbessert werden.

Auch das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter (MDG 3) könnte als ein erster Schritt um bereits beschlossene Ziele ergänzt und ggf. um überprüfbare Indikatoren und Zeitziele erweitert werden. Dazu zählen insbesondere folgende beim Weltgipfel 2005 vereinbarten Ziele:²¹¹

- » Das freie und gleiche Recht der Frauen garantieren, Eigentum zu besitzen und zu erben, und sicherstellen, dass Frauen sichere Grund- und Wohnbesitzrechte haben.
- » Den gleichen Zugang von Frauen zu den Arbeitsmärkten, nachhaltiger Beschäftigung und angemessenem arbeitsrechtlichem Schutz fördern.
- » Den gleichen Zugang von Frauen zu Produktionsmitteln und -ressourcen, einschließlich Land, Krediten und Technologie, sicherstellen.
- » Alle Formen der Diskriminierung und der Gewalt gegen Frauen und Mädchen beseitigen, namentlich auch der Straßlosigkeit

keit ein Ende bereiten und den Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Mädchen, in und nach bewaffneten Konflikten in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen der Staaten nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechten gewährleisten.

- » Die größere Vertretung von Frauen in staatlichen Entscheidungsgremien fördern, namentlich auch durch die Gewährleistung ihrer Chancengleichheit bei der vollen Mitwirkung am politischen Prozess.

Besonderer Ergänzungsbedarf besteht bei den Umweltzielen unter MDG 7. Völlig fehlen hier bislang Ziele im Bereich des Klimaschutzes und der Nutzung erneuerbarer Energien. Aufgenommen werden sollten daher u.a. zeitgebundene Ziele zur Reduzierung des Prokopfausstoßes von Treibhausgasen, insb. Kohlendioxid, und zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch eines Landes. Die konkrete Ausgestaltung dieser Ziele wird vom Ausgang der Klimaverhandlungen über ein Post-Kyoto-Abkommen und des Rio+20-Gipfels der UN im Jahr 2012 abhängen. Denn es wäre unsinnig, abgekoppelt von diesen Prozessen eigene Umwelt-MDGs zu entwickeln.

Da diese Ziele aber, anders als die MDGs 1–6, sich nicht primär auf Entwicklungsprozesse im Süden konzentrieren, stellt sich die Frage, ob sie lediglich den bestehenden MDG-Katalog erweitern sollten. Als Alternative könnten die Regierungen parallel zu den MDGs ein neues Set globaler Entwicklungsziele (*Global Development Goals, GDGs*) vereinbaren, das für alle Länder gleichermaßen gültig wäre. GDGs könnten das gesamte Spektrum der Globalen Öffentlichen Güter (*Global Public Goods, GPGs*) abdecken. Im Bereich der globalen Gemeinschaftsgüter (*global commons*) zählen dazu neben dem Schutz der Erdatmosphäre und des Klimas auch der Schutz der Biodiversität, der Wälder und der Meere.

Schließlich könnten die Regierungen bei der Erweiterung des MDG-Katalogs auch auf die Schwächen von MDG 8 reagieren und messbare Zeitziele für die reichen Länder und die Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen aufnehmen. Dies betrifft auch nach dem Jahr 2015 vermutlich vor allem die Ausgestaltung des internationalen Handels- und Finanzsystems, die öffentliche Entwicklungsfinanzierung und die Auslandsverschuldung.

Welche konkreten Ziele die Regierungen im Jahr 2015 vereinbaren sollten, wird davon abhängen, inwieweit sie die bis dahin eingegangenen Zusagen erfüllt haben – und was dann noch zu tun bleibt. Denn bis 2015 soll beispielsweise der EU-Stufenplan zur Erhöhung der ODA auf 0,7 Prozent des BNE erfüllt sein; bereits bis Ende 2013 wollten die Industrieländer im

²¹⁰ Vgl. www.unesco.de/efa.html.

²¹¹ Vgl. UN Dok. A/RES/60/1 vom 16.9.2005, Pkt. 58 (www.un.org/Depts/german/gv-60/band1/ar60001.pdf).

Rahmen der Doha-Handelsrunde ihre Agrarexportsubventionen abgeschafft haben; und bereits bis 2010 sollten die Zielvorgaben der Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit erfüllt sein.

Option 3: Entwicklungsmodelle und Ziele neu definieren

Die MDGs mit ihrem begrenzten Fokus auf extreme Armut und soziale Grundversorgung sind Spiegelbild des kleinsten gemeinsamen entwicklungspolitischen Nenners, der vor zehn Jahren auf internationaler Ebene möglich war. Sie bedeuteten einen Rückschritt gegenüber umfassenderen Konzepten nachhaltiger Entwicklung, die die Gleichwertigkeit ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte von Entwicklung ebenso wie seine menschenrechtliche Fundierung betonten.

Nicht zuletzt infolge der globalen Krisen der vergangenen Jahre sind aber die Grenzen eines Entwicklungsmodells deutlich geworden, das primär auf Wirtschaftswachstum zur Bekämpfung von (Einkommens-)Armut setzt und dabei Verteilungs-, Umwelt- und Menschenrechtsaspekte unterbelichtet.

Zudem erscheint angesichts der Veränderungen in den globalen ökonomischen und politischen Kräfteverhältnissen, die sich im Bedeutungszuwachs Chinas besonders deutlich zeigen, die Zweiteilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer bzw. in einen reichen Norden und armen Süden mehr und mehr anachronistisch. Damit stellt sich aber auch die Frage nach dem Sinn global formulierter Entwicklungsziele, die hauptsächlich für eine eng begrenzte Gruppe „armer“ Länder relevant sind.

Vor diesem Hintergrund würde die bloße Erweiterung der MDGs um ein paar zusätzliche Ziele und Indikatoren zu kurz greifen. Notwendig wären vielmehr ein grundsätzliches Überdenken der vorherrschenden Entwicklungskonzepte und die Auseinandersetzung mit alternativen Modellen und Indikatoren für Entwicklung und gesellschaftlichen Fortschritt. Eine solche Auseinandersetzung bliebe nicht auf die Veränderungsprozesse in den traditionellen Entwicklungsländern beschränkt sondern beträfe alle Länder der Erde gleichermaßen. Sie könnte sich zurückbesinnen auf die Diskurse rund um die Weltgipfel über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro und soziale Entwicklung in Kopenhagen, bei denen Nachhaltigkeit, Armut, Beschäftigung und soziale Integration nicht als Angelegenheiten der Entwicklungsländer sondern der gesamten Weltgemeinschaft angesehen wurden.

Ergebnis einer solchen Auseinandersetzung könnte die Verständigung über Kernelemente eines neuen Paradigmas von

Entwicklung, Wohlbefinden (*well-being*) und sozialem Fortschritt sein, das universelle Gültigkeit hat, aber zugleich die spezifischen Rahmenbedingungen der einzelnen Länder berücksichtigt. Auf dieser Grundlage könnten dann ggf. neue, differenzierte Ziele und Indikatoren formuliert werden, die nach 2015 an die Stelle der bisherigen MDGs treten.

Ein solcher Prozess des Überdenkens der herkömmlichen Entwicklungsmodelle muss keineswegs bei Null anfangen. Er kann vielmehr auf den diversen Projekten und Diskursen der jüngsten Vergangenheit aufbauen, die sich mit alternativen Wohlstandsmaßen, innovativen Indices für Glück und Wohlbefinden sowie ganzheitlichen Konzepten des „guten Lebens“ (*Buen Vivir*) befassen.

3. Projekte „alternativer“ Wohlstandsmessung und Entwicklungskonzepte

„We are all in need of a redefinition of our goals, or new development strategies, or new lifestyles, including more modest patterns of consumption among the rich.“²¹²

Mit diesem Appell wandten sich Sozial-, Natur- und Wirtschaftswissenschaftler aus aller Welt bei einem Symposium im mexikanischen Cocoyoc an die Weltöffentlichkeit – im Oktober 1974. Die Cocoyoc-Erklärung gilt seitdem als Schlüsseldokument alternativer Entwicklungsideen. Sie verknüpfte erstmals ökologische und soziale Aspekte gesellschaftlicher Entwicklung und forderte die Neudefinition von Entwicklungszielen jenseits der Kategorien wirtschaftlichen Wachstums.

Ähnlich argumentierte ein Jahr später der Dag-Hammarskjöld-Bericht über Entwicklung und Internationale Zusammenarbeit unter dem programmatischen Titel *„What now: Another Development.“* Für die mehr als 100 Wissenschaftler und Entwicklungspolitiker, unter ihnen der heutige ILO-Generaldirektor Juan Somavia, ließ sich bereits damals der Entwicklungsbegriff nicht auf die Steigerung des Wirtschaftswachstums reduzieren:

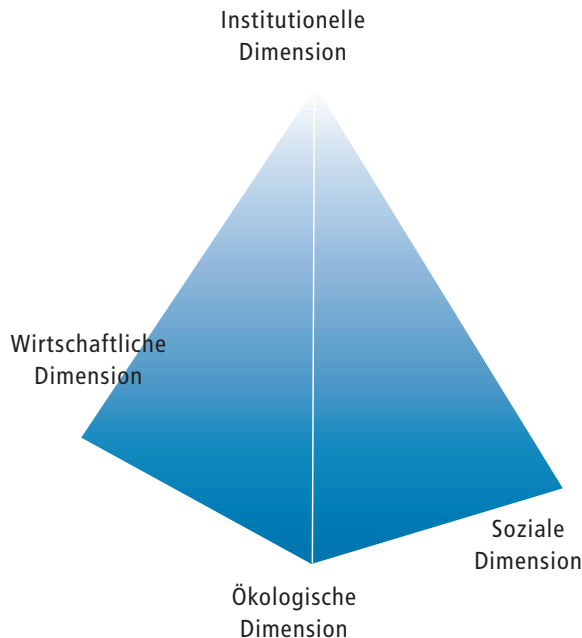
„Development is a whole; it is an integral, value-loaded, cultural process; it encompasses the natural environment, social relations, education, production, consumption and well-being. The plurality of roads to development answers to the specificity of cultural or natural situations; no universal formula exists.“²¹³

²¹² Zitiert nach: www.unep.org/Geo/geo3/english/045.htm.

²¹³ Dag Hammarskjöld Foundation (1975), S. 7.

GRAFIK 12

Die vier Dimensionen nachhaltiger Entwicklung



KASTEN 4

Der UNDP-Index über menschliche Armut (HPI)

Die Indikatoren des HPI für Entwicklungsländer (HPI-1):

- » **Lebenserwartung:** Wahrscheinlichkeit, vor dem 40. Lebensjahr zu sterben.
- » **Bildung:** Prozentsatz der Analphabeten an der erwachsenen Bevölkerung.
- » **Gesundheit:** Anteil der unterernährten Kinder unter fünf Jahre; Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Die Indikatoren des HPI für OECD-Länder (HPI-2):

- » **Lebenserwartung:** Wahrscheinlichkeit, vor dem 60. Lebensjahr zu sterben.
- » **Bildung:** Prozentsatz der funktionalen Analphabeten an der erwachsenen Bevölkerung.
- » **Relative Einkommensarmut:** Prozentsatz der Menschen, deren verfügbares Einkommen weniger als 50 Prozent des Medians beträgt.
- » **Soziale Ausgrenzung:** Prozentsatz der Langzeitarbeitslosen (12 Monate und länger).

Diese Überlegungen bildeten die Grundlage für die Konzepte, die später mit dem Bericht der Brundtland-Kommission 1987 und der Rio-Konferenz 1992 unter dem Schlagwort *sustainable development* populär wurden. Im Kern versuchte der Ansatz von Rio den ganzheitlichen Charakter von Entwicklung zu betonen, indem er die Ziele ökologischer Tragfähigkeit, sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Effizienz sowie gesellschaftlicher Teilhabe und Demokratie miteinander verband (vgl. Grafik 12). Eine Hauptursache der globalen Probleme wurde in den nicht nachhaltigen Produktions- und Konsumformen der reichen Länder gesehen. Daraus folgte das in der Rio-Erklärung verankerte Prinzip der „gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung“ (*common but differentiated responsibility*) für die Erhaltung der Ökosysteme der Erde. Es begründete erstmals in der Geschichte für die Industrieländer eine völkerrechtliche Verpflichtung zu Kompensationsleistungen und Ressourcentransfer.

In den Auseinandersetzungen über zukünftige Entwicklungsziele und -konzepte jenseits der MDGs muss das Rad also keineswegs neu erfunden werden. Als erster Schritt wäre es wichtig, sich auf die – bemerkenswert aktuellen – Ideen und Leitbilder umfassender Entwicklung zurückzubedenken, die in den vergangenen Dekaden formuliert wurden.

Anhaltspunkte können darüber hinaus auch Definitionen des Entwicklungsbegriffs liefern, die im Umfeld der Vereinten Nationen vorgenommen wurden. Erwähnenswert ist insbesondere die Erklärung über das Recht auf Entwicklung von 1986, da sie als zwischenstaatliches Dokument besondere normative Bedeutung hat. Nach der Definition dieser Erklärung ist

„(...) Entwicklung ein umfassender wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Prozess (...), der die ständige Steigerung des Wohls der gesamten Bevölkerung und aller Einzelpersonen auf der Grundlage ihrer aktiven, freien und sinnvollen Teilhabe am Entwicklungsprozess und an der gerechten Verteilung der daraus erwachsenden Vorteile zum Ziel hat (...).“²¹⁴

Mit dieser Erklärung stellten die Regierungen bereits vor fast 25 Jahren eine enge Beziehung zwischen den sozioökonomischen Aspekten von Entwicklung und dem Schutz der politischen und bürgerlichen wie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte her – und begründeten damit den rechtsbasierten Entwicklungsansatz.

²¹⁴ UN Dok. A/RES/41/128 vom 4. Dezember 1986 (www.un.org/documents/ga/res/41/a41r128.htm).

Eine Vorreiterfunktion in den Überlegungen über einen erweiterten Entwicklungsbegriff hatte der UNDP-Bericht über menschliche Entwicklung. Er propagiert seit 1990 ein erweitertes Verständnis von „menschlicher“ Entwicklung, das auf den *capability*-Ansätzen des Wirtschaftsnobelpreisträgers Amartya Sen beruht. Anlässlich des zwanzigsten Geburtstags des Berichts überprüften seine Autoren die bisherige Entwicklungsdefinition und einigten sich auf folgende aktualisierte Version:

*„Human Development aims to expand people’s freedoms – the worthwhile capabilities people value – and to empower people to engage actively in development processes, on a shared planet. And it seeks to do so in ways that appropriately advance equity, efficiency, sustainability and other key principles. People are both the beneficiaries and the agents of long term, equitable human development, both as individuals and as groups. Hence Human Development is development by the people of the people and for the people.“*²¹⁵

Kernelemente des Berichts waren bisher der Index über menschliche Entwicklung (*Human Development Index, HDI*) und der seit 1996 veröffentlichte Index über menschliche Armut (*Human Poverty Index, HPI*). Der Armutsindex war aus zwei Gründen ein Novum: Zum einen kam er als Maß der Armut in den Entwicklungsländern erstmals ohne den Indikator der Einkommensarmut aus, zum anderen präsentierte UNDP mit ihm erstmals auch einen Armutsindex für die reichen (OECD-)Länder (vgl. Kasten 4).

In einer Zeit, in der die Grenzen zwischen armen Entwicklungsländern und reichen Industrieländern immer mehr verschwimmen, wird die Anwendung von Doppelstandards für diese Ländergruppen allerdings zunehmend problematisch.

Der UN-Bericht zur sozialen Lage in der Welt 2010 weist zudem darauf hin, dass trotz aller Bemühungen von UNDP und Anderen im politischen Diskurs mit Blick auf die Entwicklungsländer weiterhin Armut überwiegend als Einkommensarmut definiert wird. In den Ländern des Nordens hat sich die Armutsdefinition dagegen mehrfach gewandelt und ist zunehmend differenzierter geworden. Der Bericht stellt fest:

„It is clear that these shifts of focus in discourse and practice—from absolute poverty to relative poverty, from income poverty to dimensional analysis, from poverty to well-being, and then to social exclusion—have profoundly altered the way deprivation is

*conceptualized, defined, measured, analysed, addressed and monitored. In contrast, in developing countries, the field is still dominated by a definition of absolute poverty in terms of income.“*²¹⁶

Diese Feststellung weist darauf hin, dass die Diskurse über Armut, Entwicklung und sozialen Fortschritt in der nördlichen und südlichen Hemisphäre bislang zumeist getrennt voneinander und von unterschiedlichen Akteuren geführt werden. Armut in Nord und Süd werden als separate Phänomene angesehen, die mit unterschiedlichen Indikatoren gemessen und mit unterschiedlichen Konzepten analysiert werden. Beim Weltsozialgipfel in Kopenhagen 1995 machten die Regierungen eine Ausnahme, indem sie damals Armut als universelles Phänomen beschrieben, das in vielfältigen Erscheinungsformen aufträte und Menschen weltweit beträfe.

Der Begriff der Entwicklung wird traditionell nur für gesellschaftliche und ökonomische Veränderungsprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika verwendet und erhielt seinen Sinn erst durch die „Erfindung“ der Unterentwicklung in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts.²¹⁷ Dementsprechend wurden Entwicklungsziele wie die MDGs auch nur für diese Länder formuliert. Die Ausnahme bildete das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Es wurde auch auf die Gesellschaften im Norden angewendet, beispielsweise mit dem Report „Zukunftsfähiges Deutschland“.²¹⁸

Der Nachhaltigkeitsdiskurs bildete auch den Ausgangspunkt für die wachsende Kritik an den herkömmlichen Maßen für Wohlstand und Fortschritt – allen voran dem Wachstum des Brutto sozialprodukts bzw. (seit 1999) des Bruttonationaleinkommens. Es setzte sich immer mehr die Einsicht durch, dass diese Indikatoren keineswegs automatisch ein hinreichendes Maß gesellschaftlichen Fortschritts darstellten. Im Gegenteil: Nicht selten bestehen Zielkonflikte zwischen wirtschaftlichem Wachstum und sozialem Fortschritt bzw. ökologischer Tragfähigkeit. Eine Massenkarambolage auf der Autobahn erhöht in der Folge die Nachfrage nach neuen Autos und damit das Wirtschaftswachstum – aber wohl kaum das individuelle Wohlbefinden der Betroffenen.

²¹⁵ Alkire (2010), S. 40.

²¹⁶ UN (2009b), S. 45.

²¹⁷ Als historisches Datum wird in diesem Zusammenhang häufig die Rede von Harry S. Truman zum Antritt seiner zweiten Amtszeit als US-Präsident am 20. Januar 1949 genannt (vgl. http://avalon.law.yale.edu/20th_century/truman.asp); vgl. dazu den hervorragenden Artikel von Gustavo Esteva zum Begriff „Entwicklung“ in Sachs (1993).

²¹⁸ Vgl. BUND/Misereor (Hrsg.) (1996).

Obwohl diese Problematik im Zuge der Ökologisierung der Wirtschaftswissenschaften bereits seit Jahrzehnten diskutiert wird, hat sie erst in jüngster Vergangenheit den Mainstream-Diskurs in Politik und Wissenschaft erreicht. Innerhalb weniger Jahre haben sich eine Vielzahl dynamischer Diskussionsprozesse entwickelt, die sich mit alternativen Wohlstandsmodellen und Fortschrittsindikatoren befassen. Sie können dazu beitragen, die bisherige Spaltung im Diskurs über Entwicklungskonzepte und -indikatoren zwischen Nord und Süd zu überwinden, und damit möglicherweise auch zu einer neuen Generation universeller Entwicklungsziele jenseits der MDGs führen, die nicht allein für die armen Länder des Südens relevant sind.

Exemplarisch für die Bandbreite dieser Ansätze sind drei „Projekte“, die sich aus unterschiedlicher Perspektive mit alternativen Wohlstandsmaßen und Entwicklungsmodellen befassen:

- » Die Kommission zur Messung wirtschaftlicher Leistung und sozialen Fortschritts unter Leitung des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz.
- » Der von der britischen New Economics Foundation entwickelte Happy Planet Index.
- » Das in Lateinamerika entstandene Prinzip des *Buen Vivir* (gutes Leben), das mittlerweile als alternatives Entwicklungskonzept in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens verankert ist.

Diese Projekte unterscheiden sich in der sozialen Herkunft ihrer Protagonisten, in ihrer Zielsetzung und den Resultaten ihrer bisherigen Aktivitäten. Und doch ist ihnen bei aller Unterschiedlichkeit die Suche nach besseren Maßen und Modellen für gesellschaftlichen Wandel und individuelles Wohlbefinden gemein.

Wie Nobelpreisträger sozialen Fortschritt messen: Der Report der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission

Im Februar 2008 ergriff der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Initiative zur Gründung einer internationalen Kommission, die sich mit der Messung wirtschaftlicher Leistung und sozialen Fortschritts befassen sollte. Den Vorsitz der 25-köpfigen *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* übernahm Joseph Stiglitz, als Chefberater fungierte Amartya Sen, Koordinator der Kommission wurde Jean-Paul Fitoussi.²¹⁹ Unter den Mitgliedern der Kommission waren renommierte Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger wie Kenneth Arrow, Nick Stern und Kemal Dervis.

Ausgangspunkt für die Arbeit der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission war die Unzufriedenheit mit den klassischen Maßen für wirtschaftliche Leistung und Fortschritt, allen voran dem Indikator Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Unzufriedenheit war beim Gründer der Kommission möglicherweise auch politisch motiviert: Solange wirtschaftspolitische Fortschritte hauptsächlich am Wachstum des BIP gemessen werden, können Politiker ihrer Bevölkerung chronisch niedrige Wachstumsraten immer schwerer als Erfolg „verkaufen“. Das gilt umso mehr angesichts zweistelliger Wachstumsraten in China.

Vor diesem Hintergrund sollte die Kommission die Grenzen des BIP als Fortschrittsindikator untersuchen, die Machbarkeit alternativer Maße prüfen und klären, welche statistischen Informationen zur Produktion relevanterer Indikatoren sozialen Fortschritts benötigt würden.

Die Kommission gliederte ihre Arbeit in drei Themenblöcke: Klassische BIP-Themen, Lebensqualität sowie nachhaltige Entwicklung und Umwelt. Diese Dreiteilung spiegelt sich auch im knapp 300-seitigen Abschlussbericht der Kommission wider, der im September 2009 veröffentlicht wurde.²²⁰

Die Autoren machen zu Beginn deutlich, dass der Report sich zwar an politische Entscheidungsträger richtet, aber keine Vorschläge für konkrete politische Maßnahmen enthält:

*„The report is about measurement rather than policies (...).“*²²¹

Dennoch ist die Frage, was gemessen werden soll, eng mit den Zielen, die eine Gesellschaft definiert, verbunden. Und je nach dem, welche Ziele definiert werden, ziehen sie unterschiedliche politische Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung nach sich. So gesehen gibt es keine „unpolitischen“ Fortschrittsindikatoren.

Die zentrale Botschaft des Reports lautet:

*„(...) the time is ripe for our measurement system to shift emphasis from measuring economic production to measuring people's well-being.“*²²²

Das BIP sei als Maß des Wohlbefindens völlig ungeeignet. Die Autoren ziehen daraus jedoch nicht die Konsequenz, konkrete Vorschläge für alternative Indikatoren zu präsentieren. Ihre

²¹⁹ Vgl. www.stiglitz-sen-fitoussi.fr.

²²⁰ Vgl. Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (2009).

²²¹ Ebd., S. 9.

²²² Ebd., S. 12.

Empfehlungen skizzieren eher Kriterien, die bei der Formulierung neuer Indikatoren berücksichtigt werden sollten. Stiglitz und seine Kollegen fassen die Kernaussagen des Reports zu folgenden zwölf allgemeinen Empfehlungen zusammen:²²³

1. Bei der Beurteilung materiellen Wohlbefindens sollte man eher auf Einkommen und Konsum als auf die wirtschaftliche Produktion achten.
2. Zur Beurteilung des Lebensstandards sollte sich der Blick stärker auf das Haushaltseinkommen als auf das BIP richten.
3. Einkommen und Konsum sollten gemeinsam mit dem Vermögen betrachtet werden.
4. Die Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen sollte stärker berücksichtigt werden.
5. Einkommensmaße sollten sich auch auf Aktivitäten außerhalb des Marktes erstrecken.
6. Lebensqualität ist abhängig von objektiven Lebensbedingungen und -chancen (*capabilities*). Es sollte daher Schritte ergriffen werden, um die Maße für Gesundheit, Bildung, persönliche Aktivitäten und Umweltbedingungen zu verbessern. Vor allem notwendig sind robuste und zuverlässige Maße für Sozialbeziehungen, politische Mitsprache und Unsicherheit.
7. Indikatoren für Lebensqualität sollten Ungleichheit in umfassender Weise mitberücksichtigen.
8. Es sollten Umfragen entwickelt werden, die die Wechselbeziehungen der unterschiedlichen Bereiche von Lebensqualität für einzelne Personen untersuchen.
9. Statistikbehörden sollten die benötigten Informationen bereitstellen, um hochaggregierte Indices für Lebensqualität (vergleichbar dem Human Development Index) entwickeln zu können.
10. Sowohl Maße des objektiven als auch des subjektiven Wohlbefindens liefern Schlüsselinformationen über die Lebensqualität der Menschen. Statistikbehörden sollten in ihren Umfragen beide Bereiche berücksichtigen.
11. Nachhaltigkeitsuntersuchungen erfordern ein wohl-definiertes Set von Indikatoren, die als Varianten von zugrunde liegenden Bestandsgrößen interpretiert werden können. Die Kombination von Aspekten des Wohlbefindens und der Nachhaltigkeit in einem einzigen Indikator kann daher irreführend sein.
12. Die Umweltaspekte von Nachhaltigkeit erfordern die Weiterarbeit an einem speziellen Set von Indikatoren. Notwendig wäre insbesondere ein klarer Indikator, der die Entfernung bis zu einem (lebens-)gefährlichen Niveau ökologischer Schäden misst (z.B. beim Klimawandel oder dem Raubbau an Fischbeständen).

Diese zum Teil recht allgemeinen Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission haben eher den Charakter einer Problemanzeige als einer Problemlösung. Die Kommissionsmitglieder machen an verschiedenen Stellen des Berichts deutlich, dass sie keineswegs immer einer Meinung waren und weitere Diskussionen unter ihnen und mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf nationaler und internationaler Ebene notwendig seien. Folgerichtig enden sie mit der bescheidenen Feststellung:

*„The Commission regards its report as opening a discussion rather than closing it.“*²²⁴

Glück kostet nicht die Welt: Der Happy Planet Index

Bereits im Jahr 2006 präsentierte die New Economics Foundation (NEF), ein regierungsunabhängiger *think tank* in London, mit dem Happy Planet Index (HPI) einen radikalen Gegenentwurf zum Wohlstandsindikator BIP. Er schließt, nicht nur in seinem Namen, bewusst an ähnliche Initiativen der Messung gesellschaftlichen Wohlergehens an. Das prominenteste Beispiel ist die Idee des „Bruttonationalglücks“ (*Gross National Happiness*), die der König von Bhutan bereits in den 1970er Jahren entwickelt hat.²²⁵

Im Jahr 2009 veröffentlichte die NEF in einem zweiten Report eine überarbeitete „2.0“-Version des Index. Darin umschreiben die Autoren den Zweck des HPI folgendermaßen:

*„In an age of uncertainty, society globally needs a new compass to set it on a path of real progress. The Happy Planet Index (HPI) provides that compass by measuring what truly matters to us – our well-being in terms of long, happy and meaningful lives – and what matters to the planet – our rate of resource consumption.“*²²⁶

Dementsprechend setzt sich der Happy Planet Index aus drei Elementen zusammen:

- » **Lebenserwartung**, gemessen in der durchschnittlichen Lebenserwartung bei der Geburt.
- » **Lebenszufriedenheit**, ermittelt überwiegend auf Grundlage einer globalen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup (Gallup World Poll), bei der die Befragten auf einer Notenskala von 0 bis 10 die Frage beantworten sollten: *„All things considered, how satisfied are you with your life as a whole these days?“*

²²³ Ebd., S. 12ff.

²²⁴ Ebd., S. 18.

²²⁵ Vgl. www.grossnationalhappiness.com.

²²⁶ New Economic Foundation (2009), S. 3.

» **Ökologischer Fußabdruck**, d.h. der Ressourcenverbrauch umgerechnet in Flächenverbrauch pro Kopf, ausgedrückt in „globalen Hektars“.²²⁷

Der Index kombiniert also Indikatoren der Nachhaltigkeit und der subjektiven Lebensqualität – und macht damit genau das, was die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission aus methodischen Gründen ablehnt. Auf Grundlage der drei Elemente wird der Index mit folgender Basisgleichung gebildet:²²⁸

$$\text{HPI} = \frac{\text{Lebenserwartung} \times \text{Lebenszufriedenheit}}{\text{Ökologischer Fußabdruck}}$$

Im Jahr 2009 wurde der HPI für 143 Länder der Erde ermittelt. Platz 1 belegt Costa Rica, gefolgt von der Dominikanischen Republik, Jamaika, Guatemala und Vietnam. Schlusslichter sind Burundi, Namibia, Botswana, Tansania und Simbabwe. China kam auf Rang 20, Deutschland auf Rang 51 und die USA auf Rang 114.²²⁹ Auffällig ist der hohe Anteil mittelamerikanischer und karibischer Staaten in der Spitzengruppe. Unter den Top 10 sind allein sieben Länder aus dieser Region. Sie kombinieren eine vergleichsweise hohe Lebenszufriedenheit mit einem vergleichsweise niedrigen ökologischen Fußabdruck.

Die Ergebnisse zeigen, dass Länder mit einem hohen materiellen Lebensstandard, gemessen am klassischen Pro-Kopf-Einkommen, keineswegs oben auf der Liste landen. Die Botschaft, die NEF daraus ableitet, lautet: Ein gleichermaßen glückliches wie umweltgerechtes Leben muss nicht die Welt kosten.

Der Vergleich einzelner Länderpaare zeigt allerdings unmittelbar, wo die Schwächen des Index liegen: Der Irak (Rang 79) liegt vor Norwegen (88); Weißrussland (104) vor Dänemark (105); und der Sudan (121) vor Luxemburg (122). Dies ist nur möglich, weil der Index Kategorien wie die Menschenrechte sowie kulturelle und politische Freiheiten völlig außer Acht lässt. Auch die Methode, die individuelle Lebenszufriedenheit mit einer einzigen Frage im Rahmen einer weltweit einheitlichen Meinungsumfrage zu ermitteln, ist heftig umstritten.

Schließlich räumen die Erfinder des HPI selbst ein, dass sein Name irreführend ist. Der Index ist kein Maß des Glücks der Menschen, sondern misst vielmehr, wie umwelteffizient das Wohl der Bevölkerung in einem Land verwirklicht wird.

Dennoch hat der HPI eine wichtige Vorreiterrolle gespielt und politische Denkanstöße gegeben. Er beeinflusste Diskussionen auf Ebene der OECD, insbesondere ihres globalen Projekts „*Measuring the Progress of Societies*“²³⁰, und die Initiative der Europäischen Kommission „*Beyond GDP*“.²³¹ Interessant ist der Ansatz des HPI auch deswegen, weil er für alle Länder der Welt anwendbar und aussagekräftig ist – anders als die klassischen Armuts- und Entwicklungsindizes.

Die Einfachheit des Index macht ihn leicht gegenüber Politik und Medien kommunizierbar, birgt aber auch die Gefahr von Fehlinterpretationen und irreführenden Schlussfolgerungen. Welche politischen Schlussfolgerungen sollten aus dem Fakt gezogen werden, dass Deutschland im HPI-Ranking weit hinter Kuba, Saudi Arabien oder Birma liegt?

Eine differenziertere Alternative bietet möglicherweise der neue Gross National Happiness Index (GNH-Index), der im Königreich Bhutan entwickelt wurde.²³² Er setzt sich aus einem umfassenden Set von Indikatoren aus folgenden neun Bereichen zusammen:

1. Psychologisches Wohlbefinden; 2. Zeitnutzung; 3. Lebendigkeit der Gemeinschaft; 4. Kultur; 5. Gesundheit; 6. Bildung; 7. Umweltvielfalt; 8. Lebensstandard; 9. Regierungsführung.

Das „Bruttonationalglück“ wurde im Juli 2008 als Ziel in der neuen Verfassung Bhutans verankert – eine Tatsache, die dieses Konzept mit den lateinamerikanischen *Buen Vivir*-Ansätzen verbindet.

***Buen Vivir* für Alle statt *Dolce Vita* für Wenige**

Mit den politischen Umbrüchen in Lateinamerika hat in den letzten Jahren ein Leitbild von gesellschaftlicher Entwicklung an Bedeutung gewonnen, das mit dem Begriff des *Buen Vivir* (gute Leben) verbunden ist. Dabei handelt es sich weniger um ein Entwicklungskonzept als vielmehr um eine ganzheitliche Lebensphilosophie, die ihren Ursprung in der Weltanschauung der indigenen Völker des Andenraumes hat.

²²⁷ Das Konzept des „Ökologischen Fußabdrucks“ wurde von den Wissenschaftlern Mathis Wackernagel und William Rees entwickelt, s. www.footprintnetwork.org.

²²⁸ Tatsächlich sind die Berechnungsverfahren etwas komplizierter; vgl. dazu die methodologischen Anhänge in New Economics Foundation (2009), S. 52ff.

²²⁹ Vgl. dazu die ausführliche interaktive Weltkarte unter www.happyplanetindex.org/explore/global.

²³⁰ Vgl. www.oecd.org/progress

²³¹ Vgl. www.beyond-gdp.eu/ sowie Europäische Kommission (2009).

²³² Vgl. www.grossnationalhappiness.com. Die Autoren des GNH-Index beziehen sich auf die Arbeiten von Sabine Alkire von der Universität Oxford, die auch maßgeblich an der Entwicklung des neuen Multidimensionalen Armutsindex von UNDP beteiligt war.

Das Prinzip des *Buen Vivir* verfolgt das Ziel der materiellen, sozialen und spirituellen Zufriedenheit aller Mitglieder einer Gesellschaft, jedoch nicht auf Kosten der übrigen Mitglieder und der natürlichen Lebensgrundlagen. Es grenzt sich damit von einem rein materialistischen Wohlstandsbegriff westlicher Prägung ab.

Wichtiger Vordenker des *Buen Vivir*-Prinzips ist der ecuadorianische Ökonom Alberto Acosta. Er war 2007/2008 Energieminister und Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung seines Landes. Acosta stellt klar, dass der *Buen Vivir*-Ansatz keineswegs eine Romantisierung indigener Lebensverhältnisse oder gar eine Rückkehr in die Steinzeit bedeute.²³³ Die Modernisierung der Gesellschaft und der Wert technologischen Fortschritts würden keineswegs negiert. Das *Buen Vivir*-Konzept bricht jedoch mit der Vorstellung, dass Entwicklung ein linearer Prozess von einem Ausgangspunkt A zu einem späteren Zustand B sei. Konsequenterweise teilt das Konzept auch nicht die Vorstellung von „Unterentwicklung“, die überwunden werden müsse. Sozialer Fortschritt sei vielmehr ein Prozess, der sich ständig neu konstruiert und reproduziert.

Aus dem *Buen Vivir*-Ansatz leitet sich unmittelbar ein (Menschen-)Rechtsanspruch gegenüber dem Staat ab. Acosta fasst diesen Anspruch folgendermaßen zusammen:

„Alle haben das gleiche Recht auf ein würdevolles Leben, das Gesundheit, Nahrung, Unterkunft, eine gesunde Umwelt, Bildung, Arbeit und Freizeit sowie soziale Sicherheit einschließt.“

Zugleich begründet das Prinzip von *Buen Vivir* das Konzept der Natur als Rechtssubjekt, und befreit sie damit aus der Rolle eines Eigentumsobjekts.²³⁴

Diese Ideen sind keineswegs weltfremde Visionen sondern haben mittlerweile politische Relevanz erlangt. Das „Regime des guten Lebens“ wurde 2008 als Staatsziel in die neue Verfassung von Ecuador aufgenommen und wird darin mehr als zwanzig Mal erwähnt. 2009 wurde das Prinzip in der neuen Verfassung Boliviens unter der Überschrift „Werte und Ziele des Staates“ verankert (Art. 8).

Die Tagespolitik Ecuadors und Boliviens zeigt jedoch, dass die Aufwertung von *Buen Vivir* zum Verfassungsziel noch nichts über seine praktische Umsetzung sagt. Das Konzept ist innerhalb der Gesellschaften nicht unumstritten. Weiterhin besteht ein Zielkonflikt zwischen dem Leitbild einer solidarischen

Gesellschaft und der Rechtssubjektivität der Natur auf der einen Seite und dem Bestreben nach Ausbeutung der heimischen Bodenschätze, insbesondere der Öl- und Gasvorkommen, auf der anderen Seite.

Um das Prinzip des *Buen Vivir* in die Praxis umzusetzen und operationalisierbar zu machen, müsste es in messbare Ziele und Indikatoren übersetzt werden, aus denen sich politische Strategien ableiten lassen. In Ecuador sollen zu diesem Zweck nun eigene Indikatoren entwickelt werden. Das Dilemma besteht allerdings darin, dass *Buen Vivir* den klassischen linearen Entwicklungsbegriff ja ausdrücklich ablehnt und es deswegen inkonsequent wäre, „Entwicklungs“-Ziele und die entsprechenden Indikatoren zu definieren. Die Alternative könnte angesichts des starken Rechtsbezugs des Konzepts darin bestehen, „Menschenrechts“-Ziele zu formulieren. Dies könnte auch Vorbildfunktion für die Weiterentwicklung der MDGs haben. Aus MDGs könnte so HRGs (Human Rights Goals) werden.

²³³ Vgl. hierzu und zum Folgenden Acosta (2009) und (2010).

²³⁴ Acosta (2010), S. 7.

4. Ausblick

Es ist kein Zufall, dass gerade in den letzten Jahren zahlreiche Projekte und Initiativen entstanden sind, die sich mit alternativen Entwicklungskonzepten und Wohlstandsmodellen befassen. Sie sind eine Antwort auf die Grenzen und Unzulänglichkeiten des vorherrschenden Entwicklungsparadigmas, dessen zentrale Zielgrößen weiterhin die Bekämpfung der Einkommensarmut und das Wachstum der wirtschaftlichen Produktion bilden.

Der Suchprozess über alternative Maße und Modelle gesellschaftlichen Fortschritts ist in vollem Gange und entwickelt sich dynamisch weiter. So veröffentlicht UNDP in seinem Bericht über die menschliche Entwicklung im Oktober 2010 erstmals einen neuen umfassenden Armutsindex, den *Multidimensional Poverty Index*, der die Lebenssituation der Menschen mit Hilfe einer Kombination sozialer und ökonomischer Indikatoren besser widerspiegeln soll, als es die bisherigen Indizes taten.²³⁵

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat im August 2010 ein neues *High-Level Panel on Global Sustainability* unter dem Vorsitz der finnischen Präsidentin Tarja Halonen und des südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma ins Leben gerufen, das sich angesichts des drohenden Klimawandels mit Elementen eines neuen Entwicklungsparadigmas und den daraus abzuleitenden institutionellen und finanziellen Schlussfolgerungen befassen soll.²³⁶ Das Panel soll seinen Bericht bis Ende 2011 vorlegen, um auf diese Weise Einfluss auf die Ergebnisse des UN-Gipfels über nachhaltige Entwicklung 2012 in Rio de Janeiro nehmen zu können.

Die Zeit zwischen dem MDG-Gipfel 2010 und dem Nachhaltigkeitsgipfel 2012 bietet die Chance, den begonnenen Perspektivwechsel im globalen Entwicklungsdiskurs fortzusetzen. Dazu zählt auch, Entwicklung endgültig nicht länger als Prozess zu betrachten, der sich in den „unterentwickelten“ Regionen der Welt abspielt. Denn angesichts des notwendigen Transformationsprozesses hin zu einer sozial gerechten, ökologisch tragfähigen und vor allem klimaverträglichen Entwicklung sind praktisch alle Länder der Erde „Entwicklungsländer“. Damit wird aber auch die Einteilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer immer mehr zum Anachronismus. Welche Zukunft haben vor diesem Hintergrund

Institutionen wie die OECD, die klassische Organisation der Industrieländer, oder die G77, der Interessenzusammenschluss der Entwicklungsländer?

Der begonnene Perspektivwechsel im Entwicklungsdiskurs bedeutet nicht, von international vereinbarten Entwicklungszielen wie den MDGs Abschied zu nehmen. Die Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre haben gezeigt, wie wichtig messbare und zeitlich gebundene Zielvereinbarungen der Regierungen sind. Nur so können allgemeine Staatenpflichten, wie sie sich zum Beispiel aus den internationalen Menschenrechtspakten ergeben, in messbare und damit nachprüfbare Verpflichtungen von Regierungen und Parlamenten übersetzt werden.

Die Herausforderung wird in den Jahren bis 2015 darin bestehen, globale Entwicklungsziele zu definieren, die einerseits für alle Länder der Erde Gültigkeit besitzen und andererseits die ökonomische, ökologische und soziale Situation der einzelnen Länder berücksichtigen. Die Klimaverhandlungen über die Reduktionsziele für Treibhausgase zeigen, wie schwierig aber auch alternativlos die Vereinbarung derartiger Ziele ist.

Von zentraler Bedeutung wird dabei sein, zwei Schwächen des bisherigen MDG-Katalogs zu überwinden: Zum einen muss die Unausgewogenheit zwischen den Zielen und Verpflichtungen für die armen und denen für die reichen Länder beendet werden. Präzise quantitative und zeitliche Vorgaben sollten in Zukunft für alle Länder gelten, Doppelstandards schwächen die Glaubwürdigkeit der Ziele insgesamt.

Zum anderen muss die Blindheit der bisherigen MDGs gegenüber Verteilungsfragen überwunden werden. Wohlergehen und sozialer Fortschritt sind in hohem Maße von der Verteilung von Einkommen, Vermögen und damit Lebenschancen sowohl innerhalb einer Gesellschaft als auch zwischen den Gesellschaften abhängig. Armut und Reichtum dürfen nicht als isolierte Phänomene betrachtet werden. Dies muss sich auch in einem zukünftigen Katalog globaler Entwicklungsziele an zentraler Stelle widerspiegeln.

Schließlich darf bei allen Diskussionen über gelegentlich abstrakt wirkende Entwicklungskonzepte und Wohlstandsindikatoren nicht aus dem Blick geraten, worum es dabei letztendlich gehen sollte: Ziel all dieser Auseinandersetzungen muss es sein, die politischen und ökonomischen Grundlagen dafür zu schaffen, um das universelle Recht aller Menschen auf ein Leben in Würde zu verwirklichen. Globale Entwicklungsziele sind dafür ein Mittel zum Zweck – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

²³⁵ Vgl. dazu die Vorabveröffentlichung in Alkire/Santos (2010).

²³⁶ Vgl. www.un.org/wcm/content/site/climatechange/pages/gsp.

Literatur

Accorsi, Sandro et al. (2010): Countdown to 2015: Comparing Progress towards the Achievement of the Health Millennium Development Goals in Ethiopia and other Sub-Saharan African Countries. In: Transactions of the Royal Society of Tropical Medicine and Hygiene. Vol. 104, Nr. 5, S. 336-342.

Acosta, Alberto (2010): Eine Verfassung für das „gute Leben“. In: Umwelt Aktuell, April 2010, S. 6-7.
www.oekom.de/fileadmin/zeitschriften/umak_Leseproben/umak_2010_04_Acosta.pdf

Acosta, Alberto (2009): Das „Buen Vivir“. Die Schaffung einer Utopie. In: Juridicum Nr. 4, S. 219-223.
www.kurzlink.de/acosta.pdf

Action for Global Health (2010): Reality Check 2010. Time is Running out to Meet the Health MDGs.
www.actionforglobalhealth.eu/fileadmin/user_upload/_temp/_Action_Aid_WEBLORES_.pdf

African Child Policy Forum (2008): The African Report on Child Wellbeing 2008: How child-friendly are African governments? Addis Ababa.
www.africanchildinfo.net/africanreport08

Alkire, Sabina (2010): Human Development: Definitions, Critiques, and Related Concepts. New York: UNDP (Human Development Research Paper 2010/01).
http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2010/papers/HDRP_2010_01.pdf

Alkire, Sabina / Santos, Maria Emma (2010): Acute Multidimensional Poverty: A New Index for Developing Countries. In: Oxford Poverty and Human Development Initiative Working Paper Nr. 38. Oxford: University of Oxford.
www.ophi.org.uk/wp-content/uploads/ophi-wp38.pdf

Altenkamp, Stefan (2010): Basic Income Guarantee, Self-Employment and Entrepreneurship- Lessons to be Learnt from the Namibian BIG Experiment. Paper for the thirteenth BIEN Congress 2010. Sao Paulo.

Asian Development Bank (2008): Key Indicators for Asia and the Pacific 2008. Manila.

Bähr, Renate (2010): Der Stand der Gesundheits-MDGs. Statement der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) für die Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 16. Juni 2010.
www.dsw-online.de/pdf/Statement_AWZ_Anhoerung_16-06-2010.pdf

Basis Income Grant Coalition (2009): Making the Difference! The BIG in Namibia. Basis Income Grant Pilot Project Assessment Report. Windhoek.
www.bignam.org/Publications/BIG_Assessment_report_08b.pdf

BMZ / BMELV (2010): Aigner und Niebel vereinbaren enge Zusammenarbeit bei Entwicklungspolitik und Welternährung. Gemeinsame Pressemitteilung des BMZ und BMELV, 9. Juni 2010.
www.bmz.de/de/presse/pm/2010/juni/pm_20100609_xx.html

Bourguignon, Francois et al. (2008): Millennium Development Goals at Midpoint: Where Do We Stand and Where Do We Need to Go? Background Paper for the 2009 European Report on Development.

http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/2008.11.06%20MDG_long_paper_en.pdf

BUND / Misereor (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Berlin: Birkhäuser.

CDU / CSU / FDP (2009): Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. 17. Legislaturperiode. Berlin.
www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf

Chen, Shaohua/Ravallion, Martin (2008): The Developing World Is Poorer Than We Thought, But No Less Successful in the Fight against Poverty. Washington, D.C.: World Bank (Policy Research Working Paper 4703).

Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris.
www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf

Cornia, Giovanni Andrea / Jolly, Richard / Stewart, Frances (1987): Adjustment with a Human Face. New York: Oxford University Press.

Council of the European Union (2005): The EU and Africa: Towards a Strategic Partnership. Brüssel (Dok. 15961/05).
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/05/st15/st15961.en05.pdf>

Dag Hammarskjöld Foundation (1975): What Now: Another Development. Dag Hammarskjöld Report on Development and International Cooperation. In: Development Dialogue 1-2, S. 1-128.

DFID (2010): Agenda 2010 – The Turning Point of Poverty: Chair's Summary – DFID MDG Conference, 11. März 2010. London.
<http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/+/http://www.dfid.gov.uk/Documents/publications/Conference-chairs-summary.pdf>

Economic Commission for Africa / African Union / African Development Bank (2009): Assessing Progress in Africa toward the Millennium Development Goals. MDG Report 2009. Addis Ababa / Tunis.
www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/Full%20Report-MDG-WEB.pdf

Ehmke, Ellen / Skaletz, Mara (2009): Strengthening Social Security in Economic Crises. The Need for a Social Protection Floor. Genf: Friedrich-Ebert-Stiftung (Briefing Paper 14).
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/06739.pdf>

Europäische Kommission (2009): Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Brüssel (KOM(2009) 433 vom 20.8.2009).
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0433:FIN:DE:PDF>

European Commission (2010a): Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: A Twelve-Point EU Action Plan in Support of the Millennium Development Goals. Brüssel (Dok. COM 2010 159).
http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/COMM_COM_2010_0159_MDG_EN.PDF

European Commission (2010b): Progress made on the Millennium Development Goals and Key Challenges for the Road ahead. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. A Twelve-Point EU Action Plan in Support of the Millennium Development Goals. Brüssel (Dok. SEC 2010 418).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SEC:2010:0418:FIN:EN:PDF>

European Commission (2010c): Financing for Development – Annual Progress Report 2010. Getting Back on Track to Reach the EU 2015 Target on ODA Spending? Brüssel (Dok. SEC 2010 420).

http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/SEC_2010_0420_COM_2010_0159_EN.PDF

European Commission (2010d): EU Trade. Overview of EPA – State of Play.

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/september/tradoc_144912.pdf

European Commission (2010e): EU-ACP Economic Partnership Agreements: State of Play at June 2010. Brüssel (Dok. TRADE D2 D 2010).

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/june/tradoc_146263.pdf

European Commission (2009a): Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. GDP and beyond. Measuring progress in a changing world. Brüssel (Dok. KOM 2009 433).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0433:FIN:DE:PDF>

European Commission (2009b): Fifth Report on Potentially Trade Restrictive Measures in the Context of the Global Economic Crisis for the 133 Committee. Brüssel.

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/november/tradoc_145270.pdf

European Commission (2009c): Millennium Development Goals — Impact of the Financial Crisis on Developing Countries. Brüssel (Dok. SEC 2009 445).

http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/COMM_NATIVE_SEC_2009_0445_4_MDGS_EN.pdf

Famine Early Warning Systems Network (FEWS NET) (2010): Ethiopia Food Security Outlook Update. Kiremt Rains Predicted to be Normal to above Normal, Juni 2010.

www.fews.net/docs/Publications/ethiopia_FSOU_06_2010.pdf

Famine Early Warning Systems Network (FEWS NET) (2009): Ethiopia Food Security Alert, Dezember 2009.

http://v4.fews.net/docs/Publications/ET_12_2009_%200L%20Alert_final.pdf

Fan, Shenggen (2010): Halving Hunger: Meeting the First Millennium Development Goal through „Business as Unusual“. In: International Policy Report. Washington D.C.: IFPRI.

www.ifpri.org/sites/default/files/publications/pr22bw.pdf

FAO (2009a): How to Feed the World in 2050. Rom.

www.fao.org/fileadmin/templates/wsfs/docs/expert_paper/How_to_Feed_the_World_in_2050.pdf

FAO (2009b): The State of Food Insecurity in the World. Economic Crisis – Impacts and Lessons Learned. Rom.

[ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/012/i0876e/i0876e.pdf](http://ftp.fao.org/docrep/fao/012/i0876e/i0876e.pdf)

FAO (2009c): Undernourishment around the world. Hunger has been on the rise for the past decade. Rom.

[ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/012/i0876e/i0876e02.pdf](http://ftp.fao.org/docrep/fao/012/i0876e/i0876e02.pdf)

Fukuda-Parr, Sakiko / Greenstein Joshua (2010): How should MDG Implementation be Measured: Faster Progress or Meeting Targets? Brasilia: International Policy Centre for Inclusive Growth (Working Paper Nr. 63).

www.ipc-undp.org/pub/IPCWorkingPaper63.pdf

Global Campaign for Education (2004): Learning to Survive: How Education for All Would Save Millions of Young People from HIV/AIDS.

http://siteresources.worldbank.org/CSO/Resources/Learning_to_Survive_by_Oxfam.pdf

Global Policy Forum / terre des hommes (2007): Für eine Handvoll Dollars? Die MDGs und die Armutsindikatoren von Weltbank und UN – Defizite und Alternativen. Bonn/Osnabrück

www.globalpolicy.org/images/pdfs/dokumentation_armutsindikatoren.pdf

GRAIN (2008): Seized! The 2008 Land Grab for Food and Financial Security. Grain Briefing. Barcelona.

www.grain.org/briefings_files/landgrab-2008-en.pdf

Gramling, Steffen (2009): The Seventh Ministerial Conference: A Housekeeping Exercise. Fact Sheet. Genf: FES.

<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/06930.pdf>

Guttmacher Institut / UNFPA (2009): Adding It Up: The Costs and Benefits of Investing in Family Planning and Maternal and Newborn Health. New York.

www.unfpa.org/webdav/site/global/shared/documents/publications/2009/adding_it_up_report.pdf

Gwatkin, Davidson et al. (2007): Socio-Economic Differences in Health, Nutrition, and Population within Developing Countries. Washington D.C.: World Bank.

<http://siteresources.worldbank.org/INTPAH/Resources/IndicatorsOverview.pdf>

Hellmuth, Molly et al. (2007): Climate Risk Management in Africa. Learning from Practice. Colombia University. New York: International Research Institute for Climate and Society.

Hogan, Margaret C. et al. (2010): Maternal Mortality for 181 Countries, 1980-2008: A Systematic Analysis of Progress towards Millennium Development Goal 5. Institute for Health Metrics and Evaluation at the University of Washington. The Lancet. Vol. 375, Nr. 9730.

ILO (2010): Global Employment Trends, January 2010. Genf: International Labour Office.

www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_elm/---trends/documents/publication/wcms_120471.pdf

ILO (2009a): The Financial and Economic Crisis: A Decent Work Response. Genf.

www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_103507.pdf

ILO (2009b): Überwindung der Krise. Ein globaler Pakt für Beschäftigung. 98. Arbeiterkonferenz. Genf.

www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/download/globaljobsactger.pdf

ILO (2009c): World of Work Report 2009. The Global Job Crisis and Beyond. Genf.

www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/download/wow_2009.pdf

IMF (2009): The Implications of the Global Financial Crisis for Low-Income Countries – An Update. Washington D.C.

www.imf.org/external/np/pp/eng/2009/092809.pdf

IMF (2006): Namibia: Selected Issues and Statistical Appendix, Country Report Nr. 06/153. Washington D.C.
www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2006/cr06153.pdf

IMF/OECD/World Bank/UN (2000): A Better World for All. New York/Paris/Washington, D.C.

IMF / World Bank (2010): Global Monitoring Report 2010. Washington D.C.
<http://siteresources.worldbank.org/INTGLOMONREP2010/Resources/6911301-1271698910928/GMR2010WEB.pdf>

Ingram, John / Gregory, Peter / Brklacich, Mike (2005): Global Environmental Change and Food Systems. Science Plan and Implementation Strategy. Earth System Science Partnership. ESSP Report Nr. 2, Wallingford.
www.gecafs.org/publications/Publications/GECAFS_Report_1_Science_Plan_and_Implementation_Strategy.pdf

International Centre for Trade and Sustainable Development (2010): Deeply Divided, WTO Members to Search for Common Ground on Doha Bridges. In: Bridges Weekly Trade News Digest. Vol. 14, Nr. 19.
<http://ictsd.org/downloads/bridgesweekly/bridgesweekly14-19.pdf>

International Development Association / IMF (2009): Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative and Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI) – Status of Implementation, 15. September 2009. Washington D.C.

Kühn, Bernahrd / Caprio, Temby / von Buttler, Nora (2007): Grundbildungsförderung auf der Schnellschneise. In: Eins Entwicklungspolitik, Mai 2007, S. 31-34.

Langthaler, Margarita (2007): Zwischen Menschenrecht und Entwicklungsziel. „Bildung für alle“ – Vor einem neuen Paradigmenwechsel in der Bildungszusammenarbeit? In: eins Entwicklungspolitik 5/2007, S. 26-30.

Lautze, Sue / Maxwell, Daniel (2007): Why do Famines Persist in the Horn of Africa? Ethiopia, 1999-2003. In: Devereux. The New Famines. Why Famines Persist in an Era of Globalization, S. 222-244. London.

Lepenies, Philipp H. (2010): Gezählte Armut – Von den methodischen und politischen Tücken, die extreme Armut auf der Welt erfassen zu wollen. In: Leviathan, Ausgabe 1, Nr. 38, S. 103-118. VS-Verlag.
www.vsjournals.de/index.php?do=show_article&sid=9f0dfdc708fc3e893a77cd1394e552e5/site=lev/area=soz/id=8096

Lopez-Calva, Luis / Lustig, Nora (2010): Declining Inequality in Latin America: A Decade of Progress? Washington D.C.: Brookings Institution Press and UNDP.

Manning, Richard (2009): Using Indicators to Encourage Development. Lessons from the Millennium Development Goals. Copenhagen: DIIS (DIIS Report 2009:01)
www.oecd.org/dataoecd/55/4/44117550.pdf

Martens, Jens (2007): Armutszeugnis. Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen. Halbezeitbilanz – Defizite – Perspektiven. Bonn / Osnabrück: Global Policy Forum Europe / terre des hommes.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/armutszeugnis.pdf

Martens, Jens / Debiel, Tobias (2008): Das MDG-Projekt in der Krise. Halbezeitbilanz und Zukunftsperspektiven. Bonn / Duisburg: Global Policy Forum Europe / INEF (Policy Brief 4/2008).
<http://inef.uni-due.de/page/documents/PolicyBrief04.pdf>

Martens, Jens / Schultheis, Antje (2010): Die globale Entwicklungskrise. Auswirkungen-Reaktionen-Konsequenzen. Bonn / Osnabrück: Global Policy Forum Europe / terre des hommes.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/gpf_entwicklungskrise_final_18012010.pdf

Ministry of Finance and Economic Development (MOFED) of the Federal Republic of Ethiopia and the United Nations Country Team (2008): Ethiopia: Progress towards Achieving the Millennium Development Goals: Successes, Challenges and Prospects. Addis Ababa.

Ministry of Finance and Economic Development (MOFED) of the Federal Republic of Ethiopia and the United Nations Country Team (2006): Ethiopia: Building on Progress. A Plan for Accelerated and Sustained Growth (PASDEP). Volume 1. Main Text. Addis Ababa.

Ministry of Finance and Economic Development (MOFED) of the Federal Republic of Ethiopia and the United Nations Country Team (2004): Millennium Development Goals Report: Challenges and Prospects for Ethiopia. Vol. 1. Addis Ababa.

Murray, Christopher et al. (2007): Can we Achieve Millennium Development Goal 4? New Analysis of Country Trends and Forecasts of Under-5 Mortality to 2015. In: The Lancet, Vol. 370, Nr. 9592, S. 1040-1054.

New Economics Foundation (2009): The Happy Planet Index 2.0. Why good lives don't have to cost the Earth. London: NEF.
www.happyplanetindex.org/public-data/files/happy-planet-index-2-0.pdf

Nuscheler, Franz / Roth, Michèle (2006): Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitische Königsweg oder ein Irrweg? Bonn: J.H.W. Dietz. In: Eine Welt.

OECD (2010): Development Co-operation Report 2010. Paris.
www.link2007.org/assets/files/documenti/OCSE-DAC2010.pdf

OECD (2009): Development Co-operation Report 2009. Paris.
www.oecd.org/document/62/0,3343,en_2649_33721_42195902_1_1_1_1,00.html

OECD (2001): The DAC Guidelines Poverty Reduction. Paris. OECD-DAC.
www.oecd.org/dataoecd/47/14/2672735.pdf

OECD (1996): Shaping the 21st Century. The Contribution of Development Co-operation. Paris: OECD/DAC.

OECD / African Development Bank (2010): African Economic Outlook. Paris.

Overseas Development Institute (2008): Gender and the MDGs. A Gender Lens is Vital for Pro-Poor Results. London: Overseas Development Institute (Briefing Paper 42).
www.odl.org.uk/resources/download/2386.pdf

Oxfam (2010): The Rain doesn't Come on Time Anymore. Poverty, Vulnerability and Climate Variability in Ethiopia. Addis Ababa.
www.oxfam.org.uk/resources/policy/climate_change/downloads/rr_climate_change_ethiopia_en_250410.pdf

Paternoga, Dagmar / Blaschke, Ronald (2010): Namibia macht es vor: Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Bericht von der Vortagstour von Herbert Jauch aus Namibia.
www.grundeinkommen.de/26/04/2010/namibia-macht-es-vor-ein-bedingungsloses-grundeinkommen-fuer-alle-bericht-von-der-vortagstour-von-herbert-jauch-aus-namibia.html/print

Pogge, Thomas (2007): „How not to count the poor“ – Defizite und Schwächen der MDG-Indikatoren. In: Global Policy Forum / terre des hommes (2007), S. 6-13.

Pogge, Thomas / Reddy, Sanjay (2005): How not to count the Poor. Barnard College and Columbia University (Working Paper 6.2). www.columbia.edu/~sr793/count.pdf

Rauch, Theo (2007): Von Basic Need zu MDGs. Vier Jahrzehnte Armutsbekämpfung in Wissenschaft und Praxis und kein bisschen weiter. In: Peripherie, Nr. 107, S. 216-245: Verlag Westfälisches Dampfboot. www.zeitschrift-peripherie.de/Rauch_Basic-Needs.pdf

Ravallion, Martin (2009): The Crisis and the World's Poorest. Development Outreach. Washington D.C.: World Bank. http://siteresources.worldbank.org/WBI/Resources/213798-1259968479602/outreach_ravallion_dec09.pdf

Roll Back Malaria (2008): Key Facts, Figures and Strategies. The Global Malaria Action Plan. Genf. www.rollbackmalaria.org/gmap/GMAP_Advocacy-ENG-web.pdf

Sachs, Wolfgang (1993): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisch Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek: Rowohlt.

Seim, Olaf (2010): MDG Good Practices. EFA Goals and MDG 2 and 2: Connections and Constraints. Paris: UNESCO (Policy Network Newsletter März 2010).

Seitz, Klaus (2010): Vorrang für Armutsbekämpfung und Ernährungssicherung. Stellungnahme von Brot für die Welt anlässlich der Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestags am 16. Juni 2010 zur Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele. Stuttgart. www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a19/Oeffentliche_Anhoerungen/millenniumsentwicklung-16062010/Stellungnahmen/050_Statement_Brot_fuer_die_Welt_MDG.pdf

Schultheis, Antje / Schilder, Klaus (2010): Eine Zwischenbilanz von MDG 8 nach zehn Jahren. Entwicklungspartnerschaft ohne Hand und Fuß. In: W&E-Hintergrund, Juni 2010, S. 1-4.

Schultheis, Antje (2010a): Stellungnahme des Global Policy Forums zur Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur „Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele“ am 16.06.2010. MDG 8: Die globale Entwicklungspartnerschaft in der Krise. www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a19/Oeffentliche_Anhoerungen/millenniumsentwicklung-16062010/Stellungnahmen/048_Statement_GPFE_MDG.pdf

Schultheis, Antje (2010b): Politische Ökonomie internationaler Investitionsabkommen: Diskurs und Forum-Shifting der EU. Münster. (Dissertation in Erscheinung).

Social Watch (2010a): Gender Equity Index 2009. Inequity Persists. Montevideo: Social Watch.

Social Watch (2010b): Social Watch Report 2010. Montevideo: Social Watch.

Social Watch (2009): Social Watch Report 2009. Making Finances Work: People First. Montevideo. www.socialwatch.org/node/799

Social Watch (2008): Social Watch Report 2008. Rights is the Answer. Montevideo. www.socialwatch.org/node/5

Social Watch (2005): Social Watch Report 2005. Roars and Whispers. Gender and Poverty: Promises Versus Action. Montevideo.

Social Watch Deutschland (2009): Social Watch Deutschland Report 2009. Globale Krisen. Soziale Auswirkungen – politische Konsequenzen. Bonn.

http://www.woek-web.de/web/cms/upload/pdf/social_watch/publikationen/swd_report_2009.pdf

Terre des hommes / Welthungerhilfe (2009): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe, 17. Bericht. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik. Kurs auf Kopenhagen – Entwicklungspolitische Anforderungen an die deutsche Klimafinanzierung. Bonn / Osnabrück. www.tdh.de/content/materialien/download/download_wrapper.php?id=305

Terre des hommes / Welthungerhilfe (2008): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe, 16. Bericht. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik. Bonn / Osnabrück. www.tdh.de/content/materialien/download/download_wrapper.php?id=294

Ulsrud, Kirsten / Sygna, Linda / Karen O'Brien (2008): More than rain: Identifying pathways for climate change adaptation and poverty reduction. Oslo: The Development Fund.

UN (2010a): Keeping the Promise: a Forward-Looking Review to Promote an Agreed Action Agenda to achieve the Millennium Development Goals by 2015. Report of the Secretary-General. New York. www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/64/665

UN (2010b): The Millennium Development Goals Report. New York. www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202010%20En%20r15%20-low%20res%2020100615%20-.pdf

UN (2009a): Promoting Development, Saving the Planet. World Economic and Social Survey 2009. Department of Economic and Social Affairs. New York. www.un.org/esa/policy/wess/wess2009files/wess09/wess2009.pdf

UN (2009b): Rethinking Poverty. Report on the World Social Situation 2010. New York. www.un.org/esa/socdev/rwss/2010.html

UN (2009c): Strengthening the Global Partnership for Development in the Time of Crisis. MDG Gap Task Force Report 2009. New York. www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG_Gap_%20Task_Force_%20Report_2009.pdf

UN (2009d): The Millennium Development Goals Report. New York. www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202009%20ENG.pdf

UN (2007): Indicators of Sustainable Development: Guidelines and Methodologies, Third Edition. New York. www.un.org/esa/sustdev/natlinfo/indicators/guidelines.pdf

UN (1995): The Copenhagen Declaration of Action. World Summit for Social Development. 6.-12. März. New York.

UNAIDS / WHO (2009): AIDS Epidemic Update. Joint United Nations Programme on HIV / AIDS (UNAIDS) and World Health Organization (WHO). Genf. http://data.unaids.org/pub/Report/2009/JC1700_Epi_Update_2009_en.pdf

UNCTAD (2010): Follow-up to the Millennium Summit and Preparations for the High-Level Plenary Meeting of the General Assembly on the Millennium Development Goals: New Development Paths. Reconnecting the Millennium Development Goals. Genf.

UNDP (2010a): Beyond the Midpoint: Achieving the Millennium Development Goals. New York.

http://content.undp.org/go/cms-service/stream/asset/?asset_id=2223855

UNDP (2010b): What Will it Take to Achieve the MDGs – International MDG Assessment. New York.

http://content.undp.org/go/cms-service/stream/asset/?asset_id=2620072

UNDP (2009): Overcoming Barriers: Human Mobility and Development. New York.

http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2009_EN_Complete.pdf

UNDP (2005): Human Development Report 2005. International co-operation at a crossroads: Aid, trade and security in an unequal world. New York: UNDP (deutsche Ausgabe: Bericht über die menschliche Entwicklung 2005. Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt: Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt. Berlin: DGVN).

<http://hdr.undp.org/reports/global/2005>

UNDP (o.J.): Human Rights and the Millennium Development Goals. Making the Link. Oslo: UNDP Oslo Governance Centre.

<http://hurilink.org/Primer-HR-MDGs.pdf>

UNESCO (2010a): Education for All Global Monitoring Report 2010. Reaching the marginalized. Paris: Oxford University Press.

<http://unesdoc.unesco.org/images/0018/001866/186606E.pdf>

UNESCO (2010b): MDG Good Practices - EFA Goals and MDGs 2 and 3 – Connections and Constraints. New York.

UNICEF (2010): UNICEF Report 2010. Kinder – Die Vergessenen der Finanzkrise. Mit allen Daten zur Situation der Kinder in der Welt. Frankfurt.

UN Economic Commission for Africa (2010): Promoting High-Level Sustainable Growth to Reduce Unemployment in Africa. Addis Ababa.

www.uneca.org/cfm/2010/documents/issue-paperEn.pdf

UN General Assembly (2010): Informal Interactive Hearings of the General Assembly with Representatives of Non-Governmental Organizations, Civil Society Organizations and the Private Sector. Advance Unedited Summary, 12 July 2010. New York: UN.

UN General Assembly (2005): 2005 World Summit Outcome. New York: UN (UN Dok. A/RES/60/1 vom 16. September 2005).

UN General Assembly (2000): Millennium Declaration of the United Nations. New York (UN Dok. A/RES/55/2).

UN HABITAT (2010): Urban World. A New Chapter in Urban Development. Vol. 2, Nr. 2. Nairobi.

www.unhabitat.org/pmss/getElectronicVersion.aspx?nr=2960&alt=1

UN Non-Governmental Liaison Service (NGLS) (2010a): Decent Work and Fair Globalization: A Guide to Policy Dialogue. Genf / New York.

www.un-ngls.org/IMG/pdf_preface.pdf

UN Non-Governmental Liaison Service (NGLS) (2010b): Towards A Global MDG Breakthrough Plan. An NGLS Civil Society Consultation. Breakthrough plan. Genf / New York.

www.un-ngls.org/docs/un-ngls/towards_a_global_mdg_breakthrough_plan.pdf

UN Secretary-General (2001): Road map towards the implementation of the United Nations Millennium Declaration. New York (UN Dok. A/56/326).

Welthungerhilfe / IFRI / Concern Worldwide (2009): Welthunger-Index. Herausforderung Hunger: Wie die Finanzkrise den Hunger verschärft und warum es auf die Frauen ankommt. Bonn / Washington D.C. / Dublin.

www.un-kampagne.de/fileadmin/downloads/Welthunger-Index-2009-2.pdf

WHO (2010): World Health Statistics 2010. Genf.

www.who.int/whosis/whostat/EN_WHS10_Full.pdf

WHO (2009a): Global Tuberculosis Control: a Short Update to the 2009 Report. Genf.

http://whqlibdoc.who.int/publications/2009/9789241598866_eng.pdf

WHO (2009b): World Malaria Report 2009. Genf.

http://whqlibdoc.who.int/publications/2009/9789241563901_eng.pdf

WHO / UNICEF (2010a): 2010 Countdown to 2015 Decade Report (2000-2010): Taking Stock of Maternal, Newborn and Child Survival. Washington D.C.

www.countdown2015mnch.org/documents/2010report/CountdownReportAndProfiles.pdf

WHO / UNICEF (2010b): Progress on Sanitation and Drinking-water: 2010 Update. Joint Monitoring Programm (JMP) for Water Supply and Sanitation. Genf.

http://whqlibdoc.who.int/publications/2010/9789241563956_eng_full_text.pdf

Wichterich, Christa (2010): UN-Frauenrechtskommission 15 Jahre nach Peking. Absurdes Theater um Frauenrechte in New York. In: W&E-Hintergrund, März-April 2010, S. 1-2.

Wodon, Quentin / Yitzhaki, Shlomo (2002): Inequality and Social Welfare. In: A Sourcebook for Poverty Reduction Strategies. Vol. 1, S. 77-103. Washington D.C.: World Bank.

http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/383606-1205334112622/11044_chap2.pdf

World Bank (2010a): Ethiopia. Country Brief. Washington D.C.

<http://go.worldbank.org/WA1RL12OLO>

World Bank (2010b): Global Development Finance. External Debt of Developing Countries. Washington D.C.

<http://siteresources.worldbank.org/NEWS/Resources/gdf2010.pdf>

World Bank (2010c): Global Monitoring Report 2010. Washington, D.C.

http://siteresources.worldbank.org/INTGLOMONREP2010/Resources/6911301-1271698910928/GMR2010WEB_Overview.pdf

World Bank (2010d): World Development Indicators. Washington, D.C.

World Bank (2009): World Development Report 2010. Development and Climate Change. Washington, D.C.

<http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2010/Resources/5287678-1226014527953/WDR10-Full-Text.pdf>

World Bank (2008): Global Monitoring Report 2008. Washington, D.C.

http://siteresources.worldbank.org/INTGLOMONREP2008/Resources/4737994-1207342962709/8944_Web_PDF.pdf

World Wide Fund For Nature (WWF) (2008): Living Planet Report 2008. Gland.

www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/Living_Planet_Report_2008_WWF.PDF

Ziai, Aram (2010): Zur Kritik des Entwicklungsdiskurses. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2010, S. 23-29.

Internetseiten

Seite der UN zu den MDGs	www.un.org/millenniumgoals
Seite der UN zu den MDG-Indikatoren	http://mdgs.un.org
MDG-Seite des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)	www.undp.org/mdg
UN-Millenniumkampagne	www.millenniumcampaign.org
Deutsche Website der UN-Millenniumkampagne	www.millenniumcampaign.de
Website der Weltbank zu den MDGs	http://ddp-ext.worldbank.org/ext/GMIS/home.do?siteId=2
UN-Millenniumprojekt	www.unmillenniumproject.org/
Poverty Mapping Project des Centre for International Earth Science Information Network (CIESIN) der New Yorker Columbia University	http://sedac.ciesin.columbia.edu/povmap
Website des globalen NGO-Netzwerks Social Watch	www.socialwatch.org
Seite des BMZ zu den Millenniumsentwicklungszielen	www.bmz.de/de/zahlen/millenniumsentwicklungsziele
Department for International Development (DFID) zu den MDGs	www.dfid.gov.uk/Global-Issues/Millennium-Development-Goals
MDG Monitor: Tracking the Millennium Development Goals	www.mdgmonitor.org
African Economic Outlook zu den MDGs	www.africaneconomicoutlook.org/en/outlook/progress-towards-the-millennium-development-goals
OECD-Statistiken	http://stats.oecd.org/Index.aspx
Weltbank-Statistiken	http://data.worldbank.org
Online-Atlas der Weltbank zu den MDGs	http://devdata.worldbank.org/atlas-mdg

Abkürzungen

ADB	Asian Development Bank / Asiatische Entwicklungsbank	IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change / Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen
AfDB	African Development Bank / Afrikanische Entwicklungsbank	IPPF	International Planned Parenthood Federation
AKP	Afrika-Karibik-Pazifik (Staatengruppe)	IWF	Internationaler Währungsfonds
AMR	Annual Ministerial Review	LDC	Least Developed Country / Am wenigsten Entwickeltes Land
BIP	Bruttoinlandsprodukt	MDGs	Millennium Development Goals / Millenniumsentwicklungsziele
BMZ	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	MDRI	The Multilateral Debt Relief Initiative
BNE	Bruttonationaleinkommen	NEF	New Economics Foundation
BSP	Bruttosozialprodukt	NGO	Non-Governmental Organization / Nichtregierungsorganisation (NRO)
BWI	Bretton-Woods-Institutionen (IWF und Weltbankgruppe)	ODA	Official Development Assistance / Öffentliche Entwicklungshilfe
CSD	Committee on Sustainable Development	OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development / Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DAC	Development Assistance Committee / Entwicklungshilfeausschuss der OECD	PPP	Public-Private-Partnership
ECOSOC	Economic and Social Council / Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen	RES	Resolution
EPAs	Economic Partnership Agreements	TNC	Transnational Corporation / Transnationales Unternehmen
EPZs	Export Processing Zones	UN	United Nations / Vereinte Nationen
EU	Europäische Union	UNCTAD	UN Conference on Trade and Development / Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung
EURODAD	European Network on Debt and Development	UNDP	United Nations Development Programme / Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
FEWS Net	Famine Early Warning System Network	UNESCAP	United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
FTA	Free Trade Agreement / Freihandelsabkommen	UNFPA	United Nations Population Fund
G77	Gruppe der 77	UNGASS	United Nations General Assembly Special Session
GA	General Assembly / Generalversammlung der Vereinten Nationen	UN-HABITAT	United Nations Human Settlements Programme
GDG	Global Development Goal	UNICEF	United Nations Children's Fund / Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
GDP	Gross Domestic Product	WHI	Welthunger-Index
GNH-Index	Gross National Happiness Index	WHO	World Health Organization / Weltgesundheitsorganisation
GPG	Global Public Good	WIDER	World Institute for Development Economics Research
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	WTO	World Trade Organisation / Welthandelsorganisation
HDI	Human Development Index		
HIPCs	Highly Indebted Poor Countries / Hochverschuldete Arme Länder		
HPI	Happy Planet Index		
HRG	Human Rights Goal		
ILO	International Labour Organisation		
IMF	International Monetary Fund		
IFPRI	International Food Policy Research Institute		

Anhang

Die MDGs: Ziele, Zielvorgaben und Indikatoren

(Version gültig ab 15.01.2008)

Ziele/Zielvorgaben

Indikatoren

Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hunger

Zielvorgabe 1.A

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

- 1.1. Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 Dollar (Kaufkraftparität) pro Tag^a
- 1.2. Armutslückenverhältnis (= Armutsinzidenz x Armutstiefe)
- 1.3. Anteil des ärmsten Fünftels der Bevölkerung am nationalen Konsum

Zielvorgabe 1.B

Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen [neu seit 2008]

- 1.4. Wachstum des BIP pro Erwerbstätigen
- 1.5. Verhältnis Beschäftigung – Bevölkerung
- 1.6. Anteil der Erwerbstätigen, die mit weniger als 1 Dollar (Kaufkraftparität) pro Tag auskommen müssen
- 1.7. Anteil der Selbständigen ohne Beschäftigte und der Familienarbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung

Zielvorgabe 1.C

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

- 1.8. Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren
- 1.9. Anteil der Bevölkerung unter dem Mindestniveau der Nahrungsenergieaufnahme

Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

Zielvorgabe 2.A

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

- 2.1. Nettoeinschulungsquote im Grundschulbereich
- 2.2. Anteil der Grundschulanfänger, die die letzte Klassenstufe der Grundschule erreichen
- 2.3. Alphabetenquote bei den 15- bis 24-jährigen Frauen und Männern

Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

Zielvorgabe 3.A

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

- 3.1. Verhältnis Mädchen/Jungen in der Grund- und Sekundarschulstufe und im tertiären Bildungsbereich
- 3.2. Anteil der Frauen an den unselbstständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor
- 3.3. Sitzanteil der Frauen im nationalen Parlament

Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit

Zielvorgabe 4.A

Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

- 4.1. Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren
- 4.2. Säuglingssterblichkeitsrate
- 4.3. Anteil der Einjährigen, die gegen Masern geimpft wurden

Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Zielvorgabe 5.A

Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken.

- 5.2. Müttersterblichkeitsrate
- 5.3. Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten

Zielvorgabe 5.B

Bis 2015 den allgemeinen Zugang zu Leistungen der Reproduktionsmedizin verwirklichen

- 5.3. Verwendungsrate von Verhütungsmitteln
- 5.4. Geburtenrate bei Jugendlichen
- 5.5. Zugang zur Schwangerenvorsorge (mindestens ein Besuch und mindestens vier Besuche)
- 5.6. Ungedeckter Bedarf an Familienplanungsdiensten

Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten

Zielvorgabe 6.A

Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

- 6.1. HIV Aufkommen innerhalb der Bevölkerung im Alter von 15-24
- 6.2. Kondombenutzung bei risikoreichem Geschlechtsverkehr
- 6.3. Prozentsatz der 15- bis 24-Jährigen mit umfassenden korrekten Kenntnissen über HIV/Aids
- 6.4. Schulbesuchsquote von Waisen im Verhältnis zu Nichtwaisen (10- bis 14-Jährige)

Zielvorgabe 6.B

Bis 2010 allgemeinen Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle Behandlungsbedürftigen sicherstellen

- 6.5. Anteil der Bevölkerung mit fortgeschrittener HIV-Infektion, der Zugang zu antiretroviralen Medikamenten hat

Zielvorgabe 6.C

Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

- 6.6. Malariainzidenz und Malariasterblichkeit
- 6.7. Anteil der Kinder unter 5 Jahren, die unter imprägnierten Moskitonetzen schlafen
- 6.8. Anteil der Kinder unter fünf 5 Jahren mit Fieber, die mit geeigneten Malaria-Medikamenten behandelt werden
- 6.9. Tuberkuloseinzidenz, -prävalenz und -sterblichkeit
- 6.10. Anteil der diagnostizierten und mit Hilfe der direkt überwachten Kurzzeittherapie geheilten Tuberkulosefälle

Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit**Zielvorgabe 7.A**

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

- 7.1 Anteil der Waldflächen
- 7.2 CO₂-Emissionen insgesamt, pro Kopf und je 1 Dollar BIP (Kaufkraftparität)
- 7.3 Verbrauch ozonabbauender Stoffe
- 7.4 Anteil der Fischbestände innerhalb sicherer biologischer Grenzen

Zielvorgabe 7.B

Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010

- 7.5 Anteil der genutzten Wasserressourcen an den gesam. Wasservorkommen
- 7.6 Anteil der geschützten Land- und Meeresgebiete
- 7.7 Anteil der vom Aussterben bedrohten Arten

Zielvorgabe 7.C

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser haben.

- 7.8 Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung
- 7.9 Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen

Zielvorgabe 7.D

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen.

- 7.10 Anteil der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung^b

Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft**Zielvorgabe 8.A**

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln
Umfasst die Verpflichtung auf gute Regierungsführung, Entwicklung und Armutsreduzierung auf nationaler und internationaler Ebene

Einige der nachstehend aufgeführten Indikatoren werden für die am wenigsten entwickelten Länder, Afrika, die Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer gesondert überwacht.

Zielvorgabe 8.B

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen
Umfasst den zoll- und quotenfreien Zugang für die Exporte der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe an Länder, die sich für die Armutsminderung einsetzen

Öffentliche Entwicklungshilfe

- 8.1 Öffentliche Entwicklungshilfe, netto (insgesamt und an die am wenigsten entwickelten Länder), in Prozent des Bruttonationaleinkommens der OECD/DAC-Geberländer
- 8.2 Anteil der gesamten bilateralen, sektoral zuordenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer für soziale Grunddienste (Grundbildung, primäre Gesundheitsversorgung, Ernährung, einwandfreies Wasser und Sanitärversorgung)
- 8.3 Anteil der ungebundenen bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer
- 8.4 Von den Binnenentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens
- 8.5 Von den kleinen Inselentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens

Zielvorgabe 8.C

Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen (durch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und die Ergebnisse der zweiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung)

Marktzugang

- 8.6 Anteil der zollfreien Einfuhren an den Gesamteinfuhren der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern (nach Wert und ohne Rüstungsgüter)
- 8.7 Durchschnittliche Höhe der von den entwickelten Ländern erhobenen Zölle auf Agrarprodukte, Textilien und Bekleidung aus den Entwicklungsländern
- 8.8 Geschätzte Agrarsubventionen in den OECD-Ländern in Prozent des Bruttoinlandsprodukts
- 8.9 Anteil der für den Aufbau der Handelskapazitäten gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe

Zielvorgabe 8.D

Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen

Schuldentragfähigkeit

- 8.10 Gesamtzahl der Länder, die ihren Entscheidungspunkt im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPCs) erreicht haben, und Anzahl der Länder, die ihren HIPC-Abschlusspunkt erreicht haben (kumulativ)
- 8.11 Im Rahmen der HIPC-Initiative und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI) zugesagte Schuldenerleichterungen
- 8.12 Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse (Güter und Dienstleistungen)

Zielvorgabe 8.E

In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen

- 8.13 Anteil der Bevölkerung mit dauerhaftem Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln zu bezahlbaren Kosten

Zielvorgabe 8.F

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

- 8.14 Festnetzanschlüsse je 100 Einwohner
- 8.15 Mobilfunkteilnehmer je 100 Einwohner
- 8.16 Internetnutzer je 100 Einwohner

Quelle: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York, August 2008.

Abrufbar unter: www.un.org/Depts/german/millennium/mdg-ind-15jan08.pdf (Stand: 12.07.2010)

^a Zur Überwachung der Armutstrends in den jeweiligen Ländern sollten, soweit vorhanden, Indikatoren auf der Basis der einzelstaatlichen Armuts Grenzen herangezogen werden.

^b Der tatsächliche Anteil der in Slums lebenden Menschen wird anhand eines indirekten Indikators gemessen, nämlich des Anteils der städtischen Bevölkerung, der in Haushalten lebt, auf die mindestens eines der folgenden vier Merkmale zutrifft: a) kein Zugang zu verbesserter Wasserversorgung, b) kein Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen, c) Überbelegung (3 oder mehr Personen in einem Raum) und d) aus nicht dauerhaften Materialien gebaute Behausungen.

Weitere Publikationen zum Thema

Die globale Entwicklungskrise

Auswirkungen – Reaktionen – Konsequenzen

Herausgeber

Global Policy Forum Europe und terre des hommes

Autoren: Jens Martens, Antje Schultheis

Januar 2010, 64 S.

Schutzgebühr: 5,00 Euro

ISBN: 978-3-941553-00-2

Aus dem Inhalt:

- » Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise im globalen Süden
- » Die Antwort der Regierungen: Krisenmanagement zwischen G20 und UN
- » Politische Schlussfolgerungen: Wege aus der Entwicklungskrise



Die Publikation kann beim Global Policy Forum Europe bestellt werden:

europe@globalpolicy.org

Weitere Informationen: www.globalpolicy.eu

Dieser Report ist Teil des Projekts „**MDG plus**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ und der



Armutszeugnis 2010

Zehn Jahre sind vergangen, seit die Staats- und Regierungschefs aus mehr als 150 Ländern im Jahr 2000 in New York die Millenniumerklärung der Vereinten Nationen verabschiedeten. Sie enthält unter anderem ein Set von international vereinbarten Entwicklungszielen, die in der Folge als Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) zum Leitmotiv der internationalen Entwicklungspolitik avancierten.

Fünf Jahre vor dem Zieljahr 2015 steht eine letzte große Zwischenbilanz an. Was wurde bei der Verwirklichung der Ziele bisher erreicht, wo gab es Fehlschläge und Rückschritte? Welche Auswirkungen hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Verwirklichung der MDGs? Was müssen Regierungen und internationale Organisationen tun, um den Zielen bis zum Jahr 2015 möglichst nahe zu kommen? Und wie geht es nach dem Jahr 2015 mit den MDGs weiter?

Diese Fragen stehen im Zentrum des vorliegenden Reports. Im ersten Teil gibt er einen kurzen Überblick über die Geschichte der MDGs und ordnet sie in den entwicklungspolitischen Diskurs der vergangenen Jahrzehnte ein.

Im zweiten Teil zieht der Report auf Grundlage der aktuellsten Zahlen eine differenzierte Zwischenbilanz der MDG-Umsetzung und dokumentiert Empfehlungen der Zivilgesellschaft für die entwicklungspolitische Agenda der Jahre bis 2015.

Im dritten Teil blickt der Report über die MDGs hinaus. Er diskutiert Optionen für die Weiterentwicklung der Ziele und beschreibt aktuelle Vorschläge für alternative Entwicklungsmodelle und Wohlstandsindikatoren, die dazu beitragen, den engen Fokus der MDGs auf Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung zu erweitern sowie Umwelt- und Verteilungsaspekte systematischer zu berücksichtigen. Die Autoren plädieren schließlich dafür, sich in der Entwicklungspolitik auf ganzheitlichere Ansätze nachhaltiger Entwicklung (zurück-) zu besinnen. Der Report schlägt damit auch die Brücke zwischen dem MDG-Prozess und dem Diskurs über nachhaltige Entwicklung, der im Vorfeld des „Rio+20“-Gipfels 2012 an neuer Dynamik gewinnen wird.

ISBN: 978-3-941553-05-7